

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Prof. Dr. Markus Gehrlein, Richter am BGH, Karlsruhe

Haftung für Vertrieb von durch Allgemeine Geschäftsbedingungen qualifiziert nachrangig ausgestaltete Darlehen

1385

Rechtsanwalt Dr. Markus Käppler, Frankfurt a. M.

Zur Möglichkeit des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit eines deutschen Bundeslandes

1391



Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- | | | | | |
|-------------------|-----------|---------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 28.6.2017 | IV ZR 440/14* | Beginn der Widerrufsfrist mit Zugang der in § 8 Abs. 2 Satz 1 VVG genannten Unterlagen auch dann, wenn der Versicherer entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 VVG dem Versicherungsnehmer nicht vor Abgabe von dessen Vertragserklärung seine Vertragsbestimmungen und die weiteren Informationen mitgeteilt hat; keine Sperrwirkung der Widerrufsregeln der §§ 8, 9 VVG für einen auf Rückabwicklung des Vertrages gerichteten Schadensersatzanspruch wegen Verletzung von Pflichten im Sinne von § 7 Abs. 1 Satz 1 VVG | 1396 |
| Bundesgerichtshof | 16.5.2017 | VI ZR 266/16* | Zum Vorsatz bei der Mitwirkung an einem unerlaubten Bankgeschäft; zur Vermeidbarkeit eines Verbotsirrtums (§ 17 Satz 1 StGB) bei anwaltlicher Beratung | 1400 |
| Kammergericht | 8.2.2017 | 26 U 32/15* | Zu Wirksamkeit eines Darlehensvertrags und etwaigen Schadensersatzansprüchen im Zusammenhang mit der Beratung über den Abschluss des Darlehensvertrags (Finanzierungsberatungsvertrag) | 1403 |

Gesellschaftsrecht

- | | | | | |
|----------------|-----------|---------------------|--|------|
| OLG Düsseldorf | 21.7.2016 | I-26 W 1/16 (AktE)* | Zur Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat | 1407 |
| OLG München | 12.1.2017 | 23 U 3582/16* | Zur Frage, ob ein vom Aufsichtsrat auf unzureichender Informationsgrundlage gefasster Beschluss nichtig ist und ob der Abschluss eines Beratervertrags eine Geschäftsführungsmaßnahme ist, für die ausschließlich der Vorstand zuständig ist | 1415 |

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- | | | | | |
|-------------------|-----------|-------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 11.5.2017 | V ZB 175/15 | Vorlagebeschluss zur Frage, ob die Anwendung der Regelung über die Vollziehungsfrist (§ 929 Abs. 2 ZPO) auf einen in Deutschland anerkannten und für vollstreckbar erklärten, in einem anderen Mitgliedstaat erlassenen funktional vergleichbaren Titel mit Art. 38 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vereinbar ist | 1420 |
| Bundesgerichtshof | 31.5.2017 | VII ZB 2/17 | Zur Befugnis des BGH, als zuständiges Vollstreckungsorgan im Sinne der §§ 764, 828 ZPO während eines anhängigen Rechtsbeschwerdeverfahrens die Zwangsvollstreckung einzustellen und Pfändungsbeschlüsse aufzuheben | 1422 |
| Bundesgerichtshof | 21.6.2017 | VII ZB 5/14 | Keine Aufenthaltsermittlung des Schuldners nach § 755 ZPO ohne einen Vollstreckungsauftrag, der den Anforderungen des § 802a Abs. 2 ZPO entspricht | 1424 |

| | | | | |
|-------------------|-----------|---------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 22.6.2017 | IX ZR 111/14* | Keine Kenntnis des Gläubigers von der Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungseinstellung des Schuldners, wenn er eine unbestrittene Forderung erfolgreich zwangsweise durchsetzt und keine weiteren konkreten Tatsachen über die Zahlungsunfähigkeit oder die Vermögenslage seines Schuldners kennt | 1424 |
| Bundesgerichtshof | 22.6.2017 | IX ZB 61/16 | Kein Verstoß gegen den ordre public bei Vollstreckbarerklärung einer ausländischen Entscheidung, die den Kläger wegen missbräuchlicher oder mutwilliger Prozessführung verurteilt, dem Beklagten über die Erstattung der Prozesskosten hinaus einen pauschalierten Betrag zum Ersatz nicht näher bezifferter Nachteile zu bezahlen | 1428 |
| Sonstiges | | | | |
| Bundesgerichtshof | 9.2.2017 | I ZR 91/15 | Zum Verfahren der deutschen Gerichte nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses für ein beihilferechtliches Hauptprüfverfahren; keine Verpflichtung, der vorläufigen Beurteilung der Kommission ohne Weiteres zu folgen | 1430 |



13. Immobilien tag der Börsen-Zeitung

Marktentwicklung, Immobilienfinanzierung und Digitalisierung

u.a. Immobilienfinanzierung im Spannungsfeld von Niedrigzins, Regulatorik und Immobilienboom; Der deutsche Immobilienmarkt im Spannungsfeld des Weltgeschehens; Anhaltend gute Konjunktur + Niedrigzins = Immobilienaufschwung ohne Ende?; Aktuelle steuerliche Entwicklungen und Trends für die Immobilienbranche, „Wohnen müssen die Leute immer“? Der Markt für deutsche Wohnimmobilien im Jahr 2017; Neues aus Brüssel: Covered Bond Harmonisierung und EU-Standards für die Beleihungswertermittlung; Büroimmobilien 4.0; Auf dem Weg zum ersten digitalen Asset-manager: Digitalisierung in der Commerz Real AG; Smart Working, Smart Building.

27. September 2017 – IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main Informationen: Tel. +49 69 2732 553

WM Seminare

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lefti, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und Internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberrecht besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV





Inhaltsverzeichnis

Sonderbeilage

Prof. Dr. Godehard Kayser, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Aktuelle insolvenzrechtliche Entscheidungen des Bundesgerichtshofs außerhalb des Anfechtungsrechts

Beiträge

Univ.-Prof. Hans-Peter Burghof, wiss. Mitarbeiter Daniel Schmidt und Gerold Willershausen, Stuttgart
Bausparen und Zinsbindung – Eine ökonomische Wertung 1437

Richter am LG Dr. Michael Schild von Spannenberg, Dipl. Kfm., Frankenthal (Pfalz)
Laufzeitunabhängige „Individualbeiträge“ bei Verbraucherdarlehen
– Zugleich Besprechung des Urteils des OLG Düsseldorf vom 28.4.2016, WM 2017, 664 – 1443

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 23.6.2017 V ZR 39/16 Einwilligung nach § 418 Abs. 1 Satz 3 BGB in die Schuldübernahme nur durch den im Zeitpunkt der Schuldübernahme wirklichen und nicht durch einen künftigen bzw. wirtschaftlichen Eigentümer 1448

LG Stuttgart 28.2.2017 22 AR 1/17 Kap Musterverfahren KapMuG V.-Abgasskandal, insbesondere Wissenszurechnung und Verantwortung für fremde Informationsweitergabe im Rahmen eines Konzernverhältnisses sowie Ad-hoc-Pflichten im Konzern 1451

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 2.5.2017 I ZB 1/16 Zur Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs des Schiedsbeklagten im anhängigen Verfahren über die Aufhebung eines für vollstreckbar erklärten Schiedsspruchs 1472

Bundesgerichtshof 22.6.2017 IX ZB 82/16 Keine Befugnis des Schuldners in der Eigenverwaltung, einen Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses der Gläubigerversammlung zu stellen; zur Frage, wann das Insolvenzgericht auf Antrag den Beschluss der Gläubigerversammlung, den Betrieb des Schuldners einzustellen, aufheben darf 1472

Wettbewerbsrecht

Bundesgerichtshof 14.6.2017 I ZR 54/16*

Vorlagebeschluss zur Frage, welche Anforderungen sich aus Art. 6 Abs. 1 Buchst. h und Art. 8 Abs. 4 der Richtlinie 2011/83/EU ergeben, in welcher Weise über die Bedingungen, die Fristen und das Verfahren für die Ausübung des Widerrufsrechts sowie das Muster-Widerrufsformular zu informieren ist, wenn bei einem Werbeprospekt mit Bestellpostkarte für die Darstellung der Informationen nur begrenzter Raum bzw. begrenzte Zeit zur Verfügung steht 1474

Bundesgerichtshof 24.1.2017 KZR 47/14

Zum Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung seitens der VBL durch Erhebung einer Gegenwertforderung nach Beendigung einer langjährigen Vertragsbeziehung auf der Grundlage des Satzungsergänzenden Beschlusses zu §§ 23 bis 23c VBLS vom 21. November 2012 1479

Bücherschau

Georg Seyfarth

Vorstandsrecht, 1. Aufl.

1483

Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Arndt Stengel, Frankfurt a. M.



KEYNOTES 2017

Prof. Marcel Pratzscher, Ph.D.
Präsident
Deutscher Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
Bei Deutsche Wertpapier-Anstalt

Prof. Dr. Michael Hittner
Direktor und Mitglied des Präsidiums
Institut für deutsches Wirtschaftsrecht
Praktikums- und Lehrstuhlinhaber
Präsident der Deutschen Wertpapier-Anstalt
Frankfurt am Main (1991-1997)

Investmentfondstage

der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

u.a. Rohstoffe; ETFs; Nachhaltigkeit; Aktuelle regulatorische Entwicklungen; Immobilien; Spezielle Themen für institutionelle Anleger

18./19. Oktober 2017, Palmengarten Frankfurt am Main Informationen: Tel. +49 69 2732 553 • www.investmentfondstage.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Klenke, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wiltig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens. Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV



BKR Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht



Herausgegeben von:

| | |
|---|---|
| Paul Assies, Rechtsanwalt, Köln | Prof. Dr. Katja Langenbucher, Frankfurt |
| Dr. Heiko Beck, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main | Klaus M. Löber, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main |
| Dr. Helmut Bruchner, Rechtsanwalt, München | Dr. Rainer Metz, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Berlin |
| Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Hannover | Dr. h.c. Gerd Nobbe, Vorsitzender Richter am BGH a.D., Karlsruhe |
| Dr. Jürgen Ellenberger, Richter am BGH, Karlsruhe | Prof. Dr. Andreas Pfungsten, Münster |
| Dr. Markus Escher, Rechtsanwalt, München | Dr. Patrick Rösler, Rechtsanwalt, Heidelberg |
| Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M., Berlin | Prof. Dr. Frank A. Schäfer, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf |
| Prof. Dr. Mathias Habersack, München | Hartmut Strube, Rechtsanwalt, Düsseldorf |
| Dr. Uwe Jahn, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main | Dr. Hanno Teuber, Rechtsanwalt, Frankfurt |
| Ralf Josten, LL.M., Rechtsanwalt, Köln | Dr. Jürgen Vortmann, Rechtsanwalt, Cloppenburg |
| Prof. Dr. Jens Koch, Bonn | Dr. Wolfgang Weitnauer, M.C.L., Rechtsanwalt, München |
| Prof. Dr. Hans-Michael Krepold, Gauting | Dr. Stefan Werner, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main |
| Dr. Volker Lang, Rechtsanwalt, Bonn | |

7/2017, Seite 265–308, 17. Jahrgang



Inhalt

Aufsätze

- RA Dr. Michael Josenhans, LL.M., Maître-en-Droit/
RA Dr. Max Danzmann/
Christoph Krampe
- Die Auswirkungen des EZB-Leitfadens für Leveraged-Transaktionen auf Akquisitionsfinanzierungen** 265
- Vergeben Banken Kredite unter Herbeiführung eines hohen Verschuldensgrads des Kreditnehmers, steigen die Ausfallrisiken in ihren Bilanzen. Um Risiken zu begegnen, hat die EZB am 16.5.2017 einen Leitfaden für Leveraged-Transaktionen veröffentlicht, der sechs Monate nach Veröffentlichung Anwendung findet. Manche Marktteilnehmer befürchten, dass sich dieser negativ auf ihre Akquisitionsfinanzierungen auswirkt. Der Beitrag stellt daher die wesentlichen Inhalte des Leitfadens dar und untersucht insbesondere dessen Folgen für Akquisitionsfinanzierungen.
- Dr. Roman Jordans, LL.M. (NZ)
- Zum aktuellen Stand der Finanzmarktnovellierung in Deutschland** 273
- Das Wertpapierrecht befindet sich im Wandel. Zahlreiche Gesetzgebungsprojekte, insbesondere MIFID II, MIFIR und die PRIIP-VO, stehen zur Umsetzung an. Schwerpunkt des 2. Finanzmarktnovellierungsgesetzes (FiMaNoG) ist die Umsetzung der MIFID II (Finanzmarktrichtlinie, Markets in Financial Instruments Directive II), die zahlreiche neue Vorgaben für den Handel mit Finanzinstrumenten enthält. Die Regelungen der MIFID II und MIFIR sind – nach der zwischenzeitlichen Verschiebung um ein Jahr – ab 3.1.2018 anzuwenden. Der Beitrag gibt einen Überblick über die aktuellen praxisrelevanten Aktivitäten des europäischen und deutschen Gesetzgebers zur Regulierung des Finanzsektors.
- Oberregierungsrat
Dr. Kai Zahrte
- Rechtliche Anforderungen an elektronische Postfachlösungen von Banken – zugleich eine Besprechung von EuGH C-375/15 (BAWAG/VKI)** 279
- Die Kreditinstitute müssen gegenüber ihren Kunden umfangreiche vertragliche und vorvertragliche Informationspflichten erfüllen und übermitteln diese verstärkt elektronisch. Kundeninformationen, übersandt in elektronische Postfächer, müssen indes sowohl technisch als auch rechtlich besondere Anforderungen erfüllen um als erteilt zu gelten. Der Beitrag informiert zunächst allgemein über die Anforderungen an elektronische Dokumente und technische Empfangsvorrichtungen und behandelt sodann ein neues EuGH Urteil (Urt. v. 25.1.2017) zu elektronischen Postfächern bei Zahlungsdiensten und dessen Relevanz für andere Geschäftsbereiche von Kreditinstituten.

Rechtsprechung

Kreditrecht

| | | | |
|-----------------|---------------------------|--|-----|
| BGH | 11.10.2016 – XI ZR 482/15 | Widerruf bei Mehrheit von Darlehensnehmern und Verwirkung | 285 |
| BGH | 22.11.2016 – XI ZR 434/15 | Zu den Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen Information über den Beginn der Widerrufsfrist im Verbraucherdarlehensvertrag | 289 |
| OLG Düsseldorf | 10.2.2017 – 7 U 153/15 | Wirksamkeit einer Widerrufsbelehrung mit Possessivpronomen | 293 |
| OLG Zweibrücken | 13.2.2017 – 7 W 81/16 | Streitwert in Widerrufsfällen | 297 |
| LG Dortmund | 24.3.2017 – 3 O 78/16 | Widerrufsrecht und Verwirkung | 298 |
| LG Köln | 9.3.2017 – 15 O 300/16 | Widerrufsrecht in Altfällen | 300 |
| KG Berlin | 27.3.2017 – 8 U 87/16 | Verwirkung nach Vertragserfüllung | 301 |

Kapitalmarktrecht

| | | | |
|------|----------------------|--|-----|
| EuGH | 25.1.2017 – C-375/15 | Zahlungsdiensterichtlinie – Voraussetzung der Mitteilung auf einem dauerhaften Datenträger | 304 |
|------|----------------------|--|-----|

ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Redaktion:

RA Dr. Volker Lang (Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts)
Redaktionsassistentin: Claudia Baumann
Poppelsdorfer Allee 64, 53115 Bonn
Telefon: (02 28) 24 26 26-0
Telefax (02 28) 24 26 26-26
E-Mail bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur

sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801

München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-603, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Gätz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:
Monatlich.

Bezugspreise 2017: Jährlich 415,- € (inkl. MwSt.). Einzelheft: 40,50 € (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert

werden. Jahrestelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

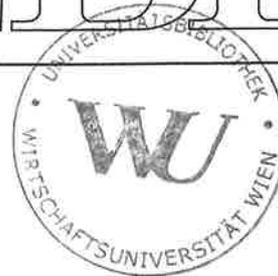
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358,
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.



Aufsätze

| | | |
|--|---|-----|
| <i>Bernd Singhof, Frankfurt/M.</i> | „Market Sounding“ nach der Marktmissbrauchsverordnung | 193 |
| <i>Andreas Schüler, München/ Florian Aschauer, München</i> | Der Markt für Mittelstandsanleihen – eine Diagnose | 206 |
| <i>Marcus Sidki, Ludwigshafen am Rhein</i> | Ökonomische Fundierung von Asset Backed Securities – Mehrwert und Risiken aus institutionenökonomischer Sicht | 221 |
| <i>Mathias Hanten, Frankfurt/M./ Hannes Bracht, Frankfurt/M.</i> | Die Europäisierung des Bankaufsichtsrechts im Praxistest: die L-Bank- Entscheidung des Gerichts der Europäischen Union. | 236 |

Rechtsprechung

| | | |
|-------------------------------|---|-----|
| Entscheidung im Wortlaut | | |
| EuG 16. 5. 2017 – Rs T-122/15 | Voraussetzungen der Unangemessenheit der Einordnung eines Kredit- instituts als bedeutend gemäß der SSM-RahmenVO | 245 |
| Entscheidungen in Leitsätzen | | 257 |

| | | |
|--|-------|-----|
| Newsline | | |
| <i>Franz Rudorfer</i> | _____ | 519 |
| Neues in Kürze | | |
| <i>Florian Studer</i> | _____ | 531 |
| Börseblick – Österreichischer Aktienmarkt: Börse Wien – von „OUT“ auf „IN“, wieder einmal | | |
| <i>Alois Wögerbauer</i> | _____ | 533 |



ABHANDLUNGEN

| | | |
|---|-------|-----|
| Kreditverträge und vollstreckbare Notariatsakte | | |
| <i>Patrick Schweda</i> | _____ | 534 |
| Die außerordentliche Kündigung von internen Patronatserklärungen | | |
| <i>Christoph Müller</i> | _____ | 541 |

BERICHTE UND ANALYSEN

| | | |
|--|-------|-----|
| Stimmrechtslose Aktien nach § 26a BWG im Spannungsfeld zwischen Gesellschafts- und Aufsichtsrecht | | |
| <i>Florian Haslwanter / Eric Wingert</i> | _____ | 555 |
| Die Finanzmärkte im ersten Halbjahr 2017 | | |
| <i>Monika Rosen-Philipp</i> | _____ | 563 |
| Was ist eigentlich ... Gamification? | | |
| <i>Ewald Judt / Claudia Klausegger</i> | _____ | 566 |

RECHTSPRECHUNG DES OGH

| | | |
|---|-------|-----|
| 2365. Löschungsklage wegen Widerspruchs zwischen materiell geschlossenem Pfandbestellungsvertrag und den der Verbücherung zugrundeliegenden Urkunden. OGH 26. 1. 2017, 9 Ob 65/16y (mit Anm von <i>C. Holzner</i>) | _____ | 567 |
| 2366. Zur Rechtsstellung des Pfandgläubigers an der Feuerversicherung für ein Superädifikat. OGH 29. 3. 2017, 7 Ob 98/16m (mit Anm von <i>T. Seeber/M. Fornaroli</i>) | _____ | 569 |
| 2367. „Klauselurteil“ zu Kreditkarten-AGB. OGH 28. 2. 2017, 9 Ob 46/16d | _____ | 573 |
| 2368. Nachtragsverteilung bei Zahlungsplan ohne vorangehende Vermögensverwertung? OGH 22. 2. 2017, 8 Ob 65/16s | _____ | 576 |
| 2369. Vorabentscheidungsersuchen: internationale Zuständigkeit iZm griechischen Staatsanleihen. OGH 25. 4. 2017, 10 Ob 34/16x | _____ | 579 |
| 2370. Interzession durch Beauftragung einer Bankgarantie. OGH 26. 4. 2017, 1 Ob 40/17i | _____ | 580 |
| 2371. Unberechtigte Kündigung eines Verbraucherkreditvertrags. OGH 29. 3. 2017, 3 Ob 220/16y | _____ | 582 |
| 2372. Zum Kondiktionsanspruch bei Nichtigkeit des Kreditvertrags. OGH 28. 3. 2017, 4 Ob 37/17w | _____ | 583 |

| | |
|---|-----|
| 2373. Exekutionsführung eines Insolvenzgläubigers in insolvenzfreies Vermögen während der Anhängigkeit des Insolvenzverfahrens? OGH 10. 5. 2017, 3 Ob 60/17w | 585 |
| 2374. Zur Verjährung bei FX-Kredit mit Tilgungsträger einer Publikums-KG. OGH 16. 3. 2017, 1 Ob 28/17z | 586 |
| 2375. Zum Regressanspruch des Gesellschafters in der Krise der Gesellschaft. OGH 30. 1. 2017, 6 Ob 246/16v | 587 |
| 2376. Verjährung von Fehlberatungsansprüchen iZm FX-Krediten. OGH 22. 2. 2017, 3 Ob 240/16i | 587 |
| 2377. Zur Berücksichtigung eines nachträglichen Überbots bei kridamäßiger Liegenschaftsverwertung. OGH 28. 3. 2017, 8 Ob 19/17b | 588 |
| 2378. Zur „Beschwichtigung“ des Anlegers. OGH 21. 2. 2017, 4 Ob 213/16a | 589 |
| 2379. Haftung für die „persönliche Einschätzung“ eines Mitarbeiters über künftige Kursentwicklung? OGH 28. 3. 2017, 2 Ob 30/17a | 590 |

ERKENNTNISSE DES VWGH

| | |
|--|-----|
| 217. Mit der Entscheidung der FMA über eine Vorstellung wird ein Antrag auf aufschiebende Wirkung derselben (auch im Rechtsmittelverfahren) gegenstandslos. VwGH 28. 4. 2017, Ro 2016/02/0027 | 590 |
| 218. Verstoß gegen das ZahlungsdiensteG bzw die SEPA-VO wegen Verpflichtung der Kunden durch die AGB eines Telekomunternehmens, bei der Anmeldung eine innerstaatliche Bank oder Kreditkartenverbindung nachzuweisen. VwGH 7. 4. 2017, Ro 2016/02/0009 (ebenso Ro 2016/02/0011) | 590 |

In diesem Heft inserieren: Linde Verlag, 540, 562; OeKB, U 2; RBI, U 3; WU Executive Academy, 530.

Die Inhalte des Österreichischen BankArchivs sind in folgenden Fachdatenbanken verfügbar:
LexisNexis® Online – www.lexisnexis.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2002);
Lindeonline – www.lindeonline.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2009)
RDB Rechtsdatenbank – www.rdb.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003);
RIDA Rechts-Index-Datenbank – www.rida.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003).

IMPRESSUM

Das Bank-Archiv ist eine unabhängige Fachzeitschrift für das gesamte Geld-, Bank- und Börsenwesen mit dem Ziel der Veröffentlichung einschlägiger Informationen für Wissenschaft und Praxis. Es wurde 1953 von o. Univ.-Prof. Dr. h.c. Dr. *Hans Krasensky* als Österreichisches Bank-Archiv begründet und wird seit 1988 als Bank-Archiv geführt (Zitierweise ÖBA). Für den Inhalt der einzelnen Beiträge tragen ausschließlich die Autoren die wissenschaftliche Verantwortung. Das Bank-Archiv veröffentlicht ausschließlich Originalmanuskripte. Manuskripte sind an die Redaktion, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, zu senden. Die Autoren verpflichten sich mit der Einsendung der Manuskripte, diese bis zur Entscheidung über die Annahme nicht anderweitig zur Veröffentlichung anzubieten. Für unaufgefordert eingereichte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Für die Manuskriptrichtlinien siehe <http://www.bwg.at> > Publikationen > ÖBA > Autoren-Richtlinien – Als Abhandlungen gekennzeichnete Beiträge unterliegen ausnahmslos dem international üblichen Double-Blind-Review-Verfahren.

Eigentümer und Herausgeber: Österreichische Bankwissenschaftliche Gesellschaft, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, Tel.: +431 / 533 50 50, Fax: +431 / 533 50 50 33, e-mail: office@bwg.at – Schriftleitung: Dr. *Markus Bunk* – Herausgeber: RA Univ.-Prof. Dr. *Raimund Bollenberger*; Univ.-Prof. Dr. *Peter Bydlinski*; Univ.-Prof. Dr. *Markus Dellinger*; Univ.-Prof. Dr. *Susanne Kalss*; Prof. (FH) Mag. *Otto Lucius*; ao. Univ.-Prof. Dr. *Roland Mestel*; RA Priv.-Doz. MMag. Dr. *Martin Oppitz*; Univ.-Prof. Dr. *Stephan Paul*; Univ.-Prof. Dr. *Stefan Pichler*; RA Univ.-Prof. Dr. *Christian Rabl*; Univ.-Prof. Dr. *Alexander Schopper*; Univ.-Prof. Dr. *Martin Spitzer*; Univ.-Prof. Dr. *Peter Steiner*; Univ.-Prof. Dr. *Karl Siöger* – Herausgeberbeirat: Univ.-Prof. Dr. *Matthias Bank*, CFA; Hofrätin des OGH Hon.-Prof. Dr. *Wilma Dehn*; Dir. Prof. Dr. *Andreas Dombret*; Präsidentin des OGH i.R. Hon.-Prof. Dr. *Irmgard Griss*; Dir. Univ.-Prof. Dr. *Andreas Grünbichler*; Univ.-Prof. Dr. *Michael Hanke*; Vizeregouverneur Mag. *Andreas Ittner*; RA Dr. *Markus Kellner*; Hon.-Prof. Dir. Dr. *Bernhard Koch*; o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. *Helmut Koziol*; Univ.-Prof. Dr. *Brigitta Lurger*.

Verleger: LINDE VERLAG Ges.m.b.H., Scheydgasse 24, A-1210 Wien, Tel.: +431 24 630 Serie / BankVerlag Wien, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien. Tel.: +431 533 50 50 – **Herstellung:** Satz: Dipl.-HTL-Ing. *Franz König*, BED, Niederreiterberggasse 13/2/1, A 1230 Wien, Tel.: 01/887 22 71; Druck: novographic Druck GmbH, Walter-Jurmann-Gasse 9, A 1230 Wien, Tel.: 01/888 26 73.

Bestellinformation: ISSN 1015-1516. Erscheinungsweise: monatlich. Bestellungen nehmen jede Buchhandlung oder der Linde Verlag entgegen. Jahresabonnement 2017: € 240 inkl. 10% Mehrwertsteuer zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen Konditionen auf ein Jahr weiter, Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis jeweils spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Anzeigenaufträge werden vom Linde Verlag, Fr. *Hladik*, Tel.: +431 24 630-19, E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at, entgegengenommen.

Urheberrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe insbesondere durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen, im Magnettonverfahren oder auf elektronischem, digitalem oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Für den Fall der Annahme und Veröffentlichung des eingereichten Manuskriptes geht das zeitlich und räumlich unbeschränkte, ausschließliche Werknutzungsrecht für alle Sprachen vom Autor/von den Autoren an den Verlag über. Dies gilt insbesondere für das Recht auf Vervielfältigung in allen technischen Verfahren, der Verbreitung, öffentlichen Wiedergabe und Verwertung in jedweder, auch elektronischer Form. Letztere schließt insbesondere das Recht der Speicherung in Datenbanken, der Vervielfältigung auf Speichermedien aller Art, der Ausgabe aus Datenbanken in allen Formen einschließlich der Sendung sowie der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer von Datenbanken ein. Die Einreichung des Manuskriptes gilt als diesbezügliche Erklärung des Einverständnisses zur Einräumung sämtlicher Rechte durch den Autor/die Autoren. Bei Beiträgen von Arbeitsgruppen wird vorausgesetzt, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Einräumung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem für Artikel und druckfertige Entscheidungen an den/die Verfasser zu vom Eigentümer und Herausgeber festgesetzten Sätzen geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Zugleich erlischt damit die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres. Dieser Zeitraum gilt keinesfalls für die Verwertung durch Datenbanken.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, des Herausgebers oder der Autoren ausgeschlossen ist. Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Waren- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Das ÖBA richtet sich an Leser beiderlei Geschlechts. Der einfacheren Lesbarkeit halber wird die männliche Form verwendet.

EDITORIAL 365**BEITRÄGE**

| | |
|---|-----|
| Georg Graf: Der OGH und die negativen Referenzwerte – Untergrenze ist auch ohne Obergrenze zulässig! | 367 |
| Ulrich Edelmann/Martin Winner: Das Delisting nach dem BörseG 2018 | 375 |

JUDIKATUR**EuG**

| | |
|--|-----|
| » AUFSICHTSRECHT | |
| Kompetenzabgrenzung im einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und Einstufung von „bedeutenden Unternehmen“ | 382 |

VwGH

| | |
|--|-----|
| » AUFSICHTSRECHT | |
| Bestrafungen nach ZaDiG wegen gesetzwidriger AGB (Verstoß gegen SEPA-VO) | 384 |

OGH

| | |
|--|-----|
| » KAPITALMARKTRECHT | |
| Verschmelzung zum Zweck des Delisting rechtsmissbräuchlich | 387 |
| » BANKRECHT | |
| Hollandfonds: Verjährungsfrist bei mehrfach fehlerhafter Anlageberatung | 390 |
| „Negativzinsen“: Fortführung der Rsp im Verbandsverfahren | 393 |
| „Negativzinsen“: Keine erheblichen Rechtsfragen mehr – Verbandsverfahren nach § 28 KSchG | 395 |
| AGB zum Kreditkartengeschäft (Verbandsverfahren): 13 Klauseln auf dem Prüfstand | 395 |
| Anlegerschaden: Behauptungs- und Beweislast für Alternativveranlagung | 400 |
| » VERSICHERUNGSRECHT | |
| Deckungspflicht der Rechtsschutzversicherung bei Anlegerschäden I und II | 402 |

BVwG

| | |
|--|-----|
| » AUFSICHTSRECHT | |
| Keine Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft als CRR-Finanz-Holdinggesellschaft | 404 |
| » KAPITALMARKTRECHT | |
| Verwaltungsstrafen nach KMG (keine Veröffentlichung von Prospektnachträgen) | 408 |

AKTUELLES

| | |
|---|-----|
| Rainer Wolfbauer: Leitlinien zur aufsichtsrechtlichen Beurteilung des Erwerbs und der Erhöhung von qualifizierten Beteiligungen am Finanzsektor – Compliance-Erklärung der FMA | 410 |
| Rainer Wolfbauer: Leitlinien der Kommission zur PRIIP-VO | 412 |
| Rainer Wolfbauer: Rundschreiben der FMA betreffend den Rechnungszins in der Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung | 412 |
| Rainer Wolfbauer: PRIIP-Durchführungsverordnung: Zwei Berichtigungen im ABl | 413 |
| Rainer Wolfbauer: Neue finanzmarktrechtliche Gesetze im BGBl | 413 |

REZENSION

| | |
|--|-----|
| Stephan Korinek, Gerhard Saria und Stanislava Saria: VAG – Versicherungsaufsichtsgesetz. Kommentar, 16.–25. Lfg 2016 (Rainer Wolfbauer) | 414 |
|--|-----|

| | |
|------------------|-----|
| Impressum | 416 |
|------------------|-----|

EDITORIAL

313

BEITRÄGE

| | |
|---|-----|
| Georg Lehecka/Ulrike Zöchbauer/Patrick Darlap: Die Held-to-Maturity-Bewertung von Schuldverschreibungen durch Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen aus regulatorischer Perspektive | 316 |
| Bibiane Kaufmann/Thomas Schneckenleitner: Österreichische Besonderheiten in der FinTech-Regulierung | 322 |
| Mimo Hussein: Festgelegte Anlagestrategie versus Unternehmensgegenstand | 328 |

JUDIKATUR**EuGH****» WERTPAPIERRECHT**

| | |
|--|-----|
| Vermittlung von Portfolioverwaltungsverträgen ist keine „Annahme und Übermittlung von Aufträgen“ | 333 |
|--|-----|

VwGH**» KAPITALMARKTRECHT**

| | |
|---|-----|
| Erneut zur Ad-hoc-Meldepflicht bei Abschluss eines MoU durch Energiekonzern | 334 |
| Anmerkung zu VwGH 27. 4. 2017, Ro 2016/02/0020 ua | 337 |

» AUFSICHTSRECHT

| | |
|---|-----|
| Gegenstandslosigkeit der Rev gegen einen Zurückweisungsbescheid (keine aW nach BaSAG) | 339 |
| Zur Verantwortlichkeit iSd § 9 VStG bei Verstoß gegen ZaDiG | 340 |

OGH**» BANKRECHT**

| | |
|--|-----|
| Urteil zu „Holland-Fonds“ – Haftung wegen unterbliebener Offenlegung der Innenprovision? | 341 |
| Vorlage an den EuGH (Ist ein Online-Sparkonto ein Zahlungskonto?) | 346 |
| Individualverfahren: Kein Anspruch des Kreditnehmers auf Zahlung von „Negativzinsen“ | 348 |
| Feststellungsbegehren zu „Negativzinsen“: Fixaufschlag (Marge) kein zulässiger Mindestsollzinssatz | 350 |
| Verbandsverfahren: Im „typischen Fall“ kein Anspruch des Kreditnehmers auf Zahlung von „Negativzinsen“ | 351 |
| Pfandverwertung bei unzulässiger Auflösung eines Kreditvertrags aus wichtigem Grund | 354 |

BVwG**»KAPITALMARKTRECHT**

| | |
|---|-----|
| Zum Gebührenanspruch eines nichtamtlichen Sachverständigen bei Verstoß gem BörseG | 355 |
|---|-----|

AKTUELLES

| | |
|--|-----|
| Thomas Ruhm: Änderungen durch die Regierungsvorlage zur Novelle des Börsegesetzes (BörseG 2018) | 357 |
| Susanne Riesenfelder: Aktionsplan „Finanzdienstleistungen für Verbraucher“ auf Basis der Konsultation des Grünbuches zeigt künftige Vorhaben im Verbraucherschutz auf | 358 |
| Rainer Wolfbauer: Einfügung eines neuen § 22b BWG (Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken in der Immobilienfinanzierung) | 359 |
| Rainer Wolfbauer: Reform der Privatinsolvenz im Nationalrat beschlossen | 360 |
| Rainer Wolfbauer: Prospekt-VO im ABl veröffentlicht | 361 |
| Katharina Peschetz: Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (WiEReG) im Nationalrat beschlossen – Änderung des FM-GWG | 362 |

REZENSION

| | |
|---|-----|
| Arthur Weilinger: Kommentar zum Zahlungsdienstegesetz – ZaDiG inkl 57. Lfg. (Rainer Wolfbauer) | 362 |
|---|-----|

Impressum

364

LexisNexis Zeitschriften

Das Wichtigste. Das Neueste.
Gedruckt & *digital*.



Testen Sie ALLE 11 Zeitschriftenportale 30 Tage lang kostenlos! Jetzt registrieren unter: zeitschriften.lexisnexis.at

Internet

| | | | |
|-----|---------------------------|---|-----|
| BGH | 4. 4. 2017 (VI ZR 123/16) | Haftung des Betreibers eines Bewertungsportals als unmittelbarer Störer bei Übernahme der Verantwortung für Äußerungen Dritter | 895 |
|-----|---------------------------|---|-----|

Sorgfaltspflicht

| | | | |
|---------------|-------------------------|--|-----|
| OLG Oldenburg | 28. 4. 2016 (3 U 20/16) | Keine Haftung für Verletzung eines Mitspielers bei einem Liverollenspiel | 899 |
|---------------|-------------------------|--|-----|

Verjährung

| | | | |
|-----|----------------------------|--|-----|
| BGH | 15. 12. 2016 (IX ZR 58/16) | Keine rückwirkende Hemmung der Verjährung durch Wiederaufnahme früherer abgebrochener Verhandlungen | 901 |
| BGH | 25. 4. 2017 (VI ZR 386/16) | Keine Hemmung der Verjährung vor Verjährungsbeginn | 903 |

Prozessrecht

Akteneinsicht

| | | | |
|-----|------------------------------|--|-----|
| BGH | 5. 4. 2017 (IV AR [VZ] 2/16) | Weitergabe anonymisierter Entscheidungen an Dritte als öffentliche Aufgabe kein Fall der nur beschränkt möglichen Akteneinsicht | 905 |
|-----|------------------------------|--|-----|

Ordnungsmittel

| | | | |
|-----|------------------------|--|-----|
| BGH | 30. 3. 2017 (BLw 3/16) | Kein Ordnungsgeld gegen den gesetzlichen Vertreter einer juristischen Person | 907 |
|-----|------------------------|--|-----|

Urkundenvorlegung

| | | | |
|-----|----------------------------|---|-----|
| BGH | 29. 11. 2016 (VI ZB 23/16) | Unanfechtbarkeit der Ablehnung einer Anordnung zur Vorlage einer Urkunde im selbstständigen Beweisverfahren | 908 |
|-----|----------------------------|---|-----|

Sozialhilferecht

Gesetzlicher Forderungsübergang

| | | | |
|-----|----------------------------|---|-----|
| BGH | 11. 4. 2017 (VI ZR 454/16) | Kein Regress des Sozialleistungsträgers bei gesetzlicher Anrechnung von Schadensersatzleistungen Dritter auf das Blindengeld | 909 |
|-----|----------------------------|---|-----|

Auslandsrecht (Österreich)

Lebensversicherung

| | | | |
|-----|-----------------------------|--|-----|
| OGH | 9. 11. 2016 (7 Ob 162/16 y) | Nichtigkeit einer von Anfang an vereinbarten Prämienhöhung nach fünf Jahren wegen willkürlicher Verminderung des Rückkaufswerts | 910 |
|-----|-----------------------------|--|-----|



ABHANDLUNG

**Das Recht der Versicherungsvermittlung.
Ein Vergleich des türkischen und des deutschen Rechtes**
E. Yazicioglu · P. Reusch 93

**Versicherungsvertragsrecht – System und Besonderheiten des türkischen Rechts
im Vergleich zum deutschen Recht**
K. Şenocak · M. Wandt 159

**Aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen für die Tätigkeit von EU-Versicherern
in der Türkei**
S. Unan · J. Gal 185

Industrieversicherung in der Türkei im Vergleich zu Deutschland
S. Unan · J. Gal 193

SCHRIFTTUM

Neuerscheinungen versicherungswissenschaftlicher Bücher – Ausführliche Hinweise
A. Über · I. Krebs 209

baden

g

nschaft e.V.

dien

nger DE.
pe Springer

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht



Inhalt · 62. Jahrgang · Heft 15/2017

Aufsätze

Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M.

Corporate Social Responsibility – Vermessung eines Forschungsfeldes aus rechtlicher Sicht

Spätestens mit der CSR-Berichterstattungspflicht für große kapitalmarktorientierte Gesellschaften hat Corporate Social Responsibility das Aktien-, Bilanz- und Kapitalmarktrecht erreicht. Daher ist es höchste Zeit für eine orientierende Bestandsaufnahme. Der vorliegende Beitrag widmet sich den aktien- und betriebswirtschaftlichen Grundlagen von CSR. Außerdem sichtet und systematisiert er die weit verstreuten Einzeldiskurse rund um CSR. Bei alledem legt er besonderen Wert darauf, die gegenwärtige Diskussion in einen größeren historischen und internationalen Kontext einzuordnen und die Zunft der Gesellschaftsrechtler für mögliche zukünftige Entwicklungsszenarien zu sensibilisieren.

509

RA Dr. Tobias A. Heinrich, LL.M. (London) /
Farhad Jalinous, BA, JD

Grenzkontrollen am Ende der Seidenstraßen – Betrachtungen zu Investitionskontrollverfahren durch das Committee on Foreign Investment in the United States (CFIUS)

Die Bedeutung des CFIUS-Verfahrens als zentraler Bestandteil der U.S.-amerikanischen Investitionskontrolle und möglicher „show-stopper“ für internationale M&A-Transaktionen beschäftigt zunehmend Investoren und Unternehmen auch in Deutschland. Der Beitrag erörtert Ablauf und Prüfungsmaßstab des oft als „Blackbox“ beschriebenen CFIUS-Verfahrens und beleuchtet, wie die M&A-Praxis auf die hieraus resultierenden Herausforderungen reagiert. Er schließt mit der Betrachtung der aktuellen Reformbestrebungen auf deutscher und europäischer Ebene, die teilweise die Brücke schlagen zu der in den USA seit Inkrafttreten von Exon-Florio durch CFIUS entwickelten Rechtspraxis.

526

Steuer-Journal

Prof. Dr. Mike Wienbracke, LL.M. (Edinburgh)

Verfassungswidrigkeit der Verlustabzugsbeschränkung nach § 8c (Abs. 1) Satz 1 KStG

539

Rechtsprechung

Kapitalanleger-Musterverfahren, Bindung des OLG

BGH v. 4.5.2017 – III ZB 62/16 543

Klagebefugnis in der D&O-Versicherung

BGH v. 5.4.2017 – IV ZR 360/15 544

Unternehmerische Haftung des Insolvenzverwalters, Geschäftschancenlehre

BGH v. 16.3.2017 – IX ZR 253/15 547

Gestaltungsmisbrauch bei An- und Verkauf von Wertpapieren

BFH v. 8.3.2017 – IX R 5/16 550

Schätzung des Unternehmenswertes anhand des Net Asset Value (NAV)

OLG Frankfurt v. 8.9.2016 – 21 W 36/15 553

Buchbesprechungen

Hans-Georg Kamann / Stefan Ohlhoff / Sven Völcker
(Hrsg.)

Handbuch Kartellverfahren und Kartellprozess (Prof. Dr. Volker Emmerich)

556

Impressum

R 240

Neuerscheinung mit
Premiumanspruch.



otto-schmidt.de/hs

Rechts-Report

Neues aus Brüssel

Europäisches Parlament positioniert sich zu grenzüberschreitenden Verschmelzungen und Spaltungen R 227

Registerverknüpfung (BRIS) ist einsatzfähig – die Suchmaske ist freigeschaltet R 228

EU-Kommission konsultiert zum Thema Sammelklagen R 229

EU-Kommission veröffentlicht Konsultation zum EU-Verbraucherrecht R 229

Kapitalmarkt-Report

Börse

Deutsche Aktien an der Wiener Börse R 230

Schweizer Börse begrüßt neuen Stage-Partner R 230

Indexvereinbarung der Börsen Luxemburg und Shanghai R 230

EBWE und Börse Zagreb planen KMU-Projekt für Kroatien und Slowenien R 230

PXE-Produkte auf EEX-Plattform migriert R 231

Bats startet neue regionale europäische Indizes R 231

Stellungnahme von EEX und 50Hertz zum Clean Energy Package der EU R 231

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Der Markt für elektronische Sicherheitstechnik R 232

Kartengestützte Zahlungssysteme im Einzelhandel R 232

Wirtschaftliche Entwicklung der Kurier-, Express- und Paketdienstleister in Deutschland R 233

Jahresabschlüsse

Hornbach Holding AG & Co. KGaA R 233

Schaeffler AG R 235

Bibliothek

Neuerscheinungen R 236

Zeitschriftenpiegel R 237

GMBH-RUNDSCHAU ZEITSCHRIFT



Modul jetzt kostenlos testen!
otto-schmidt-online.de

Das gibt Ihnen große
Gestaltungskraft.



Jetzt Probe lesen und bestellen bei
www.otto-schmidt.de/fwg2

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Benedikt Kommenda | 4 |
| „Auch bei den Frauen wird die Frage sein: Kennt man die richtigen Personen?“ Interview mit Dr. Gundi Wentner | |
| Alfred Berger | 7 |
| Die Frauenquote im Aufsichtsrat | |
| Erich Pitak | 12 |
| Aufsichtsrat: Diversity oder „Di-worse-sity“? | |
| Alexander Babinek | 17 |
| Die Privatstiftungsgesetz-Novelle 2017 | |
| Leo W. Chini | 23 |
| Basel IV oder Weiterentwicklung von Basel III? (Teil II) | |
| Josef Fritz | 29 |
| Die Fusionswelle rollt wieder ... und was macht der Aufsichtsrat?! (Teil II) | |
| Thomas Barth / Alexander Leonhartsberger / Carmen Walser | 33 |
| Aufsichtsrats-Workshop: Gefahren der elektronischen Kommunikation für den Aufsichtsrat | |
| Johannes Peter Gruber | 38 |
| Aus dem Sprachgebrauch allein ergibt sich kein eindeutiger Sinn | |
| Michael Barnert | 40 |
| Literaturreisenschau | |



Aufsichtsrat aktuell

Impressum

Fachinformation für die verantwortungsvolle
Kontrolle und Beratung von Unternehmen
und Stiftungen

Ausgabe 4/2017

Redaktion

Hon.-Prof. Dr. Leo Chini
E-Mail: ARaktuell@lindeverlag.at

Redaktionsbeirat

RA Dr. Nikolaus Arnold,
Dr. Josef Fritz,
Dr. Erhard Grossnigg,
RA Dr. Herbert Hohegger,
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss

Medieninhaber, Herausgeber und
Medienunternehmen

Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24;
Telefon: 01/24 630 Serie,
Telefax: 01/24 630-23 DW,
E-Mail: office@lindeverlag.at;
<http://www.lindeverlag.at>

DVR 0002356.

Rechtsform der Gesellschaft: Ges. m. b. H.,
Sitz: Wien

Firmenbuchnummer: 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr. 3991
Gesellschafter: Axel Jentzsch,
Mag. Andreas Jentzsch
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr

Erscheinungsweise
Erscheint sechsmal jährlich.

Bezugpreise
Jahresabonnement 2017
(Print und online) 170,- €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.
Einzelheft 2017 33,18 €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.

Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das
Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen
Konditionen ein Jahr weiter. Abbestellungen
sind nur zum Ende eines Jahrganges mög-
lich und müssen bis spätestens 30. November
schriftlich erfolgen.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit
ausdrücklicher Bewilligung des Verlages ge-
stattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle
Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfäl-
tiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und
eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder
der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt
der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme
das übertragbare, zeitlich und örtlich unbe-
schränkte ausschließliche Werknutzungsrecht
(§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser
Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der
Vervielfältigung in jedem technischen Verfah-
ren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung
(Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Da-
tenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des
Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern
jeder Art, der Speicherung in und der Ausga-
be durch Datenbanken, der Verbreitung von
Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der
Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen
Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen
Zurverfügungstellung, insbesondere über das
Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG
erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräu-
mten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erschei-
nen des Beitrages folgenden Kalenderjahres;
dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken
nicht.

Anzeigenverkauf und -beratung
Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
ISSN 1813-6923

Herstellung

jentzsch+
für multimediale kommunikation

Druckerei Hans Jentzsch & Co. GmbH

1210 Wien, Scheydgasse 31, Tel.: 01/2784216-0; office@jentzsch.at; mehrfach umweltzertifiziert – www.jentzsch.at

| | |
|--|-----|
| EDITORIAL | 157 |
| AUFSÄTZE | |
| Dr. Claus Buhleier, Silke Splinter Der neue Bestätigungsvermerk und Auswirkungen auf die Aufsichtsratsstätigkeit | 159 |
| Dr. Matthias Kampshoff, Dr. Marcus Böttger Cash Pool-Systeme | 162 |
| Markus Link, Florian Maciuga Corporate-Governance-Systeme in Abgrenzung zur Abschlussprüfung | 166 |
| Dr. Claus Buhleier, Peter J. Wirnsperger, Dr. Marcus Brocard Cyber-Security und der Aufsichtsrat | 169 |
| Dr. Michael Beyer Aufsichtsrats-Compliance | 173 |
| Dr. Gerlind Wisskirchen, Jan Schwindling Veränderungen der Arbeitswelt aufgrund der digitalen Transformation | 177 |
| Peter Devlin, Maximilian Evers, Dr. Marcus von Hermann Aktuelle Entwicklung der DAX-Vorstandsbezüge | 180 |
| ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN | |
| RDir'in Dr. Simone Hartmann Öffentliches Vergaberecht versus Berufsrecht WP/vBP | 184 |
| DAS AUFSICHTSRATSBÜRO | |
| Dr. Stefan Gebauer Überwachung der Compliance-Organisationspflichten im Finanzdienstleistungssektor | 188 |
| AUS DEM DEUTSCHEN AKTIENINSTITUT | |
| Dr. Christine Bortenlänger, Dr. Cordula Heldt Investorendialog des Aufsichtsrats | 191 |
| KOLUMNE | |
| Klaus Rainer Kirchhoff Dialog zwischen Aufsichtsrat und Investoren durch Perception Analyse | 193 |
| RECHTSPRECHUNG | |
| Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Vertrag zwischen der AG und einem Aufsichtsratsmitglied OLG Nürnberg, Endurteil vom 8.3.2017 – 12 U 927/15 | 195 |
| LEXIKON | |
| Digitale Transformation | 196 |
| DATEN – FAKTEN – MANDATE | |
| 16. Kodexkonferenz | 198 |

Impressum

**BOARD –
Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland**

Gesamtleitung

Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb
Prof. Dr. Stefan Siepelt
Marc Tüngler

Redaktion

Jan Neumann
Tel.: 0221 / 5 40 25 44
E-Mail: info@anisation.org

Redaktion Bundesanzeiger Verlag

Jörg Schick
Tel.: 0221 / 9 76 68-186
E-Mail: joerg.schick@bundesanzeiger.de
Angela Scholz
Tel.: 0221 / 9 76 68-315
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: angela.scholz@bundesanzeiger.de

Manuskripte

Manuskripte sind unmittelbar an die Redaktion im Verlag zu senden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich das Recht zur redaktionellen Bearbeitung der angenommenen Manuskripte vor.

Erscheinungsweise

zweimonatlich, jeweils Mitte des geraden Monats

Bezugspreise/Bestellungen/Kündigungen

Einzelheft 42,70 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 1,50 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Der Jahresabopreis inkl. Online-Archiv beträgt 254,40 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 0,75 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Der Bezugszeitraum beträgt jeweils 12 Monate. Kündigungen müssen schriftlich erfolgen und spätestens am 15. des Vormonats, in dem das Abonnement endet, beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Geschäftsführung: Dr. Matthias Schulenberg, Jörg Mertens

Abo-Service

Wiebke Schmidt
Tel.: 0221 / 9 76 68-291
Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: wiebke.schmidt@bundesanzeiger.de

Urheber- und Verlagsrechte

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Mit der Annahme des Manuskriptes zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Vervielfältigungsrecht bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Nutzungsrecht umfasst auch die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken, insbesondere im Wege elektronischer Verfahren einschließlich CD-ROM und Online-Diensten.
Cover-Copyright © vege-stock.adobe.com

Haftungsausschluss

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Eine Haftung für etwaige mittelbare oder unmittelbare Folgeschäden oder Ansprüche Dritter ist ebenfalls ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendig die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigenleitung

Hans Stender
Bundanzeiger Verlag GmbH
Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Tel.: 0221 / 9 76 68-343
Fax: 0221 / 9 76 68-288
E-Mail: hans.stender@bundesanzeiger.de

Anzeigenpreise

Es gilt die aktuelle Anzeigenpreislste.

Herstellung

Günter Fabritius, 0221 / 9 76 68-182

Satz

TGK Wienpahl, Köln

Druck

Appel & Klinger GmbH, Schneckenlohe

ISSN: 2192-211X

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beihefter: Insolvenzreport 33/2017

ZInsO-Aufsätze

- Die Anspruchsverfolgung durch den Insolvenzverwalter bei rechtsverstößlicher Mantelverwendung der GmbH** 1697
von Stadtrechtsdirektor a.D. Markus Geißler, Freiburg i. Br.
- Anfechtungsrisiken bei der Vollstreckung wegen Geldforderungen nach § 802b ZPO und das Zwangsvollstreckungsformular nach § 802b ZPO i.V.m. GVFV** 1704
von Rechtsanwalt/Fachanwalt für Arbeits- und Insolvenzrecht/Insolvenzverwalter Klaus Maier, Villingen-Schwenningen
- Die privatrechtliche Insolvenzversicherung von Pensionszusagen durch das doppelseitige Contractual Trust Arrangement** 1708
von Robert Lüder, Tobias Kutzner und Simon Schulenburg, Hamburg

ZInsO-Dokumentation

- 6. Deutscher Gläubigerkongress – Krisenberater in der Krise? Wie man Herausforderungen durch wandelnde und neue Geschäftsmodelle professionell begegnet und was wir von Anakin Skywalker lernen können** 1716
von Rechtsanwalt Marco Kohlmeier, Löhne

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

- In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts 1720
- Diese Ausgabe enthält eine Rezension zu folgendem Titel:
Friederike Schaal, Die Haftung der Geschäftsführungsorgane einer insolvenzrechtlich eigenverwaltenden GmbH oder AG

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

- Verwertung einer Finanzsicherheit bei eröffnetem Insolvenzverfahren** 1722
EuGH, Urt. v. 10. 11. 2016 – Rs. C-156/15
- Enthaftungserklärung nach § 109 Abs. 1 Satz 2 für Wohnraum umfasst auch die vom Schuldner geleistete Mietkaution** 1726
BGH, Beschl. v. 13. 7. 2017 – IX ZB 33/16
- Verurteilung wegen Insolvenzverschleppung und waffenrechtliche Unzuverlässigkeit** 1727
BayVGh, Beschl. v. 28. 6. 2017 – 21 CS 17.196
- Keine Anfechtung der Freistellung von der Haftung aus einer Grundschild** 1729
OLG Düsseldorf, Urt. v. 2. 3. 2017 – I-12 U 25/16
- Akteneinsicht an verfahrensunbeteiligte Dritte in Strafverfahren** 1734
OLG Rostock, Beschl. v. 13. 7. 2017 – 20 Ws 146/17
- Zulässige Verrechnung von Rentenbezügen mit Beitragsforderungen** 1737
LSG NRW, Beschl. v. 2. 11. 2015 – L 3 R 675/15 B ER
- Zur Verurteilung wegen Betruges im Rahmen eines Vergütungsfestsetzungsverfahrens beim Insolvenzgericht („Bohlen & Doyen“)** 1740
LG Aurich, Urt. v. 25. 4. 2017 – 15 KLS 1000 Js 17239/10 (3/14)
Anm. Weyand



| | |
|--|------|
| Anordnung partieller Zustimmungsvorbehalte für Sozialversicherungsbeträge als Sicherungsmaßnahme in der Eigenverwaltung | 1740 |
| <i>AG Hamburg, Beschl. v. 19. 6. 2017 – 67g IN 173/17</i> <i>m. Anm. Buchalik/Kraus</i> | |
| • Gesellschaftsinsolvenzrecht | |
| Erlöschen einer Notarvollmacht mit der Insolvenzeröffnung | 1746 |
| <i>OLG München, Beschl. v. 22. 5. 2017 – 34 Wx 87/17</i> | |
| Unzulässigkeit des Insolvenzantrags von Gesellschaftern einer „führungslosen“ GmbH/UG | 1751 |
| <i>LG Kleve, Beschl. v. 21. 3. 2017 – 4 T 577/16</i> | |
| • Verfahrensrecht | |
| Schutzvorschrift des § 149 Abs. 1 ZVG nur für unmittelbare Eigenbesitzer | 1753 |
| <i>BGH, Urt. v. 6. 7. 2017 – IX ZR 271/16</i> | |
| • Vergütungsrecht | |
| Keine Berücksichtigung von Anfechtungsansprüchen in der Berechnungsgrundlage für die Vergütung im Eröffnungsverfahren | 1756 |
| <i>LG Kiel, Beschl. v. 4. 5. 2017 – 4 T 55/17</i> | |

„Mit dieser Ausgabe verteilen wir je eine Beilage der Verlag C. H. Beck oHG und der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

Wir bitten um freundliche Beachtung.“

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünkman • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkoite • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Nothhoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Carl Heymanns Verlag

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 97

Telefax: (0221) 9 43 73-1 77 97

E-Mail: Karsten.Kuehn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Nikola Höltker, Kathrin Gehrlein

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

(monatlich im Voraus): € 56,60

Preis für das Einzelheft: € 26,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 1615-8032

Inhaltsverzeichnis



ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beihefter: Insolvenzreport 31-32/2017

ZInsO-Aufsätze

| | |
|--|------|
| Aktuelle Entwicklungen zur Kommunikation und Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Insolvenzen | 1645 |
| <i>von Sebastian Way, LL.M. (London), und Sebastian Klein, LL.M. (Köln), London</i> | |
| Das Hannoveraner Modell in der Praxis | 1649 |
| <i>von Konkurs- bzw. Insolvenzrichter/Direktor des Amtsgerichts Klaus Neubert, Bückeburg</i> | |
| Zur Kürzung der Vergütung in Verbraucherinsolvenzverfahren nach § 3 Abs. 2 lit. e InsVV | 1653 |
| <i>von Professor Dr. Hugo Grote, Köln/Remagen</i> | |

ZInsO-Dokumentation

| | |
|---|------|
| Tagesbericht 1. Bodensee-Forum Krise, Sanierung und Turnaround | 1658 |
| <i>von Dipl.-Rechtspfleger (FH) Stefan Lissner, Konstanz</i> | |

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

| | |
|--|------|
| In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts | 1662 |
|--|------|

ZInsO-Rechtsprechungsreport

I. Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

| | |
|--|------|
| Voraussetzungen einer wirksamen Schuldübernahme nach § 418 Abs. 1 BGB | 1663 |
| <i>BGH, Urt. v. 23. 6. 2017 – V ZR 39/16</i> | |
| Vermeidbarkeit eines Verbotsirrtums trotz anwaltlicher Beratung; § 32 Abs. 1 KWG als Schutzgesetz beim Handel mit Genussscheinen | 1666 |
| <i>BGH, Urt. v. 16. 5. 2017 – VI ZR 266/16</i> | |
| Art und Inhalt des Aussonderungsrechts im Insolvenzrecht; Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit von Aussonderungsgegenständen in der Insolvenzmasse; Europäisches Recht zum Schutz der Arbeitnehmerforderungen bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers; Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten bei Schutzmaßnahmen für Altersversorgungsansparungen und -ansprüche; Schranken bei der unionsrechtskonformen Auslegung der nationalen Rechtsvorschriften; Anforderungen an die Revisionsbegründung | 1669 |
| <i>BAG, Urt. v. 21. 3. 2017 – 3 AZR 718/15</i> | |
| Firmenänderung durch den Insolvenzverwalter | 1673 |
| <i>KG, Beschl. v. 6. 7. 2017 – 22 W 47/17 (nicht rechtskräftig)</i> | |
| Zulässige Berufung auf eine erteilte Restschuldbefreiung gegen eine Einzelgläubigeranfechtung | 1675 |
| <i>OLG Düsseldorf, Urt. v. 1. 6. 2017 – I-12 U 41/16</i> | |
| Anfechtbare Zahlungen an den Steuerberater bei Überschreiten des gesetzlichen Gebührenrahmens; teilweise Inkongruenz .. | 1680 |
| <i>OLG Düsseldorf, Urt. v. 11. 5. 2017 – I-12 U 55/16</i> | |
| Beginn des Laufes der Beschwerdefrist nach § 127 Abs. 3 ZPO bei Zustellung an die frühere Prozessbevollmächtigte der bedürftigen Partei | 1682 |
| <i>OLG Düsseldorf, Beschl. v. 6. 2. 2017 – I-12 W 27/16</i> | |
| Bestimmung des Pfändungsfreibetrages | 1683 |
| <i>LG Braunschweig, Beschl. v. 4. 1. 2017 – 6 T 662/16</i> | |
| Anforderungen an die „zwingende“ Beweisführung in einem Anfechtungsprozess zur Kenntnis von der Zahlungseinstellung eines Schuldners | 1684 |
| <i>LG Detmold, Urt. v. 26. 4. 2017 – 12 O 251/16</i> | |

| | |
|--|------|
| Erhöhung des pfändbaren Betrages zugunsten der Insolvenzmasse | 1689 |
| <i>LG Hamburg, Beschl. v. 5. 7. 2017 – 326 T 90/16</i> | |
| Umgang des Insolvenzgerichts mit einer außerordentlichen sofortigen Beschwerde | 1690 |
| <i>AG Göttingen, Beschl. v. 30. 6. 2015 – 74 IN 31/15</i> | |
| Zur Anfechtbarkeit der Vergütung eines Nachlasspflegers | 1691 |
| <i>AG Göttingen, Urt. v. 31. 5. 2017 – 21 C 14/16 (nicht rechtskräftig)</i> | |
| • Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung | |
| Keine rückwirkende Erteilung der Restschuldbefreiung (hier: 12 Jahre nach Insolvenzeröffnung) | 1692 |
| <i>BGH, Beschl. v. 1. 6. 2017 – IX ZB 87/16</i> | |
| Keine Stundung der Verfahrenskosten bei dinglich gesicherten Forderungen | 1693 |
| <i>AG München, Beschl. v. 3. 5. 2017 – 1504 IK 700/17</i> | |
| • Vergütungsrecht | |
| Kein Zuschlag für Mehr-Tätigkeiten im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung von Delegationen; Kein Regelzuschlag bei mehr als 100 Gläubigern | 1694 |
| <i>BGH, Beschl. v. 22. 6. 2017 – IX ZB 65/15</i> | |
| II. Leitsatzreport | |
| Zur Übernahme der persönlichen Verbindlichkeit bei Übertragung dinglich belasteten Eigentums an die Ehefrau; Zahlungen des Schuldners auf die gesicherten Verbindlichkeiten als anfechtbare unentgeltliche Leistungen; kein analoge Anwendung des § 143 Abs. 3 InsO auf Fälle der Verwertung von „Doppelsicherheiten“ außerhalb des Gesellschaftsrechts | 1696 |
| <i>OLG Düsseldorf, Urt. v. 2. 3. 2017 – I-12 U 25/16</i> | |
| Zu den Anforderungen an die Begründung einer Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision | 1696 |
| <i>OLG München, Beschl. v. 27. 9. 2016 – B 11 AL 46/16 B</i> | |
| Zur Pfändbarkeit des den Freibetrag übersteigenden Einkommens beim P-Konto | 1696 |
| <i>LG Duisburg, Urt. v. 16. 6. 2017 – 7 S 85/16</i> | |
| Abweisung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens trotz Vorliegen eines Eröffnungsgrundes; Nicht ausreichendes schuldnerisches Vermögen zur Deckung der Kosten des Insolvenzverfahrens | 1696 |
| <i>AG Bonn, Beschl. v. 29. 7. 2015 – 97 IN 49/15</i> | |
| Vergütung des nachverfahrendlichen Gläubigerausschusses bei Folgeinsolvenz | 1696 |
| <i>AG Düsseldorf, Beschl. v. 9. 12. 2016 – 504 IN 269/12</i> | |

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brinkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nummer-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseil • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Notthoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Schalten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Carl Heymanns Verlag

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 97

Telefax: (0221) 9 43 73-1 77 97

E-Mail: Karsten.Kuehn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Nikola Höllker, Kathrin Gehrlein

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

(monatlich im Voraus): € 56,60

Preis für das Einzelheft: € 26,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Appel & Klinger Druck und Medien GmbH, Schneckenlohe

ISSN 1615-8032

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beihefter: Insolvenzreport 30/2017

ZInsO-Aufsätze

| | |
|---|------|
| „Change engine, while you are flying“ von Horst Pütz, Köln | 1585 |
| Zur nichtigen Stimmabgabe im Abstimmungstermin über einen Insolvenzplan von Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/Fachberater für Internationales Steuerrecht/Dipl.-Kfm. Johannes Weßling, M.I.Tax, Greven | 1595 |
| Die Änderung von Insolvenzfeststellungsbescheiden nach § 130 Abs. 1 AO von Regierungsrat Benjamin Adam, Bielefeld | 1600 |

ZInsO-Dokumentation

| | |
|--|------|
| 18. Jahreskongress Insolvenzrecht 2017 in Potsdam von Rechtsanwalt Torsten Steinwachs, Frankfurt/M., und Rechtsanwalt Torsten Schuster, Neuruppin und Hoppegarten | 1606 |
|--|------|

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

| | |
|--|------|
| In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts | 1609 |
|--|------|

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

| | |
|--|------|
| Vorlage zur Vorabentscheidung; Übergang von Unternehmen; Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer; Ausnahmen; Insolvenzverfahren; „Pre-pack“; Fortbestand eines Unternehmens EuGH, Urt. v. 22. 6. 2017 – C-126/16 | 1610 |
| Antragsberechtigung des Sachwalters nach § 78 Abs. 1 InsO in der Eigenverwaltung; Maßstab der gerichtlichen Aufhebung eines Beschlusses der Gläubigerversammlung aufgrund einer Prognoseentscheidung BGH, Beschl. v. 22. 6. 2017 – IX ZB 82/16 | 1614 |
| Zur Kenntnis des Gläubigers von der Vermögenslage des Schuldner bei erfolgreicher zwangsweiser Beitreibung unbestrittener Forderungen BGH, Urt. v. 22. 6. 2017 – IX ZR 111/14 | 1616 |
| Bewilligung von PKH für einen Insolvenzverwalter bei unklarer Rechtslage OVG Niedersachsen, Beschl. v. 15. 5. 2017 – 11 PA 102/17 | 1620 |
| Anforderungen an die persönliche Beratung zwischen einer geeigneten Person und dem Schuldner; zulässige Beratung per Bildtelefon LG Göttingen, Beschl. v. 7. 7. 2017 – 10 T 37/17 | 1620 |
| Kein generelles Einsichtsrecht des Insolvenzverwalters in die Betreuungsakte eines Schuldners LG Wuppertal, Beschl. v. 17. 8. 2016 – 9 T 130/16 | 1622 |
| Anforderungen an die Anmeldung einer Deliktsforderung AG Norderstedt, Beschl. v. 6. 6. 2017 – 65 IK 29/17 | 1623 |
| Anforderungen an die Glaubhaftmachung der Schlechterstellung opponierender Gläubiger im Insolvenzplanverfahren; Gewährung eines wirtschaftlichen Wertes an den Schuldner und dessen Kompensation AG Osnabrück, Beschl. v. 12. 7. 2017 – 38 IN 25/15 | 1624 |



- **Gesellschaftsinsolvenzrecht**

Haftung des GmbH-Geschäftsführers für massenkürzende Leistungen 1628
OLG München, Beschl. v. 22. 6. 2017 – 23 U 3769/16

- **Insolvenzsteuerrecht**

Zur (zweifachen) Berichtigung der Umsatzsteuer bei und nach der Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters 1633
BFH, Urt. v. 1. 3. 2016 – XI R 9/15

Abrechnungsbescheid zur Einkommensteuer 2012 1636
FG Niedersachsen, Urt. v. 7. 3. 2017 – 13 K 178/15

- **Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung**

Vertretungsberechtigung eines Inkasso-Unternehmens 1642
AG Hannover, Beschl. v. 10. 7. 2017 – 909 IK 1129/14 – 5

„Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

Wir bitten um freundliche Beachtung.“

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünknans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Nothoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
 Carl Heymanns Verlag
 Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn
 Telefon: (02 21) 9 43 73-77 97
 Telefax: (0221) 9 43 73-1 77 97
 E-Mail: Karsten.Kühn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening
 Telefon (02 21) 9 43 73-77 60
 E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer
 E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de
 Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Nikola Hölker, Kathrin Gehrlein
 Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
 Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69
 E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten
 (monatlich im Voraus): € 56,60
 Preis für das Einzelheft: € 26,00

Kündigungsfrist:
 6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Appel & Klinger Druck und Medien GmbH, Schneckenlohe

ISSN 1615-8032



Editorial

Theodor Thanner

Wettbewerbsberuhigte Zonen stilllegen!

389

Aufsätze

Christian Alexander

Neue Aufgaben des Bundeskartellamtes bei Verstößen gegen Verbraucherschutzbestimmungen

391

Carsten König

Zur geplanten Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden bei der Durchsetzung des EU-Kartellrechts

397

Ahmad Chmeis

Der Richtlinien-Vorschlag der Kommission zur Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden im ECN – Eine Kommentierung unter Berücksichtigung des deutschen Kartellverfahrensrechts

403

Philipp Eckel

Anspruch auf Lizenzeinräumung aus FRAND-Erklärungen bei standardessentiellen Patenten – Teil 1

408

Josef Drexl

Neue Regeln für die Europäische Datenwirtschaft? Ein Plädoyer für einen wettbewerbspolitischen Ansatz – Teil 2

415

Johannes Ylinen

Die Wahrheitspflicht in der Fusionskontrolle – Überblick und praktische Bedeutung für Unternehmen und Anwälte aus Anlass der Bußgeldentscheidung Facebook / Whatsapp

421

Donata Beck

Zum Verstoß gegen das Vollzugsverbot durch Teilvollzug

426

Berichte

Johannes Kruse

Wege einer ökonomischen Beweisführung in Kartellverfahren – Bericht zur Konferenz “Economic Evidence in Competition Law and the Future of the “More Economic” Approach” vom 12. Mai 2017 in Amsterdam

432

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 6. 7.2017 – C-180/16 P Zur Änderung der Geldbuße in einem zweiten Beschluss der Kommission nach gerichtlicher Aufhebung des ersten 435

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG 12. 7.2017 – T-371/17 R Aussetzung des Vollzugs einer Auskunftsentcheidung der Kommission 437

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Celle 4. 7.2017 – 18 AR 7/17

Zum gemeinsamen Gerichtsstand bei Klagen gegen mehrere Kartell-Gesamtschuldner

439

Sonstige Gerichte

LG Dortmund 28. 6.2017 – 8 O 25/16 (Kart)

Zum Kartellschadensersatz nach altem Recht

440

ISSN 2195-2833

NZKart

Neue Zeitschrift für Kartellrecht

Schriftleitung/Redaktion:

Rechtsanwalt *Dr. Ulrich Soltész*
(verantwortlich für den Textteil)
Frau *Karin Kammach* (Assistenz)
Rue de Loxum 25
B-1000 Brüssel/Belgien
Tel.: +32 2 551-1020,
Fax: +32 2 551-1039.
E-Mail: ulrich.soltesz@gleisslutz.com

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich

gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: monatlich.

Bezugspreise 2017: jährlich (inkl. Online-Zugang € 459,- (inkl. MwSt.), Vorzugspreis für Bezieher der GRUR sowie des beck-online Fachmoduls Gewerblicher Rechtsschutz plus (inkl. Online-Zugang) € 375,- (inkl. MwSt.), Einzelheft: € 45,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen: 6 Wochen vor Jahresabschluss.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Hefes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.



ZIK AKTUELL

81

BEITRÄGE

| | |
|---|-----|
| Andreas Konecny: Die EulnsVO 2015 im Überblick | 82 |
| Stephan Riel: Das Konzerninsolvenzrecht des IRÄG 2017 | 91 |
| Franz Mohr: Neuerungen im Privatinsolvenzrecht – IRÄG 2017 | 97 |
| Birgit Schneider: IRÄG 2017 – die „kleineren“ Änderungen | 103 |



FACHLITERATUR

108

JUDIKATUR

| | |
|---|-----|
| Zur Inkassozeession von Schadenersatzansprüchen gegen den Rechtsanwalt des insolventen Schuldners | 111 |
| Zur Prüfung (des Kennenmüssens) der Begünstigungsabsicht | 111 |
| Absonderungsrecht an einem Versicherungsanspruch und Klagebegehren | 112 |
| Zurückweisung einer festgestellten Forderung als ausgeschlossen | 112 |
| Eröffnungsverfahren: Prüfung von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung | 113 |
| Führungslose Kapitalgesellschaft: Vertretungsbefugnis des Mehrheitsgesellschafters nur bei Eigenantrag | 113 |
| Zur Entlohnung bei Aufhebung mit Zustimmung der Gläubiger | 114 |
| Die Belohnung gebührt einem Gläubigerschutzverband auch ohne Vertretungstätigkeit | 114 |
| Nach Aufhebung gelten die Regeln für Prüfungsprozesse nicht mehr | 116 |
| Verfahrenshilfe für eine kridamäßige Versteigerung | 116 |
| Exekutionseinstellung nach Verwertung im Insolvenzverfahren | 116 |
| Nachtragsverteilung: Keine nachträgliche Verteilung von bekanntem, aber nicht verwertetem Massevermögen | 117 |
| Zurückweisung des Antrags auf einen offenbar nicht erfüllbaren Sanierungsplan | 117 |
| Abschöpfungsverfahren: vorzeitige Restschuldbefreiung und verspätete Forderungsanmeldung | 117 |
| E-Mail an Gerichtspräsidium ist kein Rekurs | 118 |
| Zur Prüfung der internationalen Zuständigkeit nach der EulnsVO | 118 |
| Kein Disziplinarvergehen bei routinemäßiger Exekution gegen einen Masseverwalter persönlich | 119 |
| Anspruch auf Insolvenz-Entgelt ist unabhängig von der Anmeldung zur Sozialversicherung | 119 |
| Zeitliche Begrenzung des Insolvenz-Entgelts auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen | 119 |
| GmbH & Co KG und Haftung des Organs der Komplementärgesellschaft | 119 |
| Interzedentenschutz auch für den Beibringer einer Bankgarantie | 120 |
| Internationale Zuständigkeit für Haftungsklagen wegen LIBOR-Manipulationen | 120 |

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (V.i.S.d.P.),
Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M.

Redaktion: Christoph Seibold (*leitender Redakteur*), Nicole Bentin
(*Redakteurin Rechtsprechung*), Armelle Grandjean (*Redakteurin
Rezensionen*)

Redaktionsassistent: Dr. Pascal Oberndörfer, Sebastian Pech, Stephanie
Niederalt

Anschrift der Redaktion:
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München,
Telefon (089) 29195470, Telefax (089) 29195480,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org, URL: <http://www.urheberrecht.org/>

Herausgeber: Prof. Dr. Albrecht Hesse, Prof. Roland Bornemann,
Dr. Tilo Gerlach, Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M., Dr. Harald
Heker, Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M., Prof. Dr. Johannes Kreile,
Dr. Urban Pappi, Dr. Robert Staats

Wiss. Beirat: Prof. Dr. Dieter Dörr, Guido Evers, Prof. Dr. Norbert
P. Flechsig, Prof. Dr. Günter Herrmann, Dr. Tobias Holzmüller, LL.M.,
Dr. Matthias Kirschenhofer, Prof. Dr. Reinhold Kreile, Dr. Matthias
Lausen, Dr. Michael Libertus, Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Prof. Dr.
Wilhelm Nordemann, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Prof. Dr. Wolf-Dieter
Ring, Dr. Martin Schaefer, Dr. Tobias Schmid, Dr. Gernot Schulze, Prof.
Dr. Mathias Schwarz, Prof. Dr. Robert Schweizer, Peter-Christoph Weber

ZUM

Zeitschrift für Urheber- und
Medienrecht

61. Jahrgang · Heft 8/9/2017

ISSN 0177-6762

um

INSTITUT FÜR URHEBER-
UND MEDIENRECHT

Inhaltsverzeichnis



Aufsätze

| | |
|--|---------|
| Professor Dr. Artur-Axel Wandtke und Laura Leidl Zur Kündigung gemeinsamer Vergütungsregeln (GVR) | 609–615 |
| Professor Dr. Bernd Holznagel, LL.M. Das Compliance-System des Entwurfs des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes Eine kritische Bestandsaufnahme aus internationaler Sicht | 615–624 |
| Professor Dr. Ralf Müller-Terpitz Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung von Entgelttarifen durch die Bayerische Medien Technik GmbH | 624–632 |
| Dr. Frederik Ferreau Rundfunkbegriff und Rundfunkregulierung – Revision erforderlich? | 632–639 |
| Martin J. Walser und Sebastian Feurstein Aufi aufn Berg – Der steile Weg zur unionsrechtlichen Dogmatik der »öffentlichen Wiedergabe« | 639–645 |
| Stephanie Niederalt Aus anderen Zeitschriften | 645–654 |
| Dr. Simon Apel und Alexander Stolz, LL.M. Letzter Halt vor einer Zeitenwende im WLAN-Störerhaftungsregime – Anmerkung zu BGH ZUM 2017, 670 – WLAN-Schlüssel | 674–678 |

Rechtsprechung

| | |
|--|---------|
| Vermutung der Aktivlegitimation einer Verwertungsgesellschaft im Falle der Geltendmachung eines Auskunftsanspruchs betreffend die Geräteabgabe BGH, Urteil vom 16.3.2017 – I ZR 42/15 – PC mit Festplatte II – OLG München | 655–667 |
| Erneutes öffentliches Zugänglichmachen eines bereits öffentlich zugänglichen Werkes BGH, Beschluss vom 23.2.2017 – I ZR 267/15 – Cordoba – OLG Hamburg | 668–671 |
| Haftung eines Internetanschlusshabers für werkseitig voreingestellten WLAN-Schlüssel BGH, Urteil vom 24.11.2016 – I ZR 220/15 – WLAN-Schlüssel – LG Hamburg | 672–674 |

Keine Gehilfenhaftung eines Hostproviders bei nur genereller Kenntnis von erheblichen Urheberrechtsverletzungen

OLG München, Urteil vom 2.3.2017 – 29 U 2874/16 – nicht rechtskräftig 679–685

Beweislast beim Recht auf Vergessenwerden

LG Frankfurt am Main, Urteil vom 9.2.2017 – 2-03 S 16/16 – nicht rechtskräftig 685–690

Persönlichkeitsrechtsverletzung durch Falschzitat

LG Köln, Urteil vom 15.3.2017 – 28 O 324/16 – nicht rechtskräftig 690–694

Buchbesprechung

Benjamin Rau: Die dreifache Schadensberechnung. Eine Untersuchung zum deutschen und europäischen Immaterialgüter-, Lauterkeits- und Bürgerlichen Recht

Professor Dr. Christian Heinze, LL.M., Hannover 695–696

Schriftleitung

Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M.
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München
Telefon: (089) 291954-70, Telefax: (089) 291954-80,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org
www.urheberrecht.org

Erscheinungsweise

11 Ausgaben im Jahr mit einer Doppelnummer

Bezugspreise 2017

Miniabo (6 Ausgaben) € 89,00 inkl. Vertriebskosten und Porto;
Jahresabonnement € 385,00 zzgl. Vertriebskostenanteil (€ 28,18/Jahr, Porto/
Inland € 22,40 + Direktbeorderungsgebühr € 5,78), Gesamtpreis: € 413,18;
Jahresabonnement für ZUM und ZUM-RD im Kombinationsangebot € 535,00
zzgl. Vertriebskostenanteil (€ 56,36/Jahr, Porto/Inland € 44,80 + Direktbeorderungsgebühr € 11,56), Gesamtpreis: € 591,36.

Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt.
Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

Jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe:
BLZ: 660 100 75 Konto Nr.: 73636751 IBAN: DE07.6601.0075.0073.6367.51 BIC:
PBNKDEFF oder Stadtparkasse Baden-Baden: BLZ: 662 500 30 Konto Nr.:
5002266 IBAN: DE05.6625.0030.0005.0022.66 BIC: SOLA DE 51 BAD

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3–5, 76530 Baden-Baden, Telefon: (072 21) 21 04-0, Telefax: (072 21) 21 04 27
E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagdienstleistungen, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn, Telefon: (0228) 97898-0, Telefax: (0228) 97898-20, E-Mail: roos@sales-friendly.de

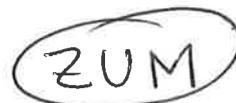
Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Printed in Germany

ISSN 0177-6762



Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR

Herausgegeben von Joachim Bornkamm und
Ansgar Ohly
in Gemeinschaft mit Joseph Drexl und Reto Hilty

8/2017

Seiten 753–856

119. Jahrgang – August 2017



INHALET

GRUSSWORT 753 GERT WÜRTEMBERGER/STEPHAN FREISCHEM/MICHAEL LOSCHELDER/
HANS-JÜRGEN AHRENS
Prof. Dr. Willi Erdmann zum 80. Geburtstag

AUFSÄTZE 755 MATTHIAS LEISTNER
Die „The Pirate Bay“-Entscheidung des EuGH: ein Gerichtshof als Ersatz-
gesetzgeber
760 JOACHIM VON UNGERN-STERNBERG
Zum Recht auf Anerkennung der Urheberschaft. Inhalt und gesetzliche
Beschränkungen
765 MALTE STIEPER
Urheber- und wettbewerbsrechtlicher Schutz von Werbefiguren (Teil 2)
772 CORNELIUS RENNER
Persönlichkeitsschutz im Wahlkampf

ZUR RECHTSPRECHUNG 777 RICHARD DISSMANN/SARAH SOMBOONVONG
Rechtserhaltende Benutzung von Individualmarken als Gütezeichen.
Besprechung zu EuGH „Gözze/VBB [Internationales Baumwollzeichen]“

REPORT 780 HENRIKE WEIDEN
Aktuelle Berichte – August 2017

MITTEILUNGEN 781 Nachruf auf Dr. Carsten Zülch (*Grosch*)
782 Tagungsbericht: Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen
Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht (*Maut*)

BUCHBESPRECHUNGEN 783 OTTO TEPLITZKY (Begr.)/KLAUS BACHER (Hrsg.): Wettbewerbsrechtliche
Ansprüche und Verfahren. Unterlassung, Beseitigung, Auskunft, Schadens-
ersatz, 11. Aufl. (*Keller*)
784 SENTA BINGENER: Markenrecht, 3. neu bearb. Aufl. (*Grabrucker*)

RECHTSPRECHUNG

PATENTRECHT 785 BGH 16.5.17 – X ZR 120/15
Haftung eines im Ausland ansässigen Lieferanten – **Abdichtsystem**

URHEBERRECHT 790 EuGH 14.6.17 – C-610/15
Öffentliche Wiedergabe durch Bereitstellen und Betreiben einer Filesharing-
Plattform im Internet – **Stichting Brein/Ziggo ua [The Pirate Bay]**
793 BGH 23.2.17 – I ZR 92/16
Kein gezieltes Bewerben eines Freischwingers durch Messepräsentation
– **Mart-Stam-Stuhl**

- 798** BGH 27.4.17 – I ZR 247/15
Erstreckung der Panoramafreiheit auf nicht ortsfeste Kunstwerke
– **AIDA Kussmund (m. Anm. Haimo Schack, S. 802)**
- 803** OLG Karlsruhe 26.4.17 – 6 U 92/15
Interessenabwägung bei vollständiger Vernichtung einer Kunstinstallation
– **HHole (for Mannheim)**
- 811** OLG Düsseldorf 16.3.17 – I-20 U 17/16
Haftung der Betreiber von privaten und gewerblichen WLAN-Hotspots
– **WLAN-Hotspot**
- 814** OLG Frankfurt a. M. 9.5.17 – 11 U 153/16
Haftung des Landes für durch Lehrer auf Homepage begangene Urheberrechtsverletzung – **Cartoon auf Homepage**

MARKENRECHT **816** EuGH 8.6.17 – C-689/15
Grenzziehung zwischen Kollektiv- und Individualmarken – **Gözze/VBB [Internationales Baumwollzeichen]**

- WETTBEWERBSRECHT **819** BGH 27.4.17 – I ZR 215/15
Aufzeichnungspflicht für gewerbliche Bearbeitung von Nachbauseaatgut
– **Aufzeichnungspflicht**
- 823** BGH 4.5.17 – I ZR 208/15
Verpflichtung zum Rückruf mit Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung – **Luftentfeuchter**
- 826** BFH 21.12.16 – XI R 27/14
Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Abmahnungen durch Mitbewerber
– **umsatzsteuerbare Leistung**

LEBENSMITTELRECHT **828** EuGH 14.6.17 – C-422/16
Unzulässige Bezeichnung von pflanzlichen Lebensmitteln als Milcherzeugnisse – **Verband Sozialer Wettbewerb/TofuTown (m. Anm. Peter Ruess, S. 831)**

- ARZNEIMITTEL- UND
HEILMITTELWERBERECHT **833** BGH 9.2.17 – I ZR 130/13
Werbeverbot für Defekturarzneimittel – **Weihrauch-Extrakt-Kapseln II**
- 835** OLG Düsseldorf 25.4.17 – I-20 U 149/13
Bonusprogramm einer ausländischen Apotheke – **Deutsche Parkinson Vereinigung II**

- PERSÖNLICHKEITS- UND
MEDIENRECHT **841** BVerfG 8.2.17 – 1 BvR 2973/14
Enges Verständnis des Begriffs „Schmähekritik“ – **Obergaleiter der SA-Horden**
- 842** BVerfG 9.2.17 – 1 BvR 967/15
Abbildung von Prominenten im öffentlichen Raum durch die Presse
– „Gehweg“-Foto
- 844** BVerfG 9.2.17 – 1 BvR 2897/14, 1 BvR 790/15
Abbildung von Prominenten im privaten Raum durch die Presse – „Innenhof“-Foto
- 844** BGH 4.4.17 – VI ZR 123/16
Haftung von Portalbetreibern bei eigenmächtiger Änderung einer Bewertung
– **klinikbewertungen.de (m. Anm. Franz Hofmann, S. 848)**
- 850** BGH 2.5.17 – VI ZR 262/16
Preisgabe von geheim gehaltener Liebesbeziehung in Berichterstattung
– **Popstar und Dessousmodel**

KOSTENRECHT **854** BGH 26.4.17 – I ZB 41/16
Notwendige Kosten für Auskunftsverlangen über IP-Adressen – **Anwaltskosten im Gestattungsverfahren**

V Aus dem Inhalt der GRUR-Familie 8/2017

VI GRUR-Aktuell

XIII Leitsatzübersicht

XVI Impressum

8-9/2017

Herausgegeben von Josef Drexl und Reto Hilty
in Gemeinschaft mit Joachim Bornkamm und Ansgar Ohly

Seiten 661–824
66. Jahrgang – Aug./Sept. 2017



INHALT

AUFSÄTZE

- 661** MAXIMILIAN HAEDICKE
Lehren aus der *Huawei v. Unwired Planet*-Entscheidung für das deutsche Patentrecht
- 670** SIEGFRIED BROß
Die Patenterteilungspraxis nach dem EPÜ – Erosion des Rechtsstaates?
- 674** LUIGI CARLO UBERTAZZI
Brexit and the EU Patent Part II: What Shall We Do?
- 687** GABRIELE ENGELS/CLAIRE LEHR
Sweets, cars and bottles – three-dimensional trade marks
- 696** DARIA KIM
No One's Ownership as the Status Quo and a Possible Way Forward: A Note on the Public Consultation on Building a European Data Economy

BERICHTE

- 705** WENMIN WANG
Chinese Unfair Competition Law – The Draft Amendment of 2017
- 709** NATALIE ACKERMANN
Die Reform des Schutzes technischer Innovation durch den Gesetzgeber: Wie technische Entwicklungen bewährte Regelungskonzepte herausfordern – Bericht zu den Carl Heymanns Patenttagen Osnabrück am 2.6.2017

MITTEILUNGEN

- AIPPI
Internationale Vereinigung für den Schutz des Geistigen Eigentums (AIPPI)
Berichte der Deutschen Landesgruppe für den Weltkongress der AIPPI 2017 in Sydney, Australien
- 712** HEIKO DUMLICH/JOCHEN EHLERS/MICHAEL FLEUCHAUS/STEPHAN FREISCHEM/
JAN FREIALDENHOVEN/ROBIN KEULERTZ/JÉRÔME KOMMER/RAINER KUHNEN/
MATTHIAS RÖBLER/STEFAN SCHOHE
Study Question 2017 – Patentability of computer implemented inventions

- 723** CHRISTOF KARL/HEIKO DUMBLICH/JAN FREIALDENHOVEN/SABINE KOSSAK/
PAETRICK SAKOWSKI
Study Question 2017 – Protection of graphical user interfaces
- 731** NILS WEBER/DETLEF VON AHSEN/STEPHAN BIAGOSCH/HEIKO DUMBLICH/
RALF HACKBARTH/DIETMAR HAUG/JANINA VOOGD
Study Question 2017 – Bad faith trademarks
- 736** CLEMENS HEUSCH/BJÖRN JOACHIM/KARSTEN KÖNIGER/WOLRAD PRINZ ZU
WALDECK UND PYRMONT/BENJAMIN RAUE/TIM REINHARD/ MICHAEL SCHNEIDER/
PETER R. SLOWINSKI/LUDWIG VON ZUMBUSCH
Study Question 2017 – Quantification of monetary relief

RECHTSPRECHUNG

PATENTRECHT

- Österreich 744** OGH 21.2.2017 – 4 Ob 141/16p
Rückruf von patentverletzenden Produkten im einstweiligen Verfügungsverfahren
– **Nadelspitzenschutz für Subkutaninjektionen**
- USA 751** U.S. Supreme Court 22.5.2017
Gerichtsstand bei Patentverletzungsklage gegen U.S.-Gesellschaft – **TC Heartland v. Kraft Foods**
- USA 754** U.S. Supreme Court 30.5.2017
Erschöpfungsgrundsatz gilt auch bei Verkauf unter Beschränkungen sowie bei autorisiertem Verkauf im Ausland – **Impression v. Lexmark**

MARKENRECHT

- EU 759** EuGH 6.7.2017 – C-139/16
Eintragungshindernisse: Zeichen, das sich auf große Konzentration von Waren hoher Qualität bezieht – **Moreno Marín [La Milla de Oro]**
- EFTA 761** EFTA-Gerichtshof 7.4.2017 – E-5/16
Markenrechtlicher Schutz von Kunstwerken nach Ablauf des Urheberrechtsschutzes –
Ausnahmsweise Ablehnung der Markeneintragung aus Gründen der öffentlichen
Ordnung oder der guten Sitten möglich – **Vigeland**

WETTBEWERBSRECHT

- EU 768** EuGH 14.6.2017 – C-685/15
Amtsermittlungsgrundsatz bei Verstößen gegen staatliches Glücksspielmonopol –
Vereinbarkeit mit Unionsrecht – **Online Games**

ARZNEIMITTELRECHT

- EU 771** EuGH 28.6.2017 – C-629/15 P und C-630/15 P
Auslegung des Begriffs der umfassenden Genehmigung für das Inverkehrbringen –
Regelung des Schutzzeitraums von Daten – **Novartis Europharm / Kommission**

LEBENSMITTELRECHT

- EU 776** EuGH 14.6.2017 – C-422/16
Keine Bezeichnung rein pflanzlicher Produkte als „Milch“, „Rahm“, „Butter“, „Käse“
oder „Joghurt“ – **TofuTown.com**

URheberRECHT

- EU 781** EuGH 14.6.2017 – C-610/15
Öffentliche Wiedergabe durch Bereitstellen und Betreiben einer Plattform für das On-
line-Filesharing geschützter Werke – **Stichting Brein / Ziggo BV und XS4ALL Internet BV**

KARTELLRECHT

- Schweiz 785** BGer 28.6.2016 – 2C_180/2014
Erheblichkeit von Wettbewerbsabreden: Unzulässiges Verbot von Parallelimporten
– **Gaba / Wettbewerbskommission**

Mitteilungen

der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

108. Jahrgang
München, Heft 7/8
Juli/Aug. 2017
Seiten 297 – 376
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)



Freischaltung der
recherchierbaren Onlineausgabe:

Jurion Kundenservice
+ 49 (221) 9 43 73-70 50
jurion@wolterskluwer.com

Inhalt

Beiträge

| | | |
|---------------------|---|-----|
| Hirse / Sakowski | Verzögerung auf der Zielgeraden – Wann kommt das europäische Einheitspatent? | 297 |
| Rieck / Rüßmann | Gebühren bei Teilung einer Patentanmeldung | 298 |
| Meitinger | Die Offenlegung der Patentanmeldung nach 18 Monaten: Ist das noch zeitgemäß? | 303 |
| Krauß / Kutteneuler | Aktuelles aus dem Bereich Biotechnologie – Aussetzung von EPA-Verfahren, die Pflanzen (oder Tiere) betreffen, die durch im Wesentlichen biologische Verfahren erhalten werden | 305 |
| Beyerlein | Aktuelle Entwicklungen im Designrecht | 310 |
| Fitzner | Der Syndikuspatentanwalt | 315 |
| Teschemacher | Aktuelle Rechtsprechung der Beschwerdekammern des EPA – Notizen für die Praxis | 319 |
| Scheil | Aktuelles aus der VR China – Neue Entwicklungen im chinesischen Patentrecht – Inhaberstreit und neue Prüfungsrichtlinien | 326 |
| Hinkelmann | Aktuelles aus Japan – Aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet des japanischen Patentrechts | 330 |

Entscheidungen

| | | |
|------------------------|--|------------|
| Patent | | |
| EPA | Entsch. vom 31.1.2017, T 1852/13 – Spritzgießmaschine / Ferromatik Milacron Streichen eines Merkmals <i>mit Anmerkung Köster</i> | 335 339 |
| EPA | Entsch. vom 29.11.2016, T 1463/11 – universal merchant platform / CardinalCommerce fiktive Geschäftsperson / notional business person <i>mit Anmerkung Exner</i> | 340 343 |
| BPatG | Beschl. vom 14.11.2016, 7 W (pat) 30/15 – Gebühren für die Teilanmeldung I | 344 |
| BPatG | Beschl. vom 12.4.2017, 7 W (pat) 28/15 – Gebühren für die Teilanmeldung II Leitsätze | 346 |
| Gebrauchsmuster | | |
| BPatG | Beschl. vom 17.5.2017, 35 W (pat) 14/16 – synergistische Arginin-Kombination Besetzung in Gebrauchsmusterbeschwerde <i>mit Anmerkung Beyerlein</i> | 349 351 |
| Marke | | |
| EuGH | Urt. vom 18.5.2017, C-617/15 – Hummel Holding ./ Nike forum shopping | 351 |
| BGH | Urt. vom 10.11.2016, I ZR 191/15 – Sierpinski-Dreieck Aneinanderreihung unbekannter Kennzeichen als Dekoration | 354 |

Inhalt

| | | |
|---|--|--------------------------|
| OLG Koblenz | Urt. vom 9.3.2017, 6 U 1382/16 – TAXIM regionale Überlappung der Benutzung <i>mit Anmerkung Rapp</i> | 358 359 |
| LG München I | Urt. vom 22.12.2015, 33 O 18890/14 – klinische Erprobung Keine rechtserhaltende Benutzung in der klinischen Erprobungsphase | 360 |
| Supreme Court of the United States | Entsch. vom 22.5.2017, No. 16–341 – TC Heartland ./, Kraft Foods Group forum shopping Leitsätze Design – Leitsatz Urheberrecht – Leitsätze Arbeitnehmererfinderrecht | 364 365 365 |
| DPMA Schiedsstelle | Einigungsvorschlag vom 4.7.2016, Arb.Erf. 03/14 – Beutelmateriale Personalkostenanteil an den Produktkosten als Bezugsgröße Leitsätze Wettbewerbsrecht – Leitsätze Berufsrecht | 366 370 |
| BGH | Beschl. vom 4.4.2017, II ZB 10/16 – Eintragung der Dokortitel Kostenrecht – Leitsatz Verfahrensrecht – Leitsätze Sonstiges – Leitsätze | 371 373 373 374 |

Rezensionen

| | | |
|-------------------|---|-----|
| Wurzer | Stauf, Ganzheitliches Intellectual Property Management im Unternehmen | 375 |
| Hellebrand | Bartenbach / Volz, Arbeitnehmererfindervergütung, 4. Auflage | 375 |
| Köllner | Krause, Erfolg patentierter Hochschulerfindungen | 376 |

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir Beilagen der IP for IP GmbH, der FORUM GmbH, der Patronus IP und vom Carl Heymanns Verlag. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info-ffm@dennemeyer-law.com. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Carl Heymanns Verlag, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Jan Lindloff, Telefon 089/3 60 07-32 57, jan.lindloff@wolterskluwer.com

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Carl Heymanns Verlag, Köln, Luxemburger Straße 449, Postadresse: 50926 Köln, Telefon 02 21/9 43 73-70 00, Telefax 02 21/9 43 73-72 01. www.carl-heymanns.de

Kundenservice: Telefon 026 31/8 01-22 22, e-mail: info-wkd@wolterskluwer.com

© 2017 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahresabonnement inkl. ein Online-Zugang Gesamtpreis 254,00 € zzgl. Versandkosten (18,00 € Inland/35,40 € Ausland). Das Jahresabonnement enthält 17,96 € USt (Print 7 % auf 224,04 € = 15,68 €; Online 19 % auf 12,00 € = 2,28 €). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 1,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 19% USt. Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 50 % (zzgl. Versandkosten). Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 25,00 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn, Telefon 02 21/9 43 73-77 97, Fax -1 77 97, E-Mail: karsten.kuehn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening, Telefon 02 21/9 43 73-77 60, E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 36 vom 1. 1. 2017 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Sankt Augustin

Druck: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

BEITRÄGE

Prof. Dr. Inge Scherer, Würzburg
Das Chamäleon der Belästigung – Unterschiedliche
Bedeutungen eines Zentralbegriffs des UWG 891

**Prof. Dr. Jörg Fritzsche und wiss. Mit. Jonas
Knapp, Regensburg**
Rechtliche Grenzen für Bezeichnungen veganer
Lebensmittel nach der EuGH-Entscheidung
„TofuTown“ 897

Prof. Dr. Jan Eichelberger, LL.M., Hannover
Rechtsprechungsreport Urheberrecht 2016/2017
(Teil 2) 902

**RA Mag. Dr. Lothar Wiltschek und RAin
Dr. Katharina Majchrzak, Wien**
Wettbewerbs- und Markenrecht in Österreich 909

RA Dr. Alex Petrasincu, LL.M. (Columbia), Berlin
Überblick über die 9. GWB-Novelle 909

OLG Dresden

**Konkretes Wettbewerbsverhältnis nicht nur
hinsichtlich beworbener Waren**
UWG §§ 2 Abs. 1 Nr. 3, 7 Abs. 2 Nr. 3
OLG Dresden, Urteil vom 20.06.2017 – 14 U 50/17 994

OLG Frankfurt a. M.

**Wettbewerbsverhältnis zwischen Unternehmen
auf einem regulierten Markt**
UWG § 8 Abs. 3 Nr. 1
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 06.04.2017 –
6 U 36/16 997

Getränke in Spielhallen

HessSpielHG § 8 Abs. 3
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 20.04.2017 –
6 U 59/16 999

OLG Hamburg

**Wertersatz nach Widerruf eines Partner-
vermittlungsvertrages**
UWG §§ 3, 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 7, 8 Abs. 3 Nr. 3;
UKlaG §§ 2 Abs. 1 S. 1, 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 1;
BGB § 357 Abs. 8 S. 1, 4 und 5; RL 2011/83/EU
Art. 14 Abs. 3
OLG Hamburg, Urteil vom 02.03.2017 – 3 U 122/14 1000

OLG Köln

**Dringlichkeitsverlust wegen verspäteten Ord-
nungsgeldantrags**
ZPO §§ 935, 936, 929 Abs. 2; UWG § 12 Abs. 2
OLG Köln, Urteil vom 07.04.2017 – 6 U 135/16 1005

Pannenhilfe

UWG § 2 Abs. 1 Nr. 3; BGB § 1004 analog i. V. m.
§ 823 Abs. 2; § 812 Abs. 1 S. 1, 1. Alt.; StGB § 263
OLG Köln, Urteil vom 16.12.2016 – 6 U 166/15 1007

OLG München

Neodolor I
HWG § 3 S. 2 Nr. 2a; UWG § 3a
OLG München, Urteil vom 02.03.2017 –
29 U 4641/16 1011

Neodolor II

HWG § 3 S. 2 Nr. 2a; UWG § 3a
OLG München, Urteil vom 04.05.2017 – 29 U 335/17 1012

OLG Zweibrücken

Bester Reifenservice
UWG §§ 3 Abs. 1, Abs. 2, 5a Abs. 2, 8 Abs. 1,
Abs. 3 Nr. 2
OLG Zweibrücken, Hinweisbeschluss vom
02.05.2017 – 4 U 168/16 1015

KG

„Arno zahlt Deine Schönheits-OP!“
UWG §§ 3, 3a; HWG § 7 Abs. 1
KG, Beschluss vom 22.05.2017 – 5 W 94/17 1016

LG Bielefeld

Fahrschulsimulator
UWG § 5 Abs. 1 S. 1, S. 2 Nr. 1
LG Bielefeld, Urteil vom 09.05.2017 – 15 O 110/16 1019

LG Würzburg

Vorteilsgutschein
UWG § 3 Abs. 2, 3 § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 5a Abs. 1
LG Würzburg, Urteil vom 08.06.2017 – 1 HK O
555/17 1020

LEITSÄTZE 1021

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Crashkurs Europarecht 05.10./06.10.2017
des Centrums für Europarecht an der Universität
Passau e. V. (CEP) 1022

RECHTSPRECHUNG

EuGH

Dextro Energy /Europäische Kommission
VO (EU) 2015/8 Art. 1; VO (EG) Nr. 1924/2006
Art. 13 Abs. 3, Abs. 5, Art. 16 Abs. 3, Art. 17 Abs. 5,
Art. 18 Abs. 4
EuGH, Urteil vom 08.06.2017 – C-296/16 P 927
Kommentar von **RA Andreas Meisterernst** 934

Stichting Brein /Ziggo u. a.
RL 2001/29/EG Art. 3 Abs. 1
EuGH, Urteil vom 14.06.2017 – C-610/15 936
Kommentar von **RA Dr. Nils Rauer, MJI** 939

BGH

Aufzeichnungspflicht
UWG §§ 3, 3a, 8; SaatG § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a, § 3
Abs. 1, § 27; SortG § 10a Abs. 2; SaatAufzV § 1 Abs. 1
Nr. 6
BGH, Urteil vom 27.04.2017 – I ZR 215/15 941

Luftentfeuchter
BGB §§ 278, 339 S. 2, § 449; UWG § 8 Abs. 1 S. 1
BGH, Urteil vom 04.05.2017 – I ZR 208/15 944

Weihrauch-Extrakt-Kapseln II
HWG § 3a; AMG §§ 2, 21 Abs. 2 Nr. 1
BGH, Urteil vom 09.02.2017 – I ZR 130/13 948

AIDA Kussmund
UrhG § 59 Abs. 1 S. 1
BGH, Urteil vom 27.04.2017 – I ZR 247/15 951
Kommentar von **RAin Dr. Diana Ettig, LL.M.** 955

Mart-Stam-Stuhl
UrhG § 17 Abs. 1, § 97 Abs. 1
BGH, Urteil vom 23.02.2017 – I ZR 92/16 956

PC mit Festplatte I
UrhG § 54 Abs. 1, § 54g Abs. 1 (in der Fassung vom
25.07.1994); BGB § 242
BGH, Urteil vom 16.03.2017 – I ZR 39/15 962

PC mit Festplatte II
UrhG § 54 Abs. 1 (in der Fassung vom 25.07.1994);
UrhWG § 13c Abs. 1
BGH, Urteil vom 16.03.2017 – I ZR 42/15 978

Formulierung einer Widerrufserklärung
BGB § 652; BGB a. F. § 312b Abs. 1 und 2, § 312d
Abs. 1, § 355 Abs. 1
BGH, Urteil vom 12.01.2017 – I ZR 198/15 990



Aufsätze

| | | | |
|--|--|--|-----|
| <i>Schaefer, Dr. Christoph</i> Drittsschäden durch Drohnen | | | 849 |
| <i>Beck, Lukas</i> Die Haftung des Vorstands und die D&O-Versicherung im Idealverein | | | 855 |
| <i>Schaltke, Markus</i> Bewertungsportale im Spiegel der Rechtsschutzversicherung | | | 860 |
| Bücher | | | 864 |
| Literaturhinweise | | | 865 |



Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht**Berufsunfähigkeitsversicherung**

| | | | |
|-----------|----------------------------|--|-----|
| BGH | 15. 2. 2017 (IV ZR 280/15) | Treuwidrige Berufung des Versicherers auf Vereinbarung über die Leistungspflicht | 868 |
| OLG Celle | 22. 5. 2017 (8 U 59/17) | Maßgeblichkeit des früher erzielten tatsächlichen Einkommens für Einkommensvergleich bei Verweisung | 870 |

Krankheitskostenversicherung

| | | | |
|---------------|-------------------------|---|-----|
| OLG Oldenburg | 8. 2. 2017 (5 U 91/16) | Abbedingung des Notlagentarifs bei Prämienrückstand i. S. d. § 193 Abs. 6 VVG | 872 |
| LG Stade | 25. 2. 2016 (3 O 85/15) | Begrenzte Ersatzpflicht des privaten Krankenversicherers bei Anspruch des VN auf Leistungen aus gesetzlicher Unfallversicherung | 874 |

Betriebshaftpflichtversicherung

| | | | |
|-----|----------------------------|--|-----|
| BAG | 15. 9. 2016 (8 AZR 187/15) | Deckungsanspruch des mitversicherten Arbeitnehmers in der Betriebshaftpflichtversicherung ohne Rücksicht auf Haftung des VN | 875 |
|-----|----------------------------|--|-----|

Rechtsschutzversicherung

| | | | |
|--------------|------------------------|---|-----|
| OLG Naumburg | 7. 7. 2016 (41 U 7/16) | Anforderungen an einen bindenden Stichentscheid | 882 |
|--------------|------------------------|---|-----|

Wohngebäudeversicherung

| | | | |
|--------------|-------------------------|--|-----|
| OLG Naumburg | 29. 9. 2016 (4 U 76/15) | Vermieter muss Mieter auf besondere Minimalbeheizung zur Verhinderung eines Leitungswasserschadens hinweisen | 885 |
|--------------|-------------------------|--|-----|

Vertriebsrecht**Versicherungsmakler**

| | | | |
|-------------|---------------------------|--|-----|
| OLG Dresden | 21. 2. 2017 (4 U 1512/16) | Umfang der Beratungspflicht des Versicherungsmaklers beim Wechsel des Krankenversicherers | 886 |
|-------------|---------------------------|--|-----|

Haftungsrecht**Arzthaftung**

| | | | |
|-------------|----------------------------|--|-----|
| BGH | 11. 4. 2017 (VI ZR 576/15) | Auch bei grundsätzlicher Teilbarkeit des Streitgegenstands darf bei Gefahr widersprechender Entscheidungen kein Teilurteil ergehen | 888 |
| OLG Koblenz | 13. 1. 2016 (5 U 290/15) | Befunderhebungsfehler eines Augenarztes im Wochenendnotdienst | 890 |

Darlehen

| | | | |
|-----|----------------------------|--|-----|
| BGH | 15. 11. 2016 (XI ZR 32/16) | Vermutung der Sittenwidrigkeit einer Mithaftungserklärung der Ehefrau des Darlehensnehmers bei krasser finanzieller Überforderung | 892 |
|-----|----------------------------|--|-----|

| | |
|---|-----|
| → Editorial | 113 |
| Das Ende der sieben mageren Jahre | |
| <i>Von Wilma Dehn</i> | |
| | |
| VbR-Aktuell | 115 |
| | |
| Beiträge | |
| → Qualifizierte Nachrangdarlehen und Inhaltskontrolle | 116 |
| <i>Von Johann Kriegner</i> | |
| → Über „Innenprovisionen“ und verbotene „Kick-back-Zahlungen“ | 121 |
| Zugleich eine Besprechung von OGH 2 Ob 99/16 x | |
| <i>Von Christoph Kronthaler und Andrea Schwangler</i> | |
| → Reine Vermögensschäden im internationalen Zuständigkeits- und Privatrecht .. | 126 |
| Status quo in Judikatur und Literatur | |
| <i>Von Martina Melcher</i> | |
| | |
| Rechtsprechung | |
| → AGB-Recht | 130 |
| → Allgemeines Verbraucherrecht | 132 |
| → Bankrecht | 134 |
| → Kapitalmarktrecht | 136 |
| → Telekommunikationsrecht | 139 |
| → Reiserecht | 140 |
| → Versicherungsrecht | 141 |
| | |
| Forum | |
| → Das EuGH-„Vogelschlag-Urteil“ Rs <i>Pešková und Peška</i> : Ein Bruch mit der bisherigen Fluggastrechte-Judikatur | 142 |
| <i>Von Christian Schuster-Wolf</i> | |
| → Negativzinsen beim Kreditvertrag – wider die Natur? Anmerkungen zu OGH 10 Ob 13/17 k, 1 Ob 4/17 w und 4 Ob 60/17 b | 144 |
| <i>Von Martin Ramharter</i> | |
| | |
| Pro & Contra | |
| → Drei Monate Aufschub, sich darauf zu bedenken | 146 |
| Leistungsfrist im AGB-Verbandsprozess | |
| <i>Von Stephan Foglar-Deinhardstein</i> | |
| → Keine Leistungsfrist für das „Sich Berufen“ | 147 |
| Leistungsfrist im AGB-Verbandsprozess | |
| <i>Von Stefan Langer</i> | |
| | |
| Standards | |
| → Für Sie gelesen | 148 |
| → Impressum | 113 |

- Editorial 49
 Von Johannes Gasser, Georg E. Kodek, Daniel Varro und Johannes Zollner

Beiträge

- Stiftungen, Begünstigte, Bewertungen und das ErbRÄG 2015 52
 Das ErbRÄG 2015 hat stiftungsnahen Rechtsgeschäfte erstmals im Pflichtteilsrecht positiviert (§ 780 Abs 1, § 781 Abs 2 Z 4 und 5 ABGB). Der Beitrag widmet sich zunächst Bewertungsfragen (Vermögenswidmung und Begünstigtenstellung), anschließend dem Konflikt zwischen der sukzessiven Pflichtteilsdeckung durch Einräumung einer Begünstigtenstellung und den – gleichfalls neuen – Stundungsregeln.
 Von Philipp Fidler

- Grunderwerbsteueroptimierung bei Zuwendungen an Privatstiftungen 61
 Die Zuwendung von Wirtschaftsgütern an nicht gemeinnützige Privatstiftungen unterliegt grundsätzlich der Stiftungseingangssteuer. Eine Ausnahme besteht für Zuwendungen von Grundstücken, welche von der Stiftungseingangssteuer befreit sind, die aber – bei inländischen Grundstücken – unter die Regelungen der Grunderwerbsteuer fallen. Zusätzlich ist für diese Zuwendungen das „Stiftungseingangssteueräquivalent“ vorgesehen. Hier bewirken die Änderungen der Grunderwerbsteuer mit dem StRefG 2015/16 in aller Regel eine günstigere Besteuerung und eröffnen Optimierungspotenzial. Zu beachten sind allerdings Querwirkungen zu anderen Steuern.
 Von Andreas Kampitsch

- Die „beherrschenden Personen“ der Stiftung nach dem AIA 70
Auslegung der Definition der „beherrschenden Person“ nach dem AIA und Anwendung auf die Stiftung
 Der automatische Informationsaustausch beruht auf dem OECD-Modellabkommen MCAA (Multilateral Competent Authority Agreement), das mittlerweile von 88 Ländern unterzeichnet wurde und zum automatischen Austausch von steuerlich relevanten Informationen ab dem Jahr 2017 bzw 2018 führt. Die im CRS (Common Reporting Standard) statuierte Definition der „beherrschenden Person“ lässt insbesondere in Bezug auf Stiftungen einige Fragen offen. In diesem Beitrag wird die Rechtsgrundlage analysiert, um zu einem geeigneten Prüfungsschema zu gelangen, welches auf Stiftungsbeteiligte anwendbar ist.
 Von Lukas Brugger und Caroline von Götz

- AIA und Stiftungen in der Schweiz und Liechtenstein – wer muss (tatsächlich) gemeldet werden? 73
Geklärte und ungeklärte Fragen nach nationalen Sorgfaltspflichtbestimmungen
 Im Jahr 2017 erreicht der Automatische Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) die beiden bedeutenden Stiftungsstandorte Schweiz und Liechtenstein. Europäische Staaten, darunter auch Österreich, können sich auf multilateral eingegangene Verpflichtungen stützen, um automatisch Informationen über die Beteiligten an Stiftungen oder stiftungsähnlichen Konstrukten zu erlangen. Wer bei Stiftungen oder stiftungsähnlichen Konstrukten als meldepflichtige Person gilt, wird auf internationaler Ebene allerdings nur rudimentär bestimmt. Die Frage, wie und welche Informationen über Stiftungsbeteiligte von den Finanzinstituten zu erheben sind, ist auf nationaler Ebene des Sorgfaltspflichtrechts geregelt. Dieser Beitrag zeigt auf, welche Unklarheiten bezüglich der Meldung bestimmter Stiftungsbeteiligter in der Schweiz und Liechtenstein verbleiben.
 Von Lukas Brugger

Rechtsprechung

Stiftungsrecht Österreich

- Beendigung einer Privatstiftung und Stiftungsprüfung 79
 OGH 30. 1. 2017, 6 Ob 224/16h
- Treuepflichten und Änderung der Stiftungserklärung 80
 OGH 27. 2. 2017, 6 Ob 122/16h
- Keine Einsicht in den Firmenbuchakt nach Ehescheidung 87
 OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 243/16b

Stiftungsrecht Liechtenstein

→ Haftung des Stiftungsrats für ausländische Steuerverbindlichkeiten 88
OG 25. 7. 2013, 05 HG.2012.355

→ Zur Antragslegitimation nach § 927 Abs 2 PGR 92
FL OGH 3. 3. 2017, 07 HG.2016.212

Stiftungsradar

→ Stiftungsradar 98
Von Florian Dollenz, Christina Gruber und Pavel Knesl

Standards

→ Impressum 49



Alles zu internationalen Beglaubigungsregelungen

Loseblattwerk in 3 Mappen
inkl. 34. Erg.-lfg. 2016, EUR 178,-
ISBN 978-3-214-10651-5

Vatter

Verträge und Urkunden im Rechtsverkehr mit dem Ausland

inklusive 34. Ergänzungslieferung

Neu:

- Aktualisierung des Haager Beglaubigungsübereinkommens
- Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts
- Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen
- Europäisches Beglaubigungsübereinkommen

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1010 Wien www.manz.at

MANZ

Inhalt

MAGAZIN

| | |
|--|------------|
| Gastkommentar <i>RA Alexander von Chrzanowski</i> | M4 |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Meldungen | M17 |
| Handelsblatt Nachrichten | M22 |
| Neue Datenbankinhalte | M23 |
| Standpunkte <i>RA Prof. Dr. Alfred Dierlamm / RA Dr. Saleh R. Ihwas Prof. Dr. Arndt Sinn</i> | M24 |
| Handelsblatt Grafik | M28 |
| Handelsblatt Gastkommentar | M30 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

| | |
|--|---------|
| Handelsbilanzrecht Anmerkung zum IDW RS HFA 30 n.F. zur sog. Brutto- bilanzierung bei einer reinen Erfüllungsübernahme <i>StB Dr. Christoph Klein, Frankfurt/M.</i> | S. 1789 |
| DB1238406 (Kurzfassung vgl. S. M10) | |
| Abschlussprüfung Berichterstattung über key audit matters <i>Janina Knappstein, M.Sc., Bochum</i> | S. 1792 |
| DB1236907 (Kurzfassung vgl. S. M11) | |

STEUERRECHT

AUFSATZ

| | |
|--|---------|
| Gewinnermittlung Zur Notifizierung des § 3a EStG <i>Prof. Dr. Heinz Kufsmann / Daniel Licht, M.Sc., beide Saarbrücken</i> | S. 1797 |
| DB1244217 (Kurzfassung vgl. S. M12) | |
| Steuerstrafrecht Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz <i>RA/FAStR Dr. Peter Talaska, Köln</i> | S. 1803 |
| DB1244430 (Kurzfassung vgl. S. M13) | |

KOMPAKT

| | |
|--|---------|
| Kapitalertragsteuer EuGH-Vorlage zu § 50d Abs. 3 EStG 2012 <i>RiFG Dr. Michael Hennigfeld, Köln</i> | S. 1808 |
| DB1245464 | |

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

| | |
|---|---------|
| Umsatzsteuer Zeitliche Grenze für die Erklärung des Verzichts auf die Steuerbefreiung und die Rücknahme des Ver- zichts <i>BMF, Schreiben vom 02.08.2017</i> | S. 1809 |
| DB1245951 | |
| Bewertungsgesetz Bezugsfertigkeit eines zur Vermietung vorgesehenen Bürogebäudes <i>OFD Frankfurt/M., Verfügung vom 02.06.2017</i> | S. 1809 |
| DB1245568 | |

ENTSCHEIDUNGEN

| | |
|---|---------|
| Körperschaftsteuer Gewinngemeinschaftsvertrag als Mitunternehmer- schaft <i>BFH, Urteil vom 22.02.2017 – I R 35/14</i> | S. 1810 |
| DB1243700 | |
| Einkommensteuer Keine steuerneutrale unentgeltliche Übertragung eines Gewerbebetriebs bei Vorbehaltsnießbrauch <i>BFH, Urteil vom 25.01.2017 – X R 59/14</i> | S. 1813 |
| DB1241309 | |
| Einkommensteuer Hinzurechnung abgeltend besteuert negativer Einkünfte aus Kapitalvermögen im Wege der Günstigerprüfung <i>BFH, Urteil vom 30.11.2016 – VIII R 11/14</i> | S. 1815 |
| DB1236732 | |
| Abgabenordnung Einwendungsausschluss im Haftungsverfahren durch unterlassenen Widerspruch im insolvenzrechtlichen Prüfungstermin <i>BFH, Urteil vom 16.05.2017 – VII R 25/16</i> | S. 1821 |
| DB1244571 | |

AUFSATZ

Digitalisierung

Die vernetzte Fabrik: Rechtliche Herausforderungen in der Industrie 4.0 (Teil 1)*RA Dr. Florian von Baum / RA Dr. Stephan Appt, LL.M. / RAin Isabella K. Schenk, LL.M., München*

DB1245736 (Kurzfassung vgl. S. M14) S. 1824

KOMPAKT

Kapitalanlage

Prospekthaftung: Anforderungen an Darlegung des steuerlichen Konzepts im Beteiligungsprospekt*RA Dr. Stefan Hanke, Maître en droit, Frankfurt/M.*

DB1244064 S. 1832

ENTSCHEIDUNGEN

Kapitalanlage

Irrtum über die Erlaubnispflicht für Kapitalanlagegeschäfte: Keine Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB bei einem unvermeidbaren Verbotsirrtum*BGH, Urteil vom 27.06.2017 – VI ZR 424/16*

DB1245505 S. 1833

Rechtsanwaltsrecht

Auskehrung einer eingezogenen Forderung an einen Dritten durch unterbevollmächtigte Anwälte*BGH, Urteil vom 11.05.2017 – IX ZR 238/15*

DB1243039 S. 1835

Schuldrecht

Kein Wertersatzanspruch des Maklers nach Widerruf des Maklervertrags mangels Belehrung*BGH, Urteil vom 07.07.2016 – I ZR 30/15*

DB1226164 S. 1839

Rechtsanwaltsrecht

Fristenkontrolle: Anforderungen an Pflicht zur wirksamen Ausgangskontrolle fristwahrender Schriftsätze*BGH, Beschluss vom 27.06.2017 – VI ZB 32/16*

DB1246138 S. 1839

AUFSATZ

Kündigungsrecht

Kündigungsrelevanz von Äußerungen in sozialen Medien*RA/FAArbR Prof. Dr. Michael Fuhlrott / Richter Dipl.-Vw. (FH) Sönke Oltmanns, beide Hamburg*

DB1239629 (Kurzfassung vgl. S. M15) S. 1840

KOMPAKT

Betriebsverfassungsrecht

Arbeitgeber können freiwillige Leistungen aufgrund von Betriebsvereinbarungen einseitig ohne Nachwirkung beenden*RA/FAArbR Tobias C. Hahne, Köln*

DB1244188 S. 1847

Betriebsverfassungsrecht

Entlassungsverlangen des Betriebsrats*RA/FAArbR Dr. Mathias Kühnreich, Düsseldorf*

DB1244189 S. 1848

Betriebsverfassungsrecht

Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bzgl. zweistufiger Tarifierhöhung nur bei Vorliegen eines Gesamtkonzepts*RA/FAArbR Dr. Daniel Hund / RAin Olga Morasch, beide München*

DB1239627 S. 1849

Betriebsverfassungsrecht

Keine arbeitgeberseitige Verpflichtung zur Durchführung eines Zustimmungsersetzungsverfahrens aus Treu und Glauben*RA Alexander Maximilian Kossakowski, Düsseldorf*

DB1239447 S. 1850

ENTSCHEIDUNGEN

Befristungsrecht/Betriebsverfassungsrecht

Regelung einer Altersgrenze für die Befristung von Arbeitsverhältnissen in einer Betriebsvereinbarung*BAG, Urteil vom 21.02.2017 – I AZR 292/15*

DB1237913 S. 1851



Inhalt

MAGAZIN

| | |
|--|------------|
| Gastkommentar <i>WP/StB/CPA Dr. Rüdiger Loitz</i> | M4 |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Meldungen | M17 |
| Standpunkte <i>Lothar Binding</i> <i>StB Dipl.-Fw. Antje Tillmann</i> | M24 |
| Interview <i>Prof. Dr. Christoph Spengel</i> | M28 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

| | |
|--|---------|
| Unternehmensbewertung Das Zinsniveau sowie weitere Parameter der Unternehmensbewertung im aktuellen Niedrigzinsumfeld <i>Tim Wiesner, Wolfsburg / Dr. Christian Wobbe, Wilhelmshaven</i> DB1230607 (Kurzfassung vgl. S. M10) | S. 1725 |
|--|---------|

KOMPAKT

| | |
|--|---------|
| Unternehmensbewertung IDW Praxishinweis 2/2017: Beurteilung einer Unternehmensplanung bei Bewertung, Restrukturierungen, Due Diligence und Fairness Opinion <i>WP/StB Prof. Dr. Christian Zwirner / Gregor Zimny, M.Sc., beide München</i> DB1242867 | S. 1733 |
|--|---------|

STEUERRECHT

AUFSATZ

| | |
|--|---------|
| Abgabenordnung/Einkommensteuer Zweites Gesetz zur Entlastung insb. der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie <i>Dipl.-Vw. Dietmar Gegusch, LL.M., Düsseldorf / Nadine Zang, Frankfurt/M.</i> DB1242699 (Kurzfassung vgl. S. M12) | S. 1734 |
|--|---------|

| | |
|---|---------|
| Kapitalertragsteuer/Steuerstrafrecht Steuerliche Behandlung von Cum/Cum-Transaktionen nach dem BMF-Schreiben vom 17.07.2017 <i>RA/StB Dr. Marcus Helios / StB Dr. Thomas Lenz</i> DB1244437 (Kurzfassung vgl. S. M13) | S. 1738 |
|---|---------|

KOMPAKT

| | |
|--|---------|
| Internationales Steuerrecht Informationsweitergabe an Finanzverwaltung eines EU-Mitgliedstaats zur Durchführung einer gleichzeitigen Bp <i>VRiFG Thomas Müller, Köln</i> DB1244451 | S. 1744 |
|--|---------|

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

| | |
|--|---------|
| Einkommensteuer Anwendung des § 2 Abs. 4 Satz 3 UmwStG 2006 auf einen Verlustrücktrag im Rückwirkungszeitraum <i>FinMin. Schleswig-Holstein, Erlass vom 18.07.2017</i> DB1244465 | S. 1746 |
|--|---------|

| | |
|--|---------|
| Umsatzsteuer Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand <i>BMF, Schreiben vom 27.07.2017</i> DB1245605 | S. 1746 |
|--|---------|

| | |
|--|---------|
| Umsatzsteuer Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Bauleistungen (§ 13b Abs. 5 Satz 2 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 UStG) <i>BMF, Schreiben vom 26.07.2017</i> DB1245571 | S. 1746 |
|--|---------|

ENTSCHEIDUNGEN

| | |
|--|---------|
| Bilanzsteuerrecht Rückstellungen für ein Aktienoptionsprogramm <i>BFH, Urteil vom 15.03.2017 – I R 11/15</i> DB1245795 | S. 1749 |
|--|---------|

| | |
|---|---------|
| Gewinnermittlung Aufwendungen für ein im Rahmen mehrerer Einkunftsarten genutztes häusliches Arbeitszimmer <i>BFH, Urteil vom 25.04.2017 – VIII R 52/13</i> DB1245797 | S. 1752 |
|---|---------|

| | |
|---|---------|
| Gewerbesteuer/Einkommensteuer Grenzen der Wissensprüfung als Nachweis der Kenntnisse eines Autodidakten <i>BFH, Urteil vom 20.10.2016 – VIII R 2/14</i> DB1242991 | S. 1755 |
|---|---------|

| | |
|---|---------|
| Einkommensteuer Keine Thesaurierungsbegünstigung bei negativem zu versteuernden Einkommen <i>BFH, Urteil vom 20.03.2017 – X R 65/14</i> DB1244565 | S. 1757 |
|---|---------|

Erbschaft-/Schenkungsteuer

ErbSt als Masseverbindlichkeit

BGH, Urteil vom 05.04.2017 – II R 30/15

DB1245796



ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebliche Altersversorgung

Arbeitsrechtliche Neuregelungen durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz ab 2018

RA/FAArbR Dr. Thomas Thees / RAin/FAinArbR Nadine Ceruti

DB1244061 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 1777

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Insolvenzrecht

Insolvenzanfechtung im Mehrpersonenverhältnis

Richter am BGH Prof. Dr. Markus Gehrlein, Karlsruhe

DB1244454 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 1761

KOMPAKT

Betriebliche Altersversorgung

Einführung eines Antragerfordernisses durch ablösende Betriebsvereinbarung

DB1239628

S. 1780

KOMPAKT

GmbH-Recht/Versicherungsrecht

Existenzbedrohende Lücke in der D&O-Versicherung?

RA Christoph Schubert, Köln

DB1244504

S. 1767

Keine Unterbrechung der Unverfallbarkeitsfristen bei Statuswechsel

RiArbG a.D. Dr. Volker Matthießen

DB1243582

S. 1782

ENTSCHEIDUNGEN

Personengesellschaftsrecht

Zur Haftung eines Treuhandkommanditisten wegen der Verletzung von Aufklärungspflichten gegenüber Direktkommanditisten

BGH, Urteil vom 09.05.2017 – II ZR 10/16

DB1245805

S. 1768

Betriebsverfassungsrecht

Vergütung freigestellter Betriebsratsmitglieder

RA/FAArbR Prof. Dr. Michael Kliemt / RAin Dr. Kerstin Seeger

DB1241211

S. 1783

Arbeitszeitrecht

Betriebsratstätigkeit als Arbeitszeit i.S.d. ArbZG?

RA/FAArbR Dr. Stephan Vielmeier

DB1241417

S. 1784

Betriebliche Altersversorgung

Altersversorgung eines GmbH-Geschäftsführers: Zur wirksamen Umwandlung der Rente in eine Kapitalabfindung durch die Gesellschafterversammlung

BGH, Urteil vom 23.05.2017 – II ZR 6/16

DB1244035

S. 1769

Betriebsverfassungsrecht/Arbeitszeitrecht

Mitbestimmung bei händischer Erfassung der Arbeitszeit

RA/FAArbR Tobias Grambow

DB1241210

S. 1785

ENTSCHEIDUNGEN

Insolvenzrecht

Schenkungsanfechtung: Keine Unentgeltlichkeit der Ausschüttungen aufgrund eines gewinnunabhängigen Zahlungsverprechens im Gesellschaftsvertrag

BGH, Versäumnisurteil vom 20.04.2017 – IX ZR 189/16

DB1242715

S. 1771

Betriebliche Altersversorgung

Ende der Dynamik bei dynamischer Bezugnahme eines Versorgungstarifvertrags mit Eintritt der Nachwirkung

BAG, Urteil vom 21.03.2017 – 3 AZR 86/16

DB1242139

S. 1786

Insolvenzrecht

Vorsatzanfechtung: Zur Anfechtbarkeit einer durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen des Gläubigers erlangten Zahlung

BGH, Urteil vom 22.06.2017 – IX ZR 111/14

DB1244081

S. 1772

Loss-of-Licence-Versicherung als Form der betrieblichen Invaliditätsversorgung

BAG, Urteil vom 25.04.2017 – 3 AZR 668/15

DB1241463

S. 1786

Wettbewerbsrecht

Kein Erstattungsanspruch eines Fachverbandes für die Einschaltung eines Rechtsanwalts bei üblichen Abmahnungsfällen

BGH, Urteil vom 06.04.2017 – I ZR 33/16

DB1244387

S. 1776

Keine bAV bei einer auf Eigenbeiträgen des Arbeitnehmers beruhenden Leistung einer Pensionskasse

BAG, Urteil vom 21.03.2017 – 3 AZR 464/15

DB1242138

S. 1787

Ausschluss von Rückforderungsansprüchen eines Trägerunternehmens in Satzung einer Gruppen-UK

BAG, Urteil vom 21.03.2017 – 3 AZR 619/15

DB1242271

S. 1788

Inhalt

MAGAZIN

| | |
|--|------------|
| Gastkommentar <i>Dr. André Zimmermann, LL.M.</i> | M4 |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Anhängige Verfahren | M8 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Impressum | M16 |
| Meldungen | M17 |
| Interview: Mitbestimmung 4.0 <i>Dr. Christoph Kurzböck</i> | M22 |
| Interview: Sterben 2.0 <i>Dr. Martin Gerecke</i> | M24 |
| Blick in Heft | M26 |
| Neue Datenbankinhalte | M28 |
| Handelsblatt Nachrichten | M30 |
| Handelsblatt Gastkommentar | M31 |
| Auf ein Wort | M32 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Sonstige BWL

Erfolgsbeurteilung im Beratungsprozess

Niklas Stacks, M.Sc., Essen / Prof. Dr. Christian Bär, Nürnberg

DB1223631 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 1661

STEUERRECHT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht/Abgabenordnung

Simultane Betriebsprüfung mit dem EU-Ausland

Susanne Schäffkes / Stefan Fechner / Rolf Schreiber, alle Düsseldorf

DB1242895 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 1668

Internationales Steuerrecht

Namensnutzung im Konzern: Was bringt das BMF-Schreiben vom 07.04.2017?

RA/StB Dr. Mathias Birnbaum / StB/FBISr Dr. Axel Nientimp, alle Düsseldorf

DB1241220 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 1673

Internationales Steuerrecht

Internationale Unternehmensbesteuerung in den USA nach den Reformplänen der US-Regierung

StB Dr. Sven-Eric Bärsch / Marcel Olbert / Prof. Dr. Christoph Spengel, Bonn/Mannheim

DB1242371 (Kurzfassung vgl. S. M13)

S. 1676

KOMPAKT

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Steuerbegünstigte Abfindung bei Vorliegen eines einvernehmlichen Auflösungsvertrags

StB Dennis Janz, LL.M., Dortmund

DB1242952

S. 1681

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Umsatzsteuer

Änderung der Bemessungsgrundlage bei Preisnachlässen und Preiserstattungen außerhalb unmittelbarer Leistungsbeziehungen

BMF, Schreiben vom 13.07.2017

DB1244065

S. 1682

Umsatzsteuer

Steuerbefreiung für die Umsätze im Geschäft mit Wertpapieren und die Vermittlung dieser Umsätze

BMF, Schreiben vom 14.07.2017

DB1244240

S. 1685

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Kein Ansatz nachträglicher Anschaffungskosten für ausschüttungsgleiche Erträge

BFH, Urteil vom 29.03.2017 – I R 73/15

DB1244566

S. 1686

Körperschaftsteuer

Ertragszuschuss als organschaftliche Mehrabführung

BFH, Urteil vom 15.03.2017 – I R 67/15

DB1244563

S. 1689

Einkommensteuer/Kapitalertragsteuer

Gewinnermittlung bei Veräußerung von jungen Aktien nach Ausübung von Bezugsrechten aus sog. Altanteilen

BFH, Urteil vom 09.05.2017 – VIII R 54/14

(mit Anm. von RA/StB Joachim Moritz, München)

DB1244199

S. 1692

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Kapitalmarktrecht

Die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie in deutsches Recht

RA Dr. Matthias Terlau, Köln

DB1243008 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 1697

KOMPAKT

Insolvenzrecht

Haftung des Insolvenzverwalters wegen unternehmerischer Fehlentscheidungen

RA Prof. Dr. Andreas J. Baumert, Achern

DB1243588

S. 1704

ENTSCHEIDUNGEN

Mitbestimmungsrecht

Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat: territoriale Beschränkung des deutschen Mitbestimmungsgesetzes mit EU-Recht vereinbar

EuGH, Urteil vom 18.07.2017 – Rs. C-566/15

DB1244508

S. 1705

Personengesellschaftsrecht

Verpflichtung eines atypisch stillen Gesellschafters zur Zahlung rückständiger Einlageraten nach Beendigung der Gesellschaft

BGH, Urteil vom 16.05.2017 – II ZR 284/15

DB1244034

S. 1707

Insolvenzrecht

Eigenverwaltung: Anforderungen an die Aufhebung eines Betriebseinstellungsbeschlusses der Gläubigerversammlung durch das Insolvenzgericht

BGH, Beschluss vom 22.06.2017 – IX ZB 82/16

DB1244396

S. 1710

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Digitalisierung/Arbeitsvertragsrecht

Digitalisierung der Arbeitswelt: Das Anforderungsprofil und dessen arbeitsrechtliche Bedeutung

Prof. Dr. Wolfgang Kleinebrink, Wuppertal

DB1241209 (Kurzfassung vgl. S. M15)

KOMPAKT

Arbeitskampfrecht/Koalitionsrecht

Vereinbarkeit des Tarifeinheitsgesetzes mit dem Grundgesetz

RA/FAArbR Dr. Stephan Vielmeier, Hamburg

DB1244325

S. 1719

Kündigungsrecht

Hohe Fehlzeiten infolge einer Scheidung rechtfertigen grds. keine krankheitsbedingte Kündigung

RA/FAArbR Dr. Wolfgang Lipinski / RA Gerd Kaindl, München

DB1239935

S. 1720

Betriebsverfassungsrecht/Entgeltrecht

Mitbestimmung des Betriebsrats bzgl. der Herausnahme von Arbeitnehmern bei Gehaltsanpassungen

RAin/FAinArbR Kerstin Gröne / Stephan Sura, Köln

DB1240041

S. 1721

Betriebsverfassungsrecht

Keine Überraschung: Leiharbeiter zählen!

RA Dr. Frederik Möller, Frankfurt/M.

DB1240918

S. 1722

ENTSCHEIDUNGEN

Urlaubsrecht

Kein Schadensersatz in Geld wegen nicht gewährter Urlaubstage im bestehenden Arbeitsverhältnis

BAG, Urteil vom 16.05.2017 – 9 AZR 572/16

DB1244384

S. 1723



DER BETRIEB Live – Ihre App – täglich aktuell



Jetzt sofort downloaden und als DER BETRIEB Abonnent GRATIS nutzen!



NEU!

Handelsblatt
FACHMEDIEN

Inhalt

MAGAZIN

| | |
|---|------------|
| Gastkommentar <i>Prof. Dr. Wolfgang Kessler</i> <i>Dominik Probst, M.Sc.</i> | M4 |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Anhängige Verfahren | M8 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Impressum | M16 |
| Meldungen | M17 |
| Standpunkte <i>PD Dr. Andreas Haaker</i> <i>PD Dr. Falk Mylich</i> | M24 |
| Handelsblatt Grafik | M28 |
| Handelsblatt Nachrichten | M30 |
| Handelsblatt Gastkommentar | M31 |
| Auf ein Wort | M32 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Abschlussprüfung

Anbieterkonzentration und prüfungsbezogene Spezialisierung auf dem Markt für die Abschlussprüfung kapitalmarktorientierter Unternehmen

StB Prof. Dr. Christian Laschewski / StB Dr. Manuel Risse, beide München / Dr. Rebecca Weinzierl, Passau

DB1232581 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 1597

STEUERRECHT

AUFSATZ

Bilanzsteuerrecht

Praxisfragen der Fortführung von Ergänzungsbilanzen

WP/StB Prof. Dr. Ulrich Prinz / RA/StB Bernd Keller, beide Köln

DB1242977 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 1607

Gewerbsteuer

Die anstehende EuGH-Entscheidung zum gewerbesteuerlichen Schachtelprivileg (Rs. C-685/16)

WP/StB Prof. Dr. iur. Gerhard Kraft / RA/StB Dr. iur. Uwe Hohage

DB1239931 (Kurzfassung vgl. S. M13)

S. 1612

KOMPAKT

Gewinnermittlung

Neuregelung bei Sofortabzug und Poolabschreibung

WP/StB Jürgen Dräger, Hamburg

DB1243016

S. 1619

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Kapitalertragsteuer/Steuerstrafrecht

Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“

BMF, Schreiben vom 17.07.2017

DB1244094

S. 1619

Internationales Steuerrecht

Anforderungen an den länderbezogenen Bericht multinationaler Unternehmensgruppen

BMF, Schreiben vom 11.07.2017

DB1243695

S. 1620

Internationales Steuerrecht

Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem FKAustG

BMF, Schreiben vom 22.06.2017

DB1243720

S. 1621

Internationales Steuerrecht

Automatischer Informationsaustausch mit den USA nach dem FATCA-Abkommen vom 31.05.2013

BMF, Schreiben vom 02.06.2017

DB1244059

S. 1621

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Zeitpunkt der Nachversteuerung eines negativen Kapitalkontos aufgrund der Auflösung einer KG

BFH, Urteil vom 30.03.2017 – IV R 9/15

DB1244196

S. 1622

Gewinnermittlung

Zur mehrfachen Nutzung des Höchstbetrages in § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 3 EStG i.d.F. des JStG 2010

BFH, Urteil vom 09.05.2017 – VIII R 15/15

DB1244198

S. 1624

Gewerbsteuer

GewSt-Pflicht einer vermögensverwaltenden KapGes. vor ihrer Eintragung ins Handelsregister

BFH, Urteil vom 24.01.2017 – I R 81/15

DB1244195

S. 1627

Umsatzsteuer

Organisatorische Eingliederung durch Beherrschungsvertrag

BFH, Urteil vom 10.05.2017 – V R 7/16

DB1244202

S. 1628

Grunderwerbsteuer

Wesentliche Änderung des ursprünglich angebotenen Generalübernehmervertrags nach Abschluss des Grundstückskaufvertrags

BFH, Urteil vom 08.03.2017 – II R 38/14

DB1239917

S. 1630

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Datenschutz

Das neue Bundesdatenschutzgesetz: die wichtigsten Regelungen für die Unternehmenspraxis

RA Prof. Dr. Michael Schmidl, LL.M. Eur. / RA Florian Tannen, München

DB1242728 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 1633

KOMPAKT

Insolvenzrecht

Keine Schenkungsanfechtung bei Leistung auf eine nicht bestehende Schuld, aber irrtümlicher Annahme einer Leistungspflicht

RA Dr. Maximilian Baier / Dr. Jan Fürbaß, beide München

DB1242931

S. 1641

ENTSCHEIDUNGEN

Insolvenzrecht

Vorsatzanfechtung: Zum Vorliegen einer Rechts-handlung des Schuldners bei Befriedigung des Gläubigers im Wege der Zwangsvollstreckung

BGH, Urteil vom 01.06.2017 – IX ZR 48/15

DB1242916

S. 1642

Datenschutz

Zur Zulässigkeit des Speicherns der dynamischen IP-Adresse eines Nutzers über das Ende eines Nutzungsvorgangs hinaus

BGH, Urteil vom 16.05.2017 – VI ZR 135/13

DB1242907

S. 1645

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebsverfassungsrecht

Die fundamentalen Regeln der Betriebsratswahl

RA/FAArbR Manfred Schmid / RAin Regina Eckart, beide München

DB1237908 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 1649

KOMPAKT

Urlaubsrecht

Veränderung der Anzahl der Arbeitstage im laufenden Kalenderjahr – Auswirkungen auf den Urlaub?

RAin/FAinArbR Doreen Methfessel / RA Peter Weck, beide Düsseldorf

DB1241449

S. 1656

Entgeltrecht

Verzugspauschale gemäß § 288 Abs. 5 BGB auch im Arbeitsverhältnis

RAin/FAinArbR Dr. Jessica Blattner, Köln

DB1241447

S. 1657

ENTSCHEIDUNGEN

Wettbewerbsverbot

Wettbewerbsverbot und fehlende Karenzentschädigung bei salvatorischer Klausel

BAG, Urteil vom 22.03.2017 – 10 AZR 448/15

DB1241496

S. 1658



Inhalt

MAGAZIN

| | |
|-----------------------------------|------------|
| Gastkommentar | M4 |
| <i>Prof. Dr. Gregor Kirchhof</i> | |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Anhängige Verfahren | M8 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Impressum | M16 |
| Meldungen | M17 |
| Standpunkte | M26 |
| <i>Dr. Günter Isfort</i> | |
| Interview | M28 |
| <i>RA Baltasar Cevc</i> | |
| Handelsblatt Gastkommentar | M31 |
| Auf ein Wort | M32 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Sonstige BWL

Industrie 4.0: Quantifizierung von Wertschöpfungsbeiträgen in digitalen Netzwerken

Dr. Christian Schwarz / StB/FBISr Dr. Stefan Stein, beide Düsseldorf

DB1240128 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 1525

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Entwicklungsperspektiven für das Hedge Accounting von Bewertungseinheiten zu Finanzinstrumenten und Umsatzerlösen im Corporate Treasury

Dr. Michael Pietrzak / Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Bächstädt, beide Berlin

DB1235951 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 1530

KOMPAKT

Rechnungslegung

Neuer Entwurf IDW ERS HFA 7 n.F. zur Bilanzierung von Personenhandelsgesellschaften

WP/StB Prof. Dr. Christian Zwirner / WP/StB Dr. Julia Busch, beide München

DB1240037

S. 1535

STEUERRECHT

AUFSATZ

Gewinnermittlung

Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen gem. §§ 3a, 3c Abs. 4 EStG

StB Prof. Dr. Guido Förster, Düsseldorf / Prof. Dr. Frank Hechtner, Berlin

DB1241185 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S.1536

Einkommensteuer

Steuerliche Neuregelungen bei der betrieblichen Altersversorgung durch das sog. Betriebsrentenstärkungsgesetz ab 01.01.2018

Jürgen Plenker, Düsseldorf

DB1241345 (Kurzfassung vgl. S. M13)

S. 1545

KOMPAKT

Grunderwerbsteuer

EuGH-Vorlage: Beihilfecharakter der Steuerbegünstigung nach § 6a GrEStG

RiBFH Prof. Dr. Francesca Werth, München

DB1242332

S. 1555

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Lohnsteuerliche Folgerungen der Übernahme der Pensionszusage eines beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers gegen eine Ablösungszahlung und Wechsel des Durchführungswegs

BMF, Schreiben vom 04.07.2017

DB1243373

S. 1556

Umsatzsteuer

Berichtigung des Vorsteuerabzugs gem. § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 UStG im Insolvenzverfahren

BMF, Schreiben vom 03.07.2017

DB1242990

S. 1556

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Kein Verlustausgleich bei negativem Kapitalkonto in Folge der Aufstellung einer negativen Ergänzungsbilanz

BFH, Urteil vom 18.05.2017 – IV R 36/14

DB1243706

S. 1557

Umsatzsteuer

Anforderungen an die Belegvorlage im Vergütungsverfahren

BFH, Urteil vom 17.05.2017 – V R 54/16

DB1243705

S. 1560

Umsatzsteuer

Differenzbesteuerung beim „Ausschlachten“ von Gebrauchtfahrzeugen

BFH, Urteil vom 23.02.2017 – V R 37/15

DB1242993

S. 1562

Grunderwerbsteuer

Aufstockung einer Beteiligung an einer grundbesitzenden PersGes. als steuerbarer Erwerbsvorgang nach § 1 Abs. 2a GrEStG und Anzeigepflicht

BFH, Urteil vom 17.05.2017 – II R 35/15

DB1242999

S. 1564

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Sonstiges Recht

Das neue Geldwäscherecht in der Nichtfinanzindustrie

RA Dr. Matthias Henke / RA Dr. Konstantin von Busekist, Düsseldorf

DB1241452 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 1567

KOMPAKT

Sonstiges Recht

Wirtschaftliche Betätigung eines eingetragenen Vereins - Gemeinnützigkeit indiziert ideellen Zweck

RA Dr. Günter Seulen / RAin Sarah Scharf, Köln

DB1242712

S. 1575

ENTSCHEIDUNGEN

Insolvenzrecht

Doppelinsolvenz: Zur Aussonderung des anfechtungsrechtlichen Rückgewähranspruchs

BGH, Urteil vom 27.04.2017 – IX ZR 198/16

DB1242902

S. 1576

Handelsvertreterrecht/Insolvenzrecht

Kein Provisionsanspruch des Handelsvertreters bei Nichtausführung der vermittelten Geschäfte aufgrund rechtswidrigen behördlichen Einschreitens

BGH, Urteil vom 01.06.2017 – VII ZR 277/15

DB1242918

S. 1578

Insolvenzrecht

Enthaltungserklärung des Insolvenzverwalters bezüglich Wohnraummietverhältnis

BGH, Beschluss vom 16.03.2017 – IX ZB 45/15

DB1238051

S. 1583

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Betriebsverfassungsrecht

Gewillkürter Gemeinschaftsbetrieb unter Verwendung einer Personalführungsgesellschaft

RAin/FAinArbR Dr. Andrea Panzer-Heemeier, Düsseldorf / RA Dr. Markus Schwipperf, LL.M., München

DB1238401 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 1584

KOMPAKT

Kündigungsrecht/Betriebsverfassungsrecht

Kündigung ohne Anhörung einer nicht örtlichen Schwerbehindertenvertretung unwirksam?

RAin Dr. Julia Prieschl / RA Dr. Markus Meißner, beide Stuttgart

DB1240964

S. 1592

Arbeitsvertragsrecht

Versetzung: Einstweiliger Rechtsschutz bei konkretisiertem Arbeitsort ohne Versetzungsvorbehalt

RA/FAArbR Dr. Wolfgang Lipinski / RAin Katharina Domni, beide München

DB1232148

S. 1593

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebliche Altersversorgung/Insolvenzrecht

Kein Aussonderungsrecht von nicht gezahlten Pensionskassenbeiträgen mangels Bestimmbarkeit

BAG, Urteil vom 21.03.2017 – 3 AZR 718/15

DB1242363

S. 1594

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Pflicht des Rechtsanwalts zur wirksamen Ausgangskontrolle fristwahrender Schriftsätze (27.6.2017 – VI ZB 32/16)

LG München I: Überprüfung der Wirksamkeit eines amtsgerichtlichen Ermächtigungsbeschlusses über die Veröffentlichung einer geänderten Tagesordnung für die HV (14.7.2017 – 5HK O 14714/16)

LG München I: Verletzung des Anwaltsgeheimnisses durch zur Auskunft verpflichteten Geschäftsführer (31.5.2017 – 5HK O 1564/16)

Verwaltung

BaFin: Versicherungsaufsichtsrecht – neue Rechtsverordnungen verkündet

Aufsätze

Datenschutz

Dr. Stefan Weidert, LL.M., und Dr. Manuel Klar, RA

Datenschutz und Werbung – gegenwärtige Rechtslage und Änderungen durch die Datenschutz-Grundverordnung

Dies ist der dritte Teil einer Reihe zu besonderen unternehmensbezogenen Aspekten der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), die ab dem 25.5.2018 anwendbar sein wird. In den vorherigen Beiträgen hat Hamann sich in Heft 20/2017 vorrangig mit den neuen Organisationspflichten für Unternehmen befasst, während Neun/Lubitzsch in Heft 27/2017 die Themenfelder Behördenbezug und Sanktionen näher beleuchteten. Im nunmehr vorliegenden Beitrag geht es um das Verhältnis zwischen Datenschutz und Werbung unter der DS-GVO. Werbung und Datenschutzrecht stehen in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zueinander. Während Unternehmen ein berechtigtes Interesse an der Bekanntmachung ihrer Produkte haben, steht der Durchschnittsverbraucher als Zielperson der Werbung typischerweise eher ablehnend gegenüber. Dabei spielt das Datenschutzrecht auch – und gerade – für die Werbung eine immer bedeutendere Rolle. „Klassische“ Werbung etwa im Fernsehen und im Kino, an Litfaßsäulen und in Anzeigen ist zwar weiterhin wichtig. In den letzten Jahren sind jedoch zunehmend neue Werbemöglichkeiten hinzugekommen, und zwar sowohl der Form als auch dem Inhalt nach. Man denke an Content-Marketing oder Storytelling, insbesondere über die sog. Sozialen Medien, Event-Marketing, Guerilla-Marketing, Bannerwerbung, schlichtes Spamming durch unerbetene E-Mail-Werbung und die unzähligen weiteren Werbemöglichkeiten, die das Internet bietet. Der Beitrag liefert einen Überblick über den gegenwärtigen datenschutzrechtlichen Rechtsrahmen zum Thema Werbung und vergleicht diesen mit der künftigen Rechtslage unter der DS-GVO und der E-Privacy-Verordnung, so wie sich diese heute abzeichnet.

Kerstin Oesterreich, RAin

Der Kartellschaden im Zivilprozess vor und nach der 9.GWB-Novelle – Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast

Aus Sicht der Kartellbehörden sind kartellrechtliche Schadensersatzklagen vor den nationalen Zivilgerichten ein (weiteres) probates Mittel zur Prävention und Sanktionierung von Kartellverstößen. Kartellbetroffenen ermöglicht die private Schadensersatzklage eine Schadenskompensation und damit einen Ausgleich für die meist jahrelange Zahlung überhöhter Preise.

Entscheidung

OLG München: Haftung nach § 64 S. 1 GmbHG auch für Zahlungen, mit denen Arbeitsleistungen oder Vorleistungen abgegolten werden (22.6.2017 – 23 U 3769/16 – dazu BB-Kommentar von Prof. Dr. Michael Stöber)

1857

1858

1865

1873

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Gemeinnützigkeitsrecht – Förderung des Umweltschutzes (20.3.2017 – X R 13/15)

BFH: Besteuerung der Abfindung für den Verzicht auf einen künftigen Pflichtteilsanspruch (10.5.2017 – II R 25/15)

FG Saarbrücken: Steuerfreiheit von Fahrtkostenerstattungen (24.5.2017 – 2 K 1082/14)

FG Baden-Württemberg: Abgrenzung von gewerblichem Grundstückshandel und privatem Veräußerungsgeschäft bei Verkauf nach Betriebsaufgabe (5.4.2017 – 4 K 1740/16)

Hessisches FG: Anrechnung von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag (von ausländischer Bank bescheinigt) auf die Körperschaftsteuer (16.5.2017 – 4 K 2554/13)

Verwaltung

BMF: Umsatzsteuer; Zeitliche Grenze für die Erklärung des Verzichts auf die Steuerbefreiung und die Rücknahme des Verzichts (2.8.2017 – III C 3 – S 7198/16/10001)

BZSt: Antragsformular zu § 50j EStG

Gesetzgebung

BT: Gewinnabgrenzungsaufzeichnungs-Verordnung

BT: DBA Deutschland – Armenien

BT: DBA Deutschland – Mazedonien

BT: DBA Deutschland – Panama

Aufsätze

Unternehmensnachfolge

Dr. Manfred Reich, RA/FAErBR/StB

Der Koordinierte Ländererlass vom 22.6.2017 zur Unternehmenserbschaftsteuer

Nach langem zähen Ringen wurde der Koordinierte Ländererlass vom 22.6.2017 zur neuen Unternehmenserbschaftsteuer am 13.7.2017 mit ca. 100 Seiten veröffentlicht. Bayern hat den Erlass nicht mitgetragen. Er gilt damit in sämtlichen Bundesländern mit Ausnahme von Bayern. In dem Beitrag sollen ausgewählte Aspekte des Koordinierten Ländererlasses näher beleuchtet werden.

Carolin Selig-Kraft, LL.M., und Ulrich Beeger, LL.M., RA

Steuerliche Fallstricke bei der Restrukturierung von Gesellschafter-Geschäftsführer-Pensionszusagen (Teil 3) – Zukunftsfähige Neueinrichtung einer Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung

Unverändert ist die betriebliche Altersversorgung ein flexibler und steuerlich attraktiver Weg zur Versorgung von Gesellschafter-Geschäftsführern. Wurde die Pensionszusage dabei in der Vergangenheit häufig als Steuersparmodell gepriesen, wird sie im aktuellen Niedrigzinsumfeld allerdings nicht selten verflucht. Dass Wege aus der einmal erteilten unmittelbaren Zusage gesucht werden, liegt häufig an einer risikoreichen Zusagegestaltung. Damit die GGF-Pensionszusage nicht später Restrukturierungsmaßnahmen zum Opfer fällt, stellt sich die Frage, wie Versorgungsversprechen an diesen Personenkreis zukunftsfähig gestaltet werden können.

Entscheidungen

Sächsisches FG: § 37b EStG: Pauschalierung von Sachzuwendungen an Geschäftspartner (9.3.2017 – 6 K 1201/16 – dazu BB-Kommentar von Dr. Lukas Hilbert)

BMF: Steuerliche Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“ (17.7.2017 – IV C 1 – S 2252/15/10030:005 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Volksw. Klaus D. Hahne, StB)

BMF: Steuerliche Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“ (17.7.2017 – IV C 1 – S 2252/15/10030:005 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Volksw. Klaus D. Hahne, StB)

1877

1879

1885

1891

1896

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1897

Rechnungslegung

EFRAG: Stellungnahme zu den Verbesserungsvorschlägen an IFRS 8

BaFin: Konsultation zur Novellierung der KAPrÜbV und der KARBV

Wirtschaftsprüfung

IFAC/IIRC: Bericht zur Anwendung von Integrierter Berichterstattung für KMU

IDW: Geänderter IDW RS HFA 24 – Angabepflichten des IFRS 7 zu Finanzinstrumenten

IDW: Steuertransparenz verpflichtet zur Kooperation – Stellungnahme zum EU-Richtlinienvorschlag

IDW: Stellungnahme zur BaFin-Konsultation zum Beschwerdemanagement

WPK: Durchführung einer Qualitätskontrolle ohne gesetzliche Abschlussprüfungen nach § 316 HGB?

WPK: Bericht über die Vorstandssitzung am 11./12.7.2017

WPK: Spezielle Aus- und Fortbildung der Prüfer für Qualitätskontrolle 2017 – Zusatztermin in München

EY: Frauenanteil in deutschen Vorstandsetagen steigt – vor allem bei DAX-Konzernen

Aufsatz

IFRS

Dipl.-Kfm. **Jens Berger**, CPA, Dipl.-Kfm. **Adrian Geisel** und Dipl.-Kffr. **Christine Schmidt**

1899

Wechselwirkungen zwischen den neuen Vorschriften zu Leasingvereinbarungen, Erlösrealisierung und Wertminderung nach IFRS

Mit Beginn der Geschäftsjahre 2018 und 2019 steht die erstmalige Anwendung von insgesamt drei neuen Rechnungslegungsstandards zur Umsatzerfassung, zu Finanzinstrumenten und zu Leasingverhältnissen bevor. Nicht nur jeder Standard allein birgt Herausforderungen für die Abschlussersteller, auch den Wechselwirkungen zwischen den Standards sollte frühzeitig Rechnung getragen werden. Der Beitrag zeigt einige der bedeutsamsten Wechselwirkungen auf und verdeutlicht die Konsequenzen an Hand eines beispielhaften Anwendungsfalls.

Entscheidung

BFH: Rückstellungen für ein Aktienoptionsprogramm (15.3.2017 – I R 11/15 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Dirk Niedling**, RA/StB)

1904

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1907

Entscheidungen

BAG: Sachgrund für die Befristung des Arbeitsvertrags mit einer vollzeitbeschäftigten Vertretungskraft nach § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 TzBfG (12.4.2017 – 7 AZR 436/15)

BAG: Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz – Einigungsstelle (28.3.2017 – 1 ABR 25/15)

BAG: Altersdiskriminierung durch altersabhängige Schichtfreizeit-tage? (27.4.2017 – 6 AZR 119/16)

BAG: Anwendbarkeit des deutschen Befristungsrechts auf Befristungsvereinbarung mit ausländischem Arbeitgeber (21.3.2017 – 7 AZR 207/15)

BAG: Zur Staatenimmunität ausländischer Staaten für eine Streitigkeit aus einem privatrechtlich begründeten Arbeitsverhältnis (26.4.2017 – 5 AZR 962/13)

LAG Mecklenburg-Vorpommern: Kennzeichen eines gemeinsamen Betriebs mehrerer Unternehmen (13.6.2017 – 5 Sa 209/16)

LAG Hessen: Freistellungsanspruch des Betriebsrats gegenüber Arbeitgeber setzt Inanspruchnahme des Betriebsrats als Gläubiger voraus (24.4.2017 – 16 TaBV 238/16)

Aufsatz

Tobias Grambow, RA/FAArbR

1909

Einstweiliger Rechtsschutz im Betriebsverfassungsrecht

Der Beitrag gibt einen Überblick über aktuelle Rechtsfragen und gesetzliche Unzulänglichkeiten im Zusammenhang mit einstweiligen Verfügungen im Beschlussverfahren. Der Komplex einstweiliger Verfügungen im Zusammenhang mit Betriebsratswahlen wird in einem demnächst erscheinenden, separaten Beitrag besprochen werden.

Rezension

Total Compensation – dieses „Handbuch der Entgeltgestaltung“ schließt kompetent eine bisher bestehende Lücke in der Fachliteratur (Rezensent: **Dr. Gerlind Wisskirchen**, RAin/FAinArbR)

Entscheidung

BAG: Außerordentliche, hilfsweise ordentliche Kündigung – Entlassungsverlangen des Betriebsrats (28.3.2017 – 2 AZR 551/16 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Tim Jesgarzewski**, RA/FAArbR)

1917

Neuerscheinung Buch

Löwisch/Kaiser, BetrVG – Betriebsverfassungsgesetz
Band 1: §§ 1–73b und Wahlverordnung
 2017, 646 Seiten, Geb., € 98,-
 ISBN: 978-3-8005-3286-5 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Dr. Dimitri Slobodenjuk, LL.M., RA
Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser? – Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung
Impressum/Vorschau

VIII

Betriebs-Berater

4. Deutsche
Arbeitsrechtskonferenz

Miteinander – Gegeneinander:
 Brennpunkte im betrieblichen Alltag

16. November 2017 | Allianz Arena München

www.arbeitsrechtskonferenz.de dfv Mediengruppe

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Sachlicher Anwendungsbereich der RL über unlautere Geschäftspraktiken (20.7.2017 – C 357/16)

BGH: Online-Banking – „Ausnahmslose Bepreisung“ aller SMS-TAN unzulässig (25.7.2017 – XI ZR 260/15)

BGH: Keine Haftung bei unvermeidbarem Verbotsirrtum über Erlaubnispflicht nach dem KWG (27.6.2017 – VI ZR 424/16)

BGH: Gebrauchtwagenkäufer darf Transportkostenvorschuss vor Nacherfüllung verlangen (19.7.2017 – VIII ZR 278/16)

Verwaltung

BaFin: Privatkundengeschäft – Rundschreiben zur Entwicklung und zum Vertrieb von Finanzprodukten konsultiert

Gesetzgebung

BReg: Evaluationsbericht zum Mediationsgesetz beschlossen

Aufsätze

Compliance

Prof. Dr. Daniela Seeliger, LL.M., RAin, und Kaan Gürer, LL.M., RA

Das neue Wettbewerbsregister – ein Überblick aus kartellrechtlichem Blickwinkel

Mit einer landesweiten „schwarzen Liste“ für Unternehmen, die Wettbewerbs- und andere Rechtsverstöße begangen haben, beschreitet der Gesetzgeber gerade Neuland. Der Beitrag erläutert die Grundzüge des neuen Wettbewerbsregisters und gibt Hinweise, wie sich Unternehmen vorbereiten können. Er richtet sich an das Management (insbesondere der Rechts- und Compliance-Abteilungen).

Dr. Werner Mielke, LL.M., RA

Die Vertretung der Kommanditgesellschaft gegenüber einem Komplementär bzw. Geschäftsführer der Komplementär-GmbH

Offene Fragen zum Insichgeschäft und Lösungsvorschläge

Die Frage der Vertretung der Kommanditgesellschaft gegenüber einem Komplementär bzw. Geschäftsführer der Komplementär-GmbH bereitet in der Praxis immer wieder Schwierigkeiten, die im Wesentlichen dadurch verursacht sind, dass bei nur einem persönlich haftenden Gesellschafter bzw. Geschäftsführer der Komplementär-GmbH, der sowohl im eigenen Namen als auch im Namen der Kommanditgesellschaft handelt, ein Insichgeschäft bzw. im Fall der Prozessvertretung ein Insichprozess vorliegt. Im letzten Jahr ergingen drei Entscheidungen des BGH zu jeweils unterschiedlichen Teilaspekten dieser Problematik. Diese Entscheidungen werden zum Anlass genommen, die mit der Vertretung der Kommanditgesellschaft gegenüber ihrem persönlich haftenden Gesellschafter bzw. dem Geschäftsführer ihrer Komplementär-GmbH zusammenhängenden Fragen und deren – nicht immer einheitliche – Beantwortung durch die Rechtsprechung und das Schrifttum im Überblick darzustellen und noch offene Fragen zu klären.

Entscheidungen

BGH: Bauspardarlehen – Unwirksamkeit einer Formulklausel betreffend eine zu zahlende „Kontogebühr“ (9.5.2017 – XI ZR 308/15) 1741

BGH: Besonderheiten beim Rücktritt wegen sporadisch auftretender Sicherheitsmängel (26.10.2016 – VIII ZR 240/15 – dazu BB-Kommentar von **Phillipp Reusch, RA**) 1746

OLG Karlsruhe: Gesetzliches Widerrufsrecht für Verbraucherdarlehensverträge gilt nicht für die Vereinbarung der „Ablösung“ des ursprünglichen Darlehens (13.5.2016 – 14 U 61/15) 1747

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Fahrschulunterricht als steuerfreier Schulunterricht? (EuGH-Vorlage) (16.3.2017 – V R 38/16) 1729

BFH: Vorliegen eines Forstbetriebs trotz Nichtbewirtschaftung eines aus drei nicht zusammenhängenden Grundstücken bestehenden Privatwaldes mit einer Größe von insgesamt ca. 7,5 ha (9.3.2017 – VI R 86/14)

BFH: Keine Thesaurierungsbegünstigung bei negativem zu versteuernden Einkommen (20.3.2017 – X R 65/14)

BFH: Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen für die Grunderwerbsteuer (15.3.2017 – II R 36/15)

BFH: Einwendungsausschluss im Haftungsverfahren durch unterlassenen Widerspruch im insolvenzrechtlichen Prüfungstermin (16.5.2017 – VII R 25/16)

Verwaltung

BMF: Steuerbefreiung für die Umsätze im Geschäft mit Wertpapieren und die Vermittlung dieser Umsätze nach § 4 Nr. 8 Buchst. e UStG; umsatzsteuerliche Behandlung von Provisionen auf Wertpapierbestände bei Depotüberträgen (Kontinuitäts-/Bestandsprovisionen) (14.7.2017 – III C 3 – S 7160-e/07/10001)

Aufsätze

Digitalisierung

Prof. DDr. Georg Kofler, LL.M. (NYU),

Prof. DDr. Gunter Mayr und Mag. Christoph Schlager

Digitalisierung und Betriebsstättenkonzept

Teil I: Problemstellung und internationale Entwicklungen

Digitale Geschäftsmodelle stellen die nationalen Steuerrechtsordnungen vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere das ertragsteuerliche Betriebsstättenkonzept hinkt der „digitalisierten“ Leistungserbringung nach. In Teil I dieses Beitrages werden die internationalen Entwicklungen auf OECD- und EU-Ebene, die britische „Diverted Profits Tax“ sowie die prominenten Fallbeispiele Amazon und Google dargestellt.

PD Dr. Bettina Spilker

Muss eine nicht mögliche Überwälzung von besonderen Verbrauchsteuern zu einer Rückerstattung führen? – Überprüfung der Gesetzeslage anhand des unionsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes

§ 60 EnergieStG wird mit Inkrafttreten des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energie- und Stromgesetzes“ – mit Wirkung vom 1.1.2018 – ersatzlos gestrichen. Als (vorgeschobener) Grund wurde in der Gesetzesbegründung eine Anpassung an das Unionsrecht angegeben, ohne nähere Erläuterung. Der Beitrag zeigt, dass das Unionsrecht dem nationalen Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum einräumt, dass aus verfassungsrechtlichen Gründen jedoch die gesetzgeberische Entscheidung zu beanstanden ist.

Entscheidungen

BFH: Erlass eines inhaltsgleichen Änderungsbescheids nach einvernehmlicher Beendigung des Finanzrechtsstreits in der mündlichen Verhandlung (6.7.2016 – X R 57/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Christina Hildebrand, RAin/FAinStR/StBin**) 1763

BFH: Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer bei Nutzung durch mehrere Steuerpflichtige (15.12.2016 – VI R 53/12 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Kfm. **Dr. Lukas Hilbert**) 1766

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

GRI: Forschungsergebnisse zur Verwendung des GRI-Rahmenkonzepts

ESMA: Verbesserungsbedarf bei der Durchsetzung von IFRS

Wirtschaftsprüfung

IDW: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1)

IDW: Durchführung von Qualitätskontrollen in der Wirtschaftsprüferpraxis

WPK: Praxishinweis „Non-Compliance with Laws and Regulations (NOCLAR)“ – Änderungen am IESBA Code of Ethics in Kraft getreten

BaFin: WP/vBP können Prüfungsberichte elektronisch einreichen

WPK: Jahresbericht 2016

WPK: Ergebnisse WP-Examen – Prüfungstermin I/2017

Aufsätze

Dr. Marco Meyer, WP/StB

Neue Leitlinien zur Abbildung von Betriebsprüfungsrisiken gemäß IFRIC 23 – Update zu BB 2015, 2923 ff.

Im Juni 2017 wurde mit der Verabschiedung von IFRIC 23 die bislang innerhalb von IAS 12 bestehende Regelungslücke zur Berücksichtigung von Unsicherheiten bei der Bilanzierung von Ertragsteuern geschlossen. Der Beitrag gibt einen Überblick über die wesentlichen Inhalte der Interpretation und nimmt dazu kritisch Stellung. Er schließt dabei an den Aufsatz desselben Autors zum Interpretationsentwurf des IFRIC 23 an (BB 2015, 2923 ff.).

Dr. Norbert Roß, WP/StB, und Dr. Christopher Zilch, WP

Handelsbilanzielle Implikationen der Künstlersozialabgabe – es trifft mehr Unternehmen, als man denkt!

Seit dem 1.1.2015 wird die Erhebung der Künstlersozialabgabe durch deutlich verschärfte Kontrollen des Rentenversicherungsträgers begleitet. Der Kreis der Abgabeverpflichteten ist zudem erheblich größer, als dies auf den ersten Blick vermutet werden könnte – Grund genug, dieser nicht unerheblichen wirtschaftlichen Belastung bestimmter Unternehmen auch aus handelsbilanzrechtlichem Blickwinkel Aufmerksamkeit zu widmen. Der Beitrag beschränkt sich dabei auf zwei grundlegende Problemstellungen: Zum einen wird untersucht, wie die wirtschaftlichen Belastungen durch die Künstlersozialabgabe in der Handelsbilanz abzubilden sind. Ferner wird der Ausweis des damit eingehenden Aufwands in der Gewinn- und Verlustrechnung erörtert.

Entscheidungen

EuGH: Gesellschaft, die eine Aktienoption ausgibt, kann den Veräußerungspreis im Ausübungsjahr der Option oder am Ende der Optionslaufzeit verbuchen

(15.6.2017 – verb. Rs. C-444/16 und C-445/16, Immo Chiaradia SPRL (C-444/16), Docteur De Bruyne SPRL (C-445/16) gegen État belge – dazu BB-Kommentar von **Dr. Florian Kleinmanns, StB/RA/FSrR**)

Schleswig-Holsteinisches FG: Steuerliche Anerkennung einer Pensionszusage auch ohne konkrete Festlegung von Zins und Sterbetafel bei der Abfindungsregelung

(21.2.2017 – 1 K 141/15 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Wirtschaftsmath. **Matthias Lieb**)

1769

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BAG: Kein Schadensersatz in Geld wegen nicht gewährter Urlaubstage im bestehenden Arbeitsverhältnis (16.5.2017 – 9 AZR 572/16)

BAG: Erwerb von Gesellschaftsanteilen – Annahme eines Übergangs von Unternehmen (23.3.2017 – 8 AZR 91/15)

BAG: Nachträgliche Entscheidung über Berufungszulassung durch das LAG (25.1.2017 – 4 AZR 519/15)

BAG: Bestimmtheit eines Feststellungsantrags (25.1.2017 – 4 AZR 517/15)

BAG: Anspruch auf Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrags (12.4.2017 – 7 AZR 446/15)

LAG Berlin: Darlegungslast bei unterlassenem bEM (18.5.2017 – 5 Sa 1300/16)

Aufsatz

Dr. Anke Freckmann, RAin/FAinArbR, und Dr. Andrea Schmoll, RAin 1780

Geheimnisschutzrichtlinie: Neuer Standard für Vertraulichkeitsvereinbarungen und arbeitsvertragliche Verschwiegenheitsklauseln

Unternehmen, die in der Europäischen Union tätig sind, sollten sich bereits heute mit den zwingenden Mindeststandards der noch in nationales Recht umzusetzenden Geheimnisschutzrichtlinie auseinandersetzen. Dazu gehören insbesondere die Anforderungen an die Qualität der Geschäftsgeheimnisse, die mit der Richtlinie aufgrund des Erfordernisses der „angemessenen Schutzmaßnahmen“ deutlich gestiegen sind. In der Praxis wird sich diese Verschärfung vor allem auf die Qualität von Vertraulichkeitsvereinbarungen auswirken. Zwei Gruppen von Vertraulichkeitsvereinbarungen sind dabei von besonderer Relevanz: zum einen Vertraulichkeitsvereinbarungen mit Dritten z.B. im Rahmen einer Forschungs- und Entwicklungskooperation, und zum anderen Verschwiegenheitsvereinbarungen mit Arbeitnehmern. Beide Arten von Vertraulichkeitsvereinbarungen sowie deren Anforderungen im Lichte der Richtlinie sollen im Beitrag näher untersucht werden.

Entscheidungen

EuGH: Unternehmensmitbestimmung – unionsrechtliche Zulässigkeit der deutschen Regeln zur Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat

(18.7.2017 – C-566/15, Konrad Erzberger gegen TUI AG – dazu BB-Kommentar von **Jonathan M. E. Monz, RA, und Patrick Wendler, RA**)

BVerfG: Weitgehende Grundgesetzkonformität des Tarifeinheitsgesetzes

(11.7.2017 – 1 BvR 1571/15, 1 BvR 1588/15, 1 BvR 2883/15, 1 BvR 1043/16, 1 BvR 1477/16 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Paul Melot de Beaugard, LL.M., RA/FAArbR)

1771

1774

1777

1778

1779



Die Erste Seite

Jörg Wenzel

Das neue Entgelttransparenzgesetz bringt Firmen in ernsthafte Schwierigkeiten

Impressum/Vorschau

VIII

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH GA: Auf den Vertrieb von Luxuswaren gerichtete selektive Vertriebssysteme fallen nicht generell unter das Kartellverbot (26.7.2017 – C-230/16)

BVerfG: Beitragspflicht für Pflichtmitglieder der IHK verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (12.7.2017 – 1 BvR 2222/12, 1 BvR 1106/13)

BVerfG: Staatsanwaltschaft darf in VW-Kanzlei sichergestellte Unterlagen vorerst nicht auswerten (25.7.2017 – 2 BvR 1287/17, 2 BvR 1583/17, 2 BvR 1405/17, 2 BvR 1562/17)

BGH: Anforderungen an eine formwirksame Schiedsvereinbarung (6.4.2017 – 1 ZB 69/16)

BGH: Nichterfüllung der Meldepflicht eines Anlagenbetreibers gegenüber der BNetzA (hier: Photovoltaikanlage) (5.7.2017 – VIII ZR 147/16)

Verwaltung

EU-Kommission: Kapitalmarktunion – Konsultation zu Investitionsstreitbeilegungen

BaFin: Versicherungsvertrieb – Umsetzungsgesetz verabschiedet – Rundschreiben geplant

Aufsatz

Dr. York Schnorbus, LL.M., RA, und Dr. Felix Ganzer, RA

Haftung fakultativer Gesellschaftsorgane in der GmbH und KGaA

Fakultative Gesellschaftsorgane spielen eine bedeutende Rolle in der Corporate Governance deutscher Unternehmen. Sie sind vorwiegend im Mittelstand anzutreffen, doch auch große Industrieunternehmen bis hin zu Mitgliedern des DAX-30 in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) nutzen diese Gestaltungsstruktur. Dabei kommen fakultativen Gesellschaftsorganen oftmals Überwachungs- und Beratungskompetenzen zu, die den Befugnissen des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft (AG) gleichkommen. Bei der Übernahme eines solchen Amtes ist vielen Organmitgliedern nach wie vor nicht hinreichend klar, dass sie neben Einfluss und Reputation auch enorme persönliche Haftungsrisiken übernehmen. Der Beitrag skizziert die Grundlagen und den Umfang der Haftung der Mitglieder fakultativer Gesellschaftsorgane ausgehend vom Zusammenspiel von Kompetenzübertragung und daraus resultierender Verantwortlichkeit. Besonderheiten gelten für den Beiratsvorsitzenden. Zudem bietet der Beitrag einen breiten Überblick über verschiedene Aufgabenbereiche von Beiräten und die damit verbundenen besonderen Haftungsrisiken sowie Möglichkeiten zur Reduzierung des Haftungsrisikos.

Entscheidungen

BGH: Abberufung eines GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführers aus wichtigem Grund (4.4.2017 – II ZR 77/16 – dazu BB-Kommentar von

Karsten Haase, RA/FAArbR)

BGH: Publikums-Gesellschaft – Haftung des mit einer eigenen Kapitaleinlage beteiligten Treuhandkommanditisten gegenüber dem nach ihm eintretenden Direktkommanditisten (9.5.2017 – II ZR 10/16)

BGH: Schenkungsanfechtung – Leistung auf eine tatsächlich nicht bestehende Schuld im Zwei-Personen-Verhältnis (20.4.2017 – IX ZR 252/16)

1793

1795

1807

1808

1809

Steuerrecht

Die Woche im Blick

1813

Entscheidungen

EuGH: Mehrwertsteuerrechtliche Behandlung innergemeinschaftlicher Reihengeschäfte (26.7.2017 – C-386/16, Toridas UAB)

BFH: Anforderungen an die Aufzeichnungen bei Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und Verwendung einer offenen Ladenkasse; Zulässigkeit einer Quantilsschätzung (12.7.2017 – X B 16/17)

BFH: Aufwendungen für ein im Rahmen mehrerer Einkunftsarten genutztes häusliches Arbeitszimmer (25.4.2017 – VIII R 52/13)

FG Münster: Geschäftsführerhaftung für auf ein Treuhandkonto überwiesene Lohnsteuerbeträge (23.6.2017 – 3 K 1537/14 L)

Verwaltung

BMF: Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand; Veröffentlichung der Rechtsprechung des BFH zur Anwendung von § 2 Abs. 3 UStG (27.7.2017 – III C 2 – S 7106/0 :002)

Aufsätze

Prof. DDr. Georg Kofler, LL.M. (NYU),

1815

Prof. DDr. Gunter Mayr und Mag. Christoph Schlager

Digitalisierung und Betriebsstättenkonzept

Teil II: Lösungsvorschläge

Die digitalen Geschäftsmodelle stellen die nationalen Steuerrechtsordnungen vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere das ertragsteuerliche Betriebsstättenkonzept hinkt der „digitalisierten“ Leistungserbringung nach. Nachdem in Teil I die internationalen Entwicklungen auf OECD- und EU-Ebene, die britische DPT sowie die prominenten Fallbeispiele Amazon und Google dargestellt wurden, werden in Teil II konkrete Lösungsvorschläge untersucht.

Ulf Erik Belcke, RA/StB, und

1819

Eike Christian Westermann, RA/StB/FAStR

Die Besteuerung öffentlicher Unternehmen: Hilfreiche Hinweise zum Querverbund – Ausgleichszahlungen vor dem Aus? – Umsatzsteuerliche Neuerungen

Die Verfasser berichten über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Ertrag- und Umsatzsteuer der öffentlichen Hand. Ein Schwerpunkt des Beitrags liegt beim steuerlichen Querverbund, ein weiterer bei der Ausgestaltung der variablen Ausgleichszahlung in Gewinnabführungsverträgen. Darüber hinaus gibt es in der Umsatzsteuer Entwicklungen von großer praktischer Relevanz. Hier tut sich einiges, unabhängig von dem neu eingefügten § 2b UStG, der zuletzt bei vielen Kommunen im Fokus stand.

Prof. Dr. Carsten Pohl, LL.M.

1825

Anrechnung und Abzug ausländischer Steuern im Organkreis

Anmerkungen zu OFD Frankfurt vom 21.2.2017 – S 2770 A – 58 – St 51

Die OFD Frankfurt hat sich mit ihrer Verfügung vom 21.2.2017 zu praxisrelevanten und seit Jahren umstrittenen Fragestellungen im Kontext der Anrechnung und des Abzugs ausländischer Steuern bei Bestehen einer körperschaftsteuerlichen Organschaft positioniert.

Entscheidung

BVerfG: Das Kernbrennstoffsteuergesetz ist mit Art. 105 Abs. 2 i.V.m. Art. 106 Abs. 1 Nr. 2 GG unvereinbar und nichtig (13.4.2017 – 2 BvL 6/13 – dazu BB-Kommentar von

1827

Prof. Dr. Mike Wienbracke, LL.M. (Edinburgh))



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1833

Rechnungslegung

SASB: Veröffentlichung der Technischen Agenda

BaFin: Vertiefte Analyse der ersten Jahreszahlen zeigt, dass Versicherer Anforderungen nach Solvency II erfüllen

Wirtschaftsprüfung

IDW: Stellungnahme zum IESBA-Entwurf zu Professional Skepticism und Professional Judgment

IDW: Stellungnahme zur Überarbeitung des International Education Standard 7

IDW: Modernisierung des Wirtschaftsprüfer-Examens

WPK: Stellungnahme im IESBA Code of Ethics zur „kritischen Grundhaltung“ und zum „pflichtgemäßen Ermessen“ – WPK begrüßt Klarstellungen

KfQ: Hinweis zur Berichterstattung über eine Qualitätskontrolle ergänzt

Finanzierung

BMWi: Schub für Wagniskapitalfinanzierung durch ERP-Sondervermögen

Betriebswirtschaft

BMWi: Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum eStandards nimmt die Arbeit auf

Aufsatz

Prof. Dr. Stefan Müller und Oliver Scheid

1835

Konkretisierung der Umsetzung der CSR-Richtlinie im DRS 20 – Erweiterung der Konzernlageberichterstattung durch E-DRÄS 8

Mit der Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU (CSR-Richtlinie) im HGB durch das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RLUG) hat der Gesetzgeber eine Erweiterung und Neustrukturierung der Inhalte der Lageberichterstattung auf Einzel- und Konzernebene vorgenommen. Folgerichtig war auch der die Konzernlageberichterstattung auf der Basis einer Rechnungslegungsempfehlung konkretisierende DRS 20 zu überarbeiten. Dazu hat das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) am 20.6.2017 einen Entwurf des DRÄS 8 vorgelegt, der bis zum 14.8.2017 kommentiert werden kann. Im Beitrag wird dieser vorgestellt und kritisch diskutiert.

Entscheidung

BFH: Passiver Rechnungsabgrenzungsposten bei einer Unterlassungsverpflichtung

(15.2.2017 – VI R 96/13 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Steffen Heyd, StB)

1839



Tax & Finance – 16.11.2017

<http://veranstaltungen.ruw.de/taf>

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1843

Entscheidungen

EuGH: Zugang zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug – Übernahme von Übersetzungskosten (26.7.2017 – C-670/15)

BAG: Überwachung mittels Keylogger – Verwertungsverbot (27.7.2017 – 2 AZR 681/16)

BAG: Mitbestimmung bei betrieblichem Vergütungssystem eines tarifgebundenen Arbeitgebers (28.3.2017 – 1 ABR 1/16)

BAG: Tarifzuständigkeit – Aussetzungsbeschluss und Antragsbefugnis nach § 97 Abs. 5 ArbGG (25.4.2017 – 1 ABR 62/14)

BAG: Stufenzuordnung nach Herabgruppierung im Tarifbereich der VKA (1.6.2017 – 6 AZR 741/15)

BAG: Beihilfefähigkeit von Unterbringungs- und Fahrtkosten für eine stationäre Rehabilitationsmaßnahme (1.6.2017 – 6 AZR 433/15)

LAG Berlin: Pauschale Abgeltung möglicher Rentennachteile infolge Betriebsverlagerung (27.4.2017 – 21 Sa 2016/16)

Gesetzgebung

BMAS: Partizipationsprozess zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes startet

Bundestag: Deutsches Tarifvertragssystem thematisiert

Aufsätze

Dr. Patrick Mückl, RA/FAArbR, und Mareike Götte, RAin

1845

Wie gelingt der Auftakt zur Arbeitnehmerbeteiligung bei SE-Gründung? – Richtige Aufforderung und Information in der Praxis

Ein wesentlicher Vorzug der SE als Rechtsform ist u.a. die Verhandbarkeit der Mitbestimmung. Gemäß Art. 12 Abs. 2 SE-VO kann die SE bei originären Gründungsformen indes auch erst dann eingetragen werden, wenn die Verhandlungen mit dem sog. „besonderen Verhandlungsgremium“ (BVG) abgeschlossen wurden. Den Auftakt hierzu bildet eine entsprechende Aufforderung und Information der betroffenen Arbeitnehmer durch die Leitungsorgane der Gründungsgesellschaften (Art. 3 RL 2001/86/EG, § 4 SEBG). Was hier einfach klingt, ist in der Praxis allerdings durchaus kompliziert und damit fehleranfällig.

Bernd Wilhelm, LL.M.

1850

Das Optionsmodell – Entwicklung, aktueller Stand durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz und Auswirkungen in der Praxis

Durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz wird ab 2018 erstmalig eine gesetzliche Grundlage für das Optionsmodell im deutschen Betriebsrentensystem geschaffen. Der Beitrag stellt die bisherige Auffassung in der Literatur dar, erläutert die gesetzliche Neuregelung sowie die Auswirkungen auf bestehende Optionsmodelle.

Entscheidung

BAG: Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern bei den Schwellenwerten in § 38 BetrVG

(18.1.2017 – 7 ABR 60/15 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Jannis Kamann, FAArbR)

1853

Die Erste Seite

Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred Löwisch

Tarifeinheit durch Tarifzensur?

Impressum/Vorschau

VIII

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- BGH:** Kein Beweisverwertungsverbot bei einer Auskunft zum File-sharing (13.7.2017 – I ZR 193/16)
- BGH:** Zum Schadensersatzanspruch wegen Mitwirkung an einem unerlaubten Bankgeschäft (16.5.2017 – VI ZR 266/16)
- BGH:** Aufhebung eines Beschlusses der Gläubigerversammlung – Antragsbefugnis (22.6.2017 – IX ZB 82/16)
- BGH:** Verfolgung wettbewerbsrechtlicher Ansprüche durch Fachverband – Anwaltsabmahnung II (6.4.2017 – I ZR 33/16)
- BGH:** Zur Kündigung eines Reisevertrags wegen höherer Gewalt (16.5.2017 – X ZR 142/15)
- BGH:** Heilung eines Zustellungsmangels (29.3.2017 – VIII ZR 11/16)
- BGH:** Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax (23.5.2017 – II ZB 19/16)
- BVerwG:** Kein Anspruch auf Einsicht in Unterlagen des Statistischen Bundesamts zur Unternehmenskonzentration (29.6.2017 – BVerwG 7 C 22.15)

Verwaltung

BKartA: Bußgelder gegen Automobilzulieferer verhängt

Aufsätze

Sebastian Harter, LL.M., M.Jur. (Durham), RA, und Dr. Thorsten Voß, RA

Compliance

Transaktionsmeldungen nach Art. 26 MiFIR – Was gilt für emittierende Wertpapierfirmen ab 2018?

Mit Anwendungsbeginn des MiFID II/MiFIR-Regelwerkes am 3.1.2018 werden die derzeit in § 9 WpHG normierten Transaktionsmeldepflichten für Wertpapierdienstleistungsunternehmen durch die Regelung in Art. 26 MiFIR abgelöst. Das neue Transaktionsmeldewesen geht mit einer deutlichen Erweiterung der zu meldenden Transaktionen einher. Aufgrund des Wegfalls der unter MiFID I bestehenden Primärmarktausnahme müssen Wertpapierfirmen, die sich über die Emission eigener Wertpapiere refinanzieren, auch ihre Emissionstätigkeit auf deren Melderelevanz hin überprüfen. Für etwaige Verstöße sind ordnungswidrigkeitenrechtliche Konsequenzen möglich. Der Beitrag zeigt, dass für die sich stellenden Auslegungsfragen die insoweit zu beachtende unionsrechtliche Interpretationslehre zu sachgerechten Ergebnissen führen kann.

Prof. Dr. Barbara Grunewald, Isabelle Tassius und David Langenbach

Die gesetzliche Neuregelung zu Ein- und Ausbaurkosten im Kaufrecht

Das Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts und zu Änderungen der kaufrechtlichen Mängelhaftung tritt am 1.1.2018 in Kraft. Der Beitrag befasst sich mit der Neuregelung im Bereich der Ein- und Ausbaurkosten im Kaufrecht.

Entscheidungen

- BGH:** Pflicht des Unterlassungsschuldners zum Rückruf mit wettbewerbswidriger Werbung versehener Produkte – Luftentfeuchter (4.5.2017 – I ZR 208/15 – dazu BB-Kommentar von **Paetrick Sakowski, RA**) 1675
- BGH:** Störerhaftung des Betreibers eines Bewertungsportals (4.4.2017 – VI ZR 123/16) 1680
- OLG Hamm:** Anmeldepflichten des Geschäftsführers einer UG (haftungsbeschränkt) auch nach Insolvenzverfahrenseröffnung (9.3.2017 – 27 W 175/16 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Sabine Otte-Gräbener, LL.M.**) 1683

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- EuGH-Schlussanträge:** Vorsteuerabzug trotz Nichterfüllung der Rechnungsanforderungen? – Gutgläubensschutz? (5.7.2017 – verb. RS C-374/16, C-375/16) 1665
- BFH:** Umsatzsteuerliche Organschaft: Zeitpunkt der organisatorischen Eingliederung durch Beherrschungsvertrag (10.5.2017 – V R 7/16)
- BFH:** Buchhalter nicht zur Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen berechtigt (7.6.2017 – II R 22/15)
- BFH:** Gewerbesteuerpflicht einer vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaft vor Eintragung ins Handelsregister (24.1.2017 – I R 81/15)
- BFH:** Grunderwerbsteuer-Bemessungsgrundlage bei Grundstückserwerb zur Errichtung einer Windkraftanlage (10.5.2017 – II R 16/14)
- FG Niedersachsen:** Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen, die der Steuerpflichtige aufgrund eines Vergleichs zur Ablösung einer Darlehensschuld zu leisten hat (7.12.2016 – 2 K 177/15)
- FG München:** Keine Anwendung des § 7 Abs. 7 ErbStG auf rechtsgeschäftliche Anteilsübertragungen (5.4.2017 – 4 K 711/16)

Verwaltung

BMF: Steuerliche Behandlung von Cum/Cum-Transaktionen (17.7.2017 – IV C 1 – S 2252/15/10030 :005) 1667

Gesetzgebung

- OECD:** Entwurf des OECD-Musterabkommens 2017
- OECD:** Neue Verrechnungspreisrichtlinien

Aufsätze

Dr. Jens Kleinert, RA/FAStR, und Nina Bahn Müller, RAin 1687

Mitunternehmerinitiative bei (Vorbehaltsquoten-) Nießbrauch und gesellschaftsvertraglichem Einstimmigkeitserfordernis in Grundlagen- sowie Kernbereichsangelegenheiten

Überträgt ein Gesellschafter einer Personengesellschaft, insbesondere einer KG, seinen Gesellschaftsanteil an einen Dritten unter Vorbehalt eines Nießbrauchs in gewisser Quote, so stellt sich die Frage, ob er und/oder der Dritte Mitunternehmer der Gesellschaft ist bzw. sind. Praktisch geht es darum, ob beim Schenker (und/oder beim Beschenkten) Mitunternehmerinitiative im Sinne des Ertragssteuerrechts und damit auch begünstigungsfähiges Vermögen i. S. d. Schenkungsteuerrechts vorliegt. Dieser Frage soll in dem Beitrag für die Konstellation nachgegangen werden, dass der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft – dem Regelstatut des HGB entsprechend – das Einstimmigkeitserfordernis vorsieht.

Lukas Kawka, RA/StB, Maximilian Vocke, RA, und Dipl.-Finw. (FH) Benno L'habitant 1694

Zivil- und schenkungsteuerrechtliche Behandlung von (Rück-)Übertragungsverpflichtungen bei Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen („Vesting“)

Die Gewährung von Geschäftsanteilen im Rahmen von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen geht im Regelfall mit der Vereinbarung potentieller (Rück-)Übertragungsverpflichtungen für bestimmte Fallkonstellationen einher (sogenanntes „Vesting“). Der Beitrag untersucht gängige Gestaltungsalternativen auf ihre zivilrechtliche Zulässigkeit sowie schenkungsteuerliche Auswirkungen.

Entscheidung

- BFH:** Verlustabzugsverbot bei schädlichem Beteiligungserwerb (Erwerbergruppe) (22.11.2016 – I R 30/15 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Markus Ernst, LL.M. [NYU], RA/StB**) 1701



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1705

Rechnungslegung

IASB: Vereinfachung der Bilanzierung für einzelne Finanzinstrumente

BDL: Unterstützung des Datenaustausches zur Anwendung des IFRS 16

DRSC: Stellungnahme zum Entwurf des IASB ED/2017/2

DRSC: 30. Mitgliederversammlung

DRSC: Quartalsbericht Q2/2017

Wirtschaftsprüfung

WPK: Zusammenfassung der Rückmeldungen zur ESA-Konsultation

WPK: Entgelttransparenzgesetz in Kraft getreten

Finanzierung

PwC: Start-ups setzen zunehmend auf innovative Finanzierungsquellen

Aufsatz

Stefan Oecking und Thomas Verhuvén

1707

Ergebniswirkungen einer Kapitalisierung laufender Renten in der Rechnungslegung nach IFRS und US-GAAP

Dieser Beitrag wendet sich an Unternehmen und ihre Berater, die Teile ihrer innenfinanzierten laufenden Versorgungsverpflichtungen durch eine Kapitalisierung ersetzen wollen. Die Ergebniswirkung resultiert vor allem aus der Zinsfußdifferenz zwischen der Rechnungslegung nach HGB einerseits und nach IFRS oder US-GAAP andererseits. Der Aufsatz zeigt auch anhand von Rechenbeispielen auf, ob eine solche Maßnahme in der Rechnungslegung nach IFRS oder US-GAAP zu Ertrag oder Aufwand führt und gibt somit eine Entscheidungshilfe, ob sie für das Unternehmen vorteilhaft ist oder nicht.

Entscheidung

BFH: Keine Rückstellung für künftige Zusatzbeiträge zur Handwerkskammer

1712

(5.4.2017 – X R 30/15 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Rainer Hüttemann)

Neuerscheinung Buch

Eschenfelder, Wirtschaftsprüferhaftung

Praxisnahe Übersicht über Haftungsnormen und -grundlagen

2016, 287 Seiten, Kt., € 84,-

ISBN: 978-3-8005-2095-4 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Save the date

RdF-Workshop

Rechtliche und steuerliche Aspekte von MiFID II

am 26. Oktober 2017
in Frankfurt am Main

Recht der
Finanzinstrumente

Betriebs-Berater Kapitalmarkt

Workshop

<http://veranstaltungen.ruw.de/veranstaltungen/finanzmarkt>

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1715

Entscheidungen

EuGH: Deutsches Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer mit dem Unionsrecht vereinbar (18.7.2017 – C-566/15)

EuGH: Berechnung der Betriebsrenten bei vorzeitigem Ausscheiden – Diskriminierungsschutz von Teilzeitbeschäftigten (13.7.2017 – C-354/16)

BAG: Ausübung des Wahlrechts bei der Betriebsratswahl – Änderung der Wählerliste (21.3.2017 – 7 ABR 19/15)

BAG: Anspruch auf Mehrarbeitszuschläge in Manteltarifvertrag (26.4.2017 – 10 AZR 589/15)

BAG: Beurteilung der Angemessenheit einer Ausbildungsvergütung (16.5.2017 – 9 AZR 377/16)

LAG Berlin: Durchführung einer Gesamtbetriebsvereinbarung (17.3.2017 – 2 TaBV 1564/16)

LAG Schleswig-Holstein: Konkurrenztaetigkeit im Arbeitsverhältnis kann zu fristloser Kündigung führen (12.4.2017 – 3 Sa 202/16)

Aufsatz

Dr. Till Hoffmann-Remy, RA/FAArbR, und

1717

Dr. Frank Zaumseil, RA/FAArbR

Betriebsratswahl 2018 – alte und neue Fehler vermeiden!

Alle (vier) Jahre wieder: Die regelmäßigen Betriebsratswahlen stehen vor der Tür. Vom 1.3. bis zum 31.5.2018 werden neue Betriebsräte gewählt. Aufgrund der zunehmenden Komplexität betriebsverfassungsrechtlicher Strukturen steigt auch die Fehleranfälligkeit der Wahlen. Der Beitrag soll unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen in der Rechtsprechung die wesentlichen Fallstricke bei der Durchführung einer ordnungsgemäßen Wahl aufzeigen. Teil 2 des Beitrages (erscheinend demnächst) beschäftigt sich mit den Praxisproblemen nach einer durchgeführten Wahl.

Entscheidungen

BAG: Schadensersatz nach § 15 Abs. 1 AGG – Vermutung

1723

der Benachteiligung wegen der (Schwer-)Behinderung

(26.1.2017 – 8 AZR 736/15 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Christian Ley, RA/FAArbR)

HessStGH: Keine Prüfung des Streikrechts für Pilotenvereinigung

1728

Cockpit aus Hessischer Verfassung

(10.5.2017 – P.St. 2545 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Stefan Müller, RA/FAArbR, und **Marc Becker**)

Neuerscheinung Buch

Hagedorn/Tervoort, Niederländisches Wirtschaftsrecht

Praxisorientierte, gut verständliche Darstellung

Mai 2017, 477 Seiten, Geb., € 179,-

ISBN: 978-3-8005-1663-6 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Theodor B. Cisch, RA, und Dr. Nils Börner, RA

Das Betriebsrentenstärkungsgesetz – Garantiert eine Chance für die bAV

Impressum/Vorschau

VIII

BBK

SCHNELL GELESEN

- 733 ▶ Fake President, CEO-Fraud oder Enkeltrick als Härtetest für das IKS

KURZNACHRICHTEN

- 734 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 741 Buchführungs-Seminar
Umsatzsteuerliche Beurteilung von Restaurationsleistungen
Ronny Sebast
- 755 Steuerrecht
Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung nach § 7g EStG
Rüdiger Happe

- 769 Rechnungswesen
Fake President, CEO-Fraud oder Enkeltrick als Härtetest für das IKS im Rechnungswesen
Patrick Schreiber
▶ Kurzfassung Seite 733
- 773 Leserfrage
Alternative Buchungssystematik für den geldwerten Vorteil aus der privaten Pkw-Nutzung?
Lukas Graf
- 776 Impressum

- | | | | |
|---|---------------|---|------------|
|  | Literatur |  | Quelle |
|  | Weblink |  | Community |
|  | Informationen |  | Video |
|  | Audio |  | Berechnung |
|  | Galerie |  | Merksatz |
|  | Siehe auch | | |

SCHNELL GELESEN

- 691 ▶ Online-Bezahldienste und Kryptowährungen in Buchhaltung und Bilanz

KURZNACHRICHTEN

- 692 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 699 Buchführungs-Seminar
Bilanzierung negativer Zinsen
Dr. Volker Endert
- 702 Bilanzierung
Wirtschaftliches Eigentum bei Sale-and-lease-back-Verträgen
Rüdiger Happe

- 708 Lohn und Gehalt
Einführung der Digitalen Lohnschnittstelle
Günther H. Krüger

- 712 Bilanzierung
Erfassung von Online-Bezahldiensten und Kryptowährungen in Buchhaltung und Bilanz
Daniel Bahn
▶ Kurzfassung Seite 691

KONZERNABSCHLUSS UND IFRS

- 722 Geplante Änderungen an IAS 16 zum Abzug von Erlösen aus Testläufen
Prof. Dr. Carsten Theile
- 727 Neuerscheinungen
- 728 Impressum

- | | |
|--|---|
|  Literatur |  Quelle |
|  Weblink |  Community |
|  Informationen |  Video |
|  Audio |  Berechnung |
|  Galerie |  Merksatz |
|  Siehe auch | |

StuB

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 529 **Realteilung: Die Kapitalausgleichsposten-Methode als second-best-Lösung**
Offene Fragen und mögliche Lösungsansätze
Prof. Dr. Theodor Siegel
- 536 **Verluste im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen**
Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 17.1.2017 - VIII R 7/13
Sophia Schuhmann
- 540 **Grenzüberschreitende Namensnutzung im Konzern**
Anmerkungen zum BMF-Schreiben vom 7.4.2017
StB/FBStR Stephan Strothenke
- 544 **E-Bilanz: Änderungen der Taxonomie 6.1**
Überblick über die wichtigsten Änderungen des Datensatzes
StB Dr. Johannes Riepolt
- 548 **AfA beim Erwerb einer Arztpraxis**
Anmerkungen zu den BFH-Urteilen vom 21.2.2017 - VIII R 7/14, VIII R 56/14 und VIII R 24/16
Dr. Kai Tiede

PRAXISFÄLLE

- 553 **Going concern-Prinzip und wirtschaftliche Verursachung bei Rückstellungen für Kammerbeiträge**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 554 **Spielhallen und Wettbüros: Aktuelle Rechtsprechung zu Umsatz- und Vergnügungssteuer**
Prof. Dr. Jens M. Schmittmann

KURZNACHRICHTEN

- 556 Keine Teilwertabschreibung von Anteilen an offenen Immobilienfonds im Umlaufvermögen
- 557 Kein Wechsel von der degressiven Gebäude-AfA zur Abschreibung nach der tatsächlichen Nutzungsdauer
- 558 Gewinngemeinschaftsvertrag als Mitunternehmerschaft
- 558 Kein Verlustausgleich bei negativem Kapitalkonto bei Aufstellung einer negativen Ergänzungsbilanz
- 558 Fahrtkosten bei Belegarztztätigkeit und Praxis
- 559 Unentgeltliche Übertragung eines fremdfinanzierten Grundstücks aus dem Sonderbetriebsvermögen
- 559 Korrespondenzausgleich bei Teilwertaufholung
- 559 Betriebsaufspaltung bei Übertragung von Gesellschaftsanteilen unter Vorbehaltsnießbrauch
- 560 Kenntnismachweis eines Autodidakten
- 560 Zur Tätigkeit einer Personengesellschaft, die auf technische Übersetzungen spezialisiert ist
- 560 Übernahme der Pensionszusage eines beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers
- 561 Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern an AN
- 562 Einheitlicher Standarddatensatz als Schnittstelle zum elektronischen Lohnkonto
- 562 Zuzahlungen bei der Dienstwagenbesteuerung
- 563 Differenzbesteuerung beim „Ausschlachten“ von Gebrauchtfahrzeugen
- 563 Umrechnungskurse für den Monat Juni 2017
- 563 Vorsteuerabzug im Insolvenzverfahren
- 564 Steuerbefreiung für ehrenamtliche Tätigkeiten
- 565 Anwendung des § 203 BewG
- 566 Anforderungen an Country-by-Country Report
- VIII Impressum



Merksatz



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Siehe auch



Community



Quelle



Video



Galerie



Berechnung

StuB

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 569 **Aktuelles zu den Rücknahme- und Entsorgungspflichten nach dem ElektroG**
Zugleich Besprechung des BFH-Urteils vom 25.1.2017 - I R 70/15
WP/StB Prof. Dr. Peter Oser, StB Dr. Katharina Philippsen und WP/StB Dr. Holger Wirtz
- 573 **E-DRÄS 8: Erneute Änderung am DRS 20 „Konzernlagebericht“**
Inhalt und Konkretisierung der gesetzlichen Anforderungen aufgrund des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes
Prof. Dr. Hanno Kirsch
- 581 **Die gesetzliche Neuregelung des Sanierungssteuerrechts**
Einführung des § 3a EStG und § 7b GewStG sowie diverser flankierender Regelungen
Dr. Martin Weiss
- 588 **Umsatzsteuerliche Organschaft – Überarbeitung des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses**
Anmerkungen zum BMF-Schreiben vom 26.5.2017
StB Dr. Hans-Martin Grambeck
- 593 **Das Ende der finalen Verluste: Spektakuläre Änderung in der Rechtsprechung des BFH**
Kein Vertrauensschutz auf den Fortbestand der bisherigen Rechtslage
Dr. Kai Schulz-Trieglaff

PRAXISFÄLLE

- 597 **Erwerb eines Tochterunternehmens von einem assoziierten Unternehmen**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 598 **Vergütungsverfahren und Anforderungen an die Belegvorlage**
StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 600 Entgelttransparenzgesetz in Kraft getreten
- 600 Zur Begrenzung des steuerlichen Wertansatzes für Rückstellungen auf den infolge der Anwendung des BilMoG niedrigeren Handelsbilanzwert
- 601 Rückstellungen für ein Aktienoptionsprogramm
- 602 Zur mehrfachen Nutzung des Höchstbetrags in § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 3 EStG
- 602 Zeitpunkt der Nachversteuerung eines negativen Kapitalkontos aufgrund der Auflösung einer KG
- 602 Gewerblicher Grundstückshandel bei einem geplanten Objekt
- 603 Ausbildung und Verkauf von Blindenführhunden führt zu gewerblichen Einkünften
- 603 Ermittlung des Gewinns aus der Veräußerung von jungen Aktien nach Ausübung von Bezugsrechten aus sog. Altanteilen
- 604 Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“
- 604 Vermietung und Verpachtung – Werbungskosten nach gescheitertem Anschaffungsgeschäft
- 604 Ertragszuschuss als organschaftliche Mehrabführung i. S. von § 27 Abs. 6 Satz 1 KStG
- 605 Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer beim Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung einer Windkraftanlage
- 605 Organisatorische Eingliederung durch Beherrschungsvertrag
- 606 Umsätze im Geschäft mit Wertpapieren und deren Vermittlung
- 608 Verschulden des Steuerberaters bei verspäteter Einreichung der Rechnungslegungsunterlagen
- 608 Das Tarifeinheitsgesetz ist weitgehend mit dem Grundgesetz vereinbar

VIII Impressum

- | | | | |
|---|----------------------|---|-------------------|
|  | Merksatz |  | Siehe auch |
|  | Literatur |  | Community |
|  | Weblink |  | Quelle |
|  | Informationen |  | Video |
|  | Audio |  | Galerie |
| | |  | Berechnung |

FOKUS

- 159 **ED/2017/3: Kündigungsklauseln mit negativer Entschädigung**
Der aktuelle IASB-Entwurf einer Ergänzung von IFRS 9
Dr. Jan-Velten Große
- 164 **Änderung der Bilanzstruktur im Zuge der Erstanwendung von IFRS 9**
Befreiung von Vorjahreszahlen oder Anwendung von IAS 8
Dipl.-Kfm. Andreas Huthmann, MBA, Bang Nguyen, M.Sc. und Christoph Heidt LL.M.
- 172 **Wertrelevanz von Forschungs- und Entwicklungskosten im IFRS-Konzernabschluss**
Empirische Analyse der Aktienindizes DAX, MDAX, SDAX und TecDAX während der Finanzkrise
Dr. Carola Rinker
- 177 **Die Modifizierung des Standardmechanismus zum cashflow hedge accounting für Nettopositionen nach IFRS 9**
Roll over hedge und Determination einer Leitmaxime
Prof. Dr. Stefan Müller und StB Robert Schamber

PRO & CONTRA

- 186 **Integrierte nichtfinanzielle Erklärung?**
PD Dr. Andreas Haaker und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 188 **IFRS 17 zur Bilanzierung von Versicherungsverträgen veröffentlicht**

IFRS AKTUELL

- 189 **EFRAG-Stellungnahmeentwurf zum Diskussionspapier „Angabeprinzipien“ (DP/2017/1)**
WP Dr. Daniel T. Fischer

KOMPAKTWISSEN

- 191 **Bedeutung des BREXIT für die Bilanzierung von Ertragsteuern**
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE

- 194 **Bilanzierung eines Rechts auf Kiesausbeute**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

IFRS UND STEUERBILANZ

- 195 **Gängigkeitsabschläge auf den Warenbestand**
StB Christian Müller

VI Verlagsservice/Impressum



Merksatz



Siehe auch



Literatur



Community



Weblink



Quelle



Informationen

KAPITALMARKT

Aktienmarkt/Renditeerklärung/Unternehmenskennzahlen
Zur Prognose von Marktrenditen mittels fundamentaler Bewertungskennzahlen

Priv.-Doz. Dr. Christian Walkshäusl, Regensburg

Die Prognosekraft fundamentaler Bewertungskennzahlen steigt mit dem Prognosehorizont. In diesem Beitrag wird die Eignung einiger Bewertungskennzahlen als Marktrenditeprognoseinstrumente für den deutschen Aktienmarkt näher untersucht.

CF1242928

S. 129

Asset-Management/Anlagestrategie/Futures
Wie Anleger die Zinskurve im Umfeld der Niedrigzinsen für sich nutzen können

Maik Schober, Titisee-Neustadt /

Prof. Dr. Christian Möbius, Stuttgart

Die Zinsen sind auf historisch niedrigem Niveau. Allerdings ist die Zinskurve derzeit relativ steil. Dieser Beitrag zeigt auf, wie Anleger die steile Zinskurve mittels Zins-Futures-Strategie für sich nutzen können. Dabei ergeben sich zum einen Erträge aus der Differenz zwischen kurz- und langfristigen Zinsen, zum anderen werden barwertige Erfolge im Zeitablauf generiert.

CF1239975

S. 134

Unternehmenspublizität/Markterwartungen/Kursreaktionen
Earnings and revenue surprises: Ein Vergleich zwischen Unternehmen in Deutschland und den USA

Felix Röbke, M.Sc. / Dr. Kathrin Lesser, beide Regensburg

Das Über- oder Unterschreiten der Markterwartungen bei Profit oder Umsatz ist ein Phänomen, das regelmäßig auftritt. Im Rahmen dieser Untersuchung werden 40 Quartale über einen Zeitraum von 2004 bis 2014 dahingehend untersucht, welche Kursreaktionen zu erwarten sind. Die Analyse bezieht sich auf über 2.000 Analystenschätzungen pro Stichtag und betrachtet alle Unternehmen, die im DAX und Dow Jones enthalten sind.

CF1233138

S. 140

Portfoliomanagement/Anlagestrategie/Alternative Investments
Erhöhung der Portfolio-Effizienz: Der Fall nicht-traditioneller Anlagen

Patrik Hanser, M.A., Frankfurt/M. / Prof. Dr. Wolfgang Disch, Villingen-Schwenningen

In diesem Beitrag wird das Potenzial Alternativer Investments zur Steigerung der Portfolio-Effizienz analysiert. Es wird gezeigt, dass ein effizientes Portfolio aus Aktien, Anleihen und einer Auswahl mehrerer nicht-traditioneller Anlagen bestehen sollte. Auf diese Weise kann ein gut diversifiziertes Portfolio von einem verbesserten Rendite-Risiko-Profil profitieren.

CF1226374

S. 142

Portfoliomanagement/Anlagestrategie
Asset Allokation durch eine Best-of-three Assets Strategie

Dr. Andreas Humpe / Prof. Dr. Marion Rauscher, beide München

Der Beitrag untersucht empirisch die Replikation einer Best-of-Three Assets Option für die dynamische Anlage in Aktien, Renten und die Alternativwährung Gold. Die Grundidee dieser Investmentstrategie beruht darauf, dass der Anleger nach einem vorab festgelegten Anlagehorizont eine Portfoliorendite vereinnahmt, die der Wertentwicklung der besten dieser drei Anlageklassen während dieses Zeitraums abzüglich der Strategiekosten entspricht. Die Ergebnisse werden mit alternativen Verfahren der dynamischen Asset Allocation verglichen.

CF1239908

S. 153

BEWERTUNG

Unternehmensbewertung/Kapitalkosten/Marktrisikoprämie
Schätzung erwarteter Marktrisikoprämien mittels impliziter Kapitalkosten

Prof. Dr. Tobias Berg, Frankfurt/M. / Robert Heiger Moser /

Prof. Dr. Christoph Kaserer, beide München / Daniel

Kittlauss / Dr. Timo Willershausen, beide Frankfurt/M.

In diesem Beitrag stellen die Autoren ihre Methode zur Schätzung erwarteter Marktrisikoprämien anhand impliziter Kapitalkosten vor. Indem die vorgestellte Methodik die Ableitung zeitvariabler Marktrisikoprämien ermöglicht, lässt sich diese in der Unternehmensbewertung sowohl zur zeitnahen Bestimmung von Marktrisikoprämien als auch von impliziten Betafaktoren auf Branchenebene einsetzen.

CF1242935

S. 158

Risikobewertung/Bewertungsmethoden/Zinsstrukturmodelle
Sensitivitäten praxisrelevanter Zinsstrukturmodelle zur Bewertung von Zinsänderungsrisiken

Prof. Dr. Stefan Stöckl, Metz / Christian Blonczewski,

Hochheim am Main

Zinsstrukturmodelle bieten eine verständliche und nachvollziehbare Bewertungsgrundlage zur marktzensabhängigen Risikoanalyse von impliziten Optionen in Bankprodukten. Nachdem die Europäische Bankenaufsichtsbehörde im Jahr 2016 die Stresstests zu Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch angepasst hat, werden in diesem Beitrag Sensitivitäten praxisrelevanter Zinsstrukturmodelle bei Kalibrierung auf Zinsstrukturkurven mit äußerst hohen Volatilitäten bzw. sehr niedrigen Leitzinsen untersucht.

CF1239936

S. 165

Unternehmensbewertung/Bewertungsverfahren
Status Quo der Unternehmensbewertungsverfahren in der Praxis

Julian Welfonder, M.Sc., Dinslaken / Prof. Dr. Tino

Bensch, Wuppertal

Im Beitrag wird aufgezeigt, welche Unternehmensbewertungsverfahren in der Praxis bevorzugt Verwendung finden. Auch die Bewertungsanlässe werden untersucht. Die Basis der Untersuchung bildet eine Befragung der deutschen CDAX-Unternehmen.

CF1233142

S. 175

Rechnungslegung/Kapitalisierungszins
Kapitalisierungszinssätze in der Unternehmensbewertung – Eine empirische Analyse inländischer IFRS-Konzernabschlüsse 2016

WP/StB Dipl.-Kfm. Prof. Dr. Christian Zwirner, München

Der Beitrag stellt die Fortsetzung des in CF 2016 S. 272 veröffentlichten Beitrags „Kapitalisierungszinssätze in der Unternehmensbewertung – Eine empirische Analyse inländischer IFRS-Konzernabschlüsse 2015“ dar. Ergänzend zu diesem Beitrag wird die Entwicklung des Kapitalisierungszinssatzes zur Goodwillbewertung um das Geschäftsjahr 2016 erweitert.

CF1243615

S. 180

MERGERS & ACQUISITIONS

Übernahmeangebot/Kapitalmarktreaktion/Marktüberblick
Takeover Report Deutschland 2017

Prof. Dr. Christian Aders, München / Maximilian Schreiter,

M.Sc. / Prof. Dr. Bernhard Schwetzer, beide Leipzig

finexpert.info veröffentlicht in Zusammenarbeit mit ValueTrust jährlich den Takeover Report Deutschland. Der Report gibt einen fundierten Marktüberblick über öffentliche Übernahmen in Deutschland. Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse zusammen.

CF1243559

S. 186



ASSURANCE

ANALYSE

Risikomanagement und Wirtschaftsprüfung – Warum ist IDW PS 981 notwendig und was kann er leisten?

Andreas Wermelt und René Scheffler » 925

IDW VISUELL

IDW QS 1: IDW Qualitätssicherungsstandard: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (Stand: 09.06.2017) » 934



RECHNUNGSLEGUNG

KOMPAKT

IPSASB: Personalia » 937

Rezension » 937

ANALYSE

Wie funktioniert Kapitalbeschaffung über das Internet? – Grundlagen des Crowdfunding und bilanzielle Abbildung von lending-based Crowdfunding

Prof. Dr. Christian Blecher und Sebastian Fink » 938

Ausgleichs- und Abfindungszahlungen im Zusammenhang mit einem Gewinnabführungsvertrag – Konsolidierung bei der Aufstellung des IFRS-Konzernabschlusses

Dr. Frank Richter und Univ.-Prof. Dr. Silvia Rogler » 946



FINANCIAL SERVICES

KOMPAKT

Elektronisches Einreichen von Prüfungsberichten » 953

Investmentfonds: BaFin konsultiert zwei Änderungsverordnungen » 953

Umstellung auf IFRS 9 bei Finanzinstituten » 954

EZB-Leitfaden für Überprüfungen vor Ort » 954

ANALYSE

Das neue Geldwäschegesetz – Setzt sich der risikobasierte Ansatz durch oder verhindern Unsicherheiten dessen Anwendung?

Carsten von Drathen und Dr. Markus Moelgen » 955



MANAGEMENT & BERATUNG

KOMPAKT

Wirkung der Frauenquote: erste (gemischte) Bilanz » 964

Erdüberlastungstag: Ökologisches Defizit beginnt dieses Jahr am 2. August » 964

Empfehlungen für nachhaltige Investments » 965

Gesetzgebung zu Netzwerk- und Informationssicherheit » 965

Wirtschaftsgrundschutz-Handbuch um drei Bausteine erweitert » 965

ANALYSE

M&A-Transaktionen im deutschen Mittelstand – Legal Due Diligence und Tax Due Diligence als zentrale Bestandteile

Florian Kaiser, Christina Klinger und Isabelle Pernegger » 966



STEUERN & RECHT

KOMPAKT

- Koordinierter Ländererlass zur Umsetzung der Erbschaftsteuerreform » 974
Neue Vorschriften für grenzüberschreitende Insolvenzverfahren in Kraft
getreten » 974
Aus dem Bundesgesetzblatt » 975
Versicherungen: Neue Verordnungen in Kraft getreten » 975

ANALYSE

- Umsatzsteuerliche Behandlung weitergeleiteter Zuschüsse an Eigengesellschaft –
BFH bestätigt mit Urteil vom 10.08.2016 seine ständige Rechtsprechung zu
steuerbaren Leistungsbeziehungen zwischen jPöR und Eigengesellschaft
Andreas Jürgens und Matthias Menebröcker » 976
Umsatzsteuerfolgen einer Insolvenzanfechtung – Zugleich Besprechung von BFH,
Urteil vom 15.10.2015 – V R 26/16
Dr. Günter Kahlert » 981



ASSURANCE

ANALYSE

Neuerungen beim Prüfungsbericht – Aufgrund von BilRUG,
EU-Abschlussprüfer-Verordnung, AREG und IDW EPS 450 n.F.
Dr. Wolf-Michael Farr » 865

Das Three-Lines-of-Defence-Modell: ein Beitrag zu einer besseren
Corporate Governance? – Empirische Befunde
Wissenschaftlicher Beirat des DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V. .. » 873



RECHNUNGSLEGUNG

KOMPAKT

Entgelttransparenzgesetz verkündet » 880

Umfang der Anschaffungskosten: geplante Überarbeitung von IAS 16 » 880

Fragen und Antworten zu alternativen Leistungskennziffern » 881

Aus der Arbeit des FASB » 881

ANALYSE

Wie profitieren bilanzierende Unternehmen von BilRUG und Bürokratie-
entlastungsgesetz? – Auswirkungen erhöhter Schwellenwerte und neu
definierter Umsatzerlöse
Prof. Dr. Ludwig M. Bauer » 882



MANAGEMENT & BERATUNG

ANALYSE

Realisierung von multifunktionalen Shared-Service-Centern –
Gestaltungsrahmen und Praxisbericht
Mario Schmitz, Freya Wach und Anthony Wick » 891

Was treibt die Steuerungssysteme? – Unternehmenssteuerung mit Kennzahlen
Marco Göck und Martin Dresp » 899



STEUERN & RECHT

KOMPAKT

Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit
Rechteüberlassungen verkündet » 903

BMF-Schreiben zu Cum-Cum-Gestaltungen » 903

ANALYSE

Altersversorgung der Gesellschafter-Geschäftsführer
Prof. Matthias Alber » 904

Interpersoneller Verlustuntergang gemäß der Neuregelung der Sanierungs-
gewinnbesteuerung – § 3a EStG, § 7b GewStG und § 15 Nr. 1a KStG
Markus Suchanek, Axel Schaaf und Paul Hannweber » 909

Ist die Zinsschranke verfassungswidrig?
Thomas Kollruss » 918

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 273 – 312
Online | Mobile | Social Media

Kurz informiert

| | |
|---|-----|
| Steuerliche Anerkennung einer mehrstöckigen Freiberufler-KG | 273 |
| Einkunftserzielungsabsicht bei nicht feststellbarer Vermietungsquote..... | 273 |

Einkünfteübertragung

| | |
|---|-----|
| Gestaltungsmodell „Zuwendungsnießbrauch zur Studienfinanzierung“ gebilligt..... | 274 |
|---|-----|

Gesellschafterdarlehen

| | |
|--|-----|
| Abgeltungsteuer greift auch bei nur mittelbarer GmbH-Beteiligung | 275 |
|--|-----|

Betriebliche Altersversorgung

| | |
|--|-----|
| Versorgungszusagen mit Kapitalwahlrecht weiterhin begünstigt | 278 |
|--|-----|

Der praktische Fall

| | |
|---|-----|
| Steuerünstige Zuordnung der ersten Tätigkeitsstätte | 281 |
|---|-----|

Sachzuwendungen

| | |
|--|-----|
| Tankgutscheine für Bankkunden als Einkünfte? | 282 |
|--|-----|

Betriebsprüfung

| | |
|--|-----|
| Steuerbelastung durch nachträgliche Rücklagenbildung mindern | 284 |
|--|-----|

Der praktische Fall

| | |
|---|-----|
| Die „verspätete“ Betriebsprüfung: Einrede der Verjährung brachte über 300.000 EUR..... | 287 |
|---|-----|

Der praktische Fall

| | |
|--|-----|
| So umgehen Sie die Abzugsbeschränkung der Kosten für ein Erststudium erfolgreich!..... | 293 |
|--|-----|

Containervermietung

| | |
|--|-----|
| Nutzungsüberlassung als „Umsatzsteuerfalle“ für Kapitalanleger | 298 |
|--|-----|

Die Renaissance der Rentner-GmbH - Teil 2

| | |
|---|-----|
| Übertragung der Pensionszusage auf eine Rentner-GmbH: Diese Fallstricke müssen Sie kennen! | 302 |
|---|-----|

08 | 2017





EDITORIAL

Romuald Bertl: Geburtstage Rechts- und Rechnungswesenprofessoren

207

GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

Christoph Schlager: VwGH: Keine Verrechnungsschranke für Mindestkörperschaftsteuer bei natürlicher Person als Rechtsnachfolger

209

In einem aktuellen Erkenntnis hat sich der VwGH mit dem Betriebskriterium bei der Umwandlung sowie des Übergangs und der Verrechnung der Mindestkörperschaftsteuer auseinandergesetzt. Dabei hat der VwGH die Rechtsansicht des BFG zum Bestehen einer „Verrechnungsschranke“ auch bei natürlichen Personen nicht geteilt.

JUDIKATUR STEUERRECHT

Werner Wiesner: Fortgesetzte Siebentel-Abschreibung in der Unternehmensgruppe

211

LATENTE STEUERN

Klaus Hirschler/Elisabeth Höltzschl: Bilanzierung von latenten Steuern bei Umgründungen

213

Gem § 198 Abs 9 UGB sind latente Steuern auf Unterschiede zwischen den unternehmensrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden, wenn sich die Differenzen in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder abbauen. Diese Regel wird ua bei erfolgsneutral entstandenen Differenzen aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögensgegenstands oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall, der keine Umgründung iSd § 202 Abs 2 UGB oder Übernahme iSd § 203 Abs 5 UGB ist (§ 198 Abs 10 Satz 3 Z 2 UGB), durchbrochen.

Birgit Baumgartner/Otto Nowotny: Latente Steuern und Personengesellschaften

223

Der Artikel „Latente Steuern und Personengesellschaften“ geht der Frage nach, auf welchen Ebenen latente Steuern bei einer Personengesellschaft entstehen können, und zeigt anhand eines Praxisbeispiels, wie diese zu ermitteln sind.

Birgit Baumgartner/Otto Nowotny: AFRAC-Stellungnahme 30 – Probleme, zu denen diese Stellungnahme (noch) schweigt

227

Der Artikel hat sich der Fragen angenommen, in welchen Fällen latente Steuern iZm eigenen Anteilen, Änderung des Steuerstatus und ausländischen Betriebsstätten auftreten können.

digital exklusiv

Die **AFRAC-Stellungnahme 30: Latente Steuern im Jahres- und Konzernabschluss (Juni 2017)** finden Sie im Volltext auf der RWZ-Website (rwz.lexisnexis.at) unter dem Menüpunkt „Extras/Spezielles/Exklusiv digital verfügbar“.

Klemens Eiter/Elisabeth Höltzschl: Latente Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen nach dem RÄG 2014

230

Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014 (RÄG) wurde im UGB erstmals die Möglichkeit geschaffen, latente Steuern aus Verlustvorträgen zu aktivieren. Die damit verbundenen Steuerentlastungen in Form verminderter Steuerzahlungen in der Zukunft unterliegen naturgemäß Unsicherheiten, die einige Fragestellungen in Theorie und Praxis aufwerfen.

RECHNUNGSWESEN

| | |
|---|-----|
| Otto A. Altenburger: Welche Informationen über nicht einbezogene Unternehmen müssen Konzernabschlüsse nach § 245a UGB enthalten? | 236 |
|---|-----|

Auch in Konzernabschlüssen nach § 245a UGB sollte die Nichteinbeziehung von Tochterunternehmen wegen Unwesentlichkeit angeführt und begründet werden; dies empfiehlt auch die neue Fassung der AFRAC-Stellungnahme 21. Nur in einer bestimmten Fallkonstellation kann auf diese Angaben verzichtet werden.

| | |
|--|-----|
| Viktorija Aust/Hannah Kammerlander: Empirische Evidenz zur Vorstandsvergütung der ATX-Prime Unternehmen | 240 |
|--|-----|

Diese Untersuchung zeigt einen Vergleich der ATX-Vorstandsvergütungen nach Branche und Unternehmensgröße für das Geschäftsjahr 2015 bzw 2015/2016. Die höchsten Vorstandsvorsitzendengehälter werden in der Grundindustriebranche gezahlt. Die Untersuchung der Vergütungsstruktur lässt eine positive Entwicklung in Richtung langfristiger Vergütungsanreize erkennen.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

| | |
|--|-----|
| Katharina van Bakel-Auer/Carina Stojaspal | 247 |
|--|-----|

REVISION & KONTROLLE

| | |
|--|-----|
| Günther Schönauer: Der Begriff des Unternehmens von öffentlichem Interesse (Public Interest Entity – PIE) und dessen Beaufsichtigung im Sinne des Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetzes | 250 |
|--|-----|

Dieser Beitrag stellt die von der Beaufsichtigung durch die Abschlussprüferaufsichtsbehörde betroffenen Unternehmen von öffentlichem Interesse dar und behandelt in einem Exkurs die Redepflicht des Abschlussprüfers nach VO (EU) 537/2014.

| | |
|---|-----|
| Stéphanie Mittelbach-Hörmanseder/Dennis Pietzka: Die Umsetzung der EU-Abschlussprüferreform in Deutschland | 253 |
|---|-----|

Bis zum 16. 6. 2016 mussten die EU-Staaten die Abschlussprüferverordnung (EU-Verordnung 537/2014) in nationales Recht umsetzen. Der deutsche Gesetzgeber hat die darin enthaltenen Wahlrechte so angewendet, dass sich so wenig wie nötig am bisherigen Status Quo ändert. Demnach können die Laufzeiten von Mandaten bei PIE-Abschlussprüfungen grundsätzlich bis zu 20 oder 24 Jahren bei Joint Audits betragen. Außerdem bleiben Bewertungs- und bestimmte Steuerberatungsleistungen weiterhin erlaubt.

| | |
|--|-----|
| Frank Schneider: Die Revisionsaufsicht in der Schweiz | 259 |
|--|-----|

Seit rund zehn Jahren besteht in der Schweiz eine staatliche Abschlussprüferaufsicht bzw eine staatliche Revisionsaufsicht. Der vorliegende Artikel beschreibt insbesondere die Tätigkeit der zuständigen Behörde, der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB), in den Bereichen Zulassung, Aufsicht und Enforcement.

IMPRESSUM

ZIR – Zeitschrift Interne Revision

Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis,
Organ des DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Frankfurt am Main

Jahrgang: 52 (2017)

Erscheinungsweise: Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich
www.ZIRdigital.de

Herausgeber:

DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Diplom-Kaufmann Bernd Schartmann, Köln

Schriftleitung:

Diplom-Wirtschaftsmathematiker Michael Bünis
DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 71 37 69-0, Telefax (0 69) 71 37 69-69
E-Mail: info@diir.de, Internet: www.diir.de

Verlag:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-0, Telefax (0 30) 25 00 85-305
E-Mail: ESV@ESVmedien.de, Internet: www.ESV.info

Vertrieb:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Postfach 30 42 40, 10724 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-228, Telefax (0 30) 25 00 85-275
E-Mail: Abo-Vertrieb@ESVmedien.de

Konto:

Deutsche Bank AG,
IBAN: DE31 1007 0848 0512 2031 01, BIC(SWIFT): DEUTDE33

Bezugsbedingungen:

Bezugsgebühren im Jahresabonnement € (D) 72,-; Einzelbezug je Heft € (D) 15,-, jeweils einschließlich 7% Mehrwertsteuer und zzgl. Versandkosten. Die Bezugsgebühr wird jährlich im Voraus erhoben. Abbestellungen sind mit einer Frist von 2 Monaten zum 1.1. jeden Jahres möglich. Mitglieder des Deutschen Instituts für Interne Revision erhalten die Zeitschrift zum Mitgliederpreis (jährlich € (D) 49,20); Einzelbezug je Heft € (D) 8,20. Keine Ersatz- oder Rückzahlungsansprüche bei Störung oder Ausbleiben durch höhere Gewalt oder Streik. Preise für gebundene Ausgaben früherer Jahrgänge auf Anfrage.

Hinweis auf Preisänderung:

Die nachfolgend aufgeführten Preise gelten ab 1. Oktober 2017:
Jahresabonnement € (D) 78,-; Einzelbezug je Heft € (D) 16,50
Mitgliederpreis jährlich € (D) 52,20; Einzelbezug je Heft € (D) 8,70

Anzeigen:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-626, Fax (0 30) 25 00 85-630
E-Mail: Anzeigen@ESVmedien.de

Anzeigenleitung: Sibylle Böhler

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. Januar 2017, die unter <http://mediadaten.ZIRdigital.de> bereitsteht oder auf Wunsch zugesandt wird.

Manuskripte:

Hinweise für die Abfassung von Beiträgen stehen Ihnen auch als PDF zur Verfügung unter: www.ESV.info/zeitschriften.html. Von Text und Tabellen erbitten wir neben einem sauberen Ausdruck auf Papier – möglichst ohne handschriftliche Zusätze – das Manuskript auf CD-ROM oder per E-Mail bevorzugt in Word, sonst zusätzlich im RTF-Format. Zur Veröffentlichung angebotene Beiträge müssen frei sein von Rechten Dritter. Sollten sie auch an anderer Stelle zur Veröffentlichung oder gewerblichen Nutzung angeboten worden sein, muss dies angegeben werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht und das Recht zur Herstellung von Sonderdrucken für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Verlagsrecht umfasst auch die Rechte, den Beitrag in fremde Sprachen zu übersetzen, Übersetzungen zu vervielfältigen und zu verbreiten sowie die Befugnis, den Beitrag bzw. Übersetzungen davon in Datenbanken einzuspeichern und auf elektronischem Wege zu verbreiten (online und/oder offline), das Recht zur weiteren Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines fotomechanischen oder eines anderen Verfahrens sowie das Recht zur Lizenzvergabe. Dem Autor verbleibt das Recht, nach Ablauf eines Jahres eine einfache Abdruckgenehmigung zu erteilen; sich ggf. hieraus ergebende Honorare stehen dem Autor zu. Bei Leserbriefen sowie bei angeforderten oder auch bei unaufgefordert eingereichten Manuskripten behält sich die Redaktion das Recht der Kürzung und Modifikation der Manuskripte ohne Rücksprache mit dem Autor vor.

Rechtliche Hinweise:

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. – Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift geben ausschließlich die Meinung der Verfasser, Referenten, Rezensenten usw. wieder. – Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Markenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Bildnachweise Inhaltsverzeichnis:

links: contrastwerkstatt/fotolia; mitte: davis/fotolia; rechts: DIIR/Norbert Ittermann

Nutzung von Rezensionstexten:

Es gelten die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen. <http://agb.ESV.info/>

Zitierweise: ZIR, Jahrgang, Heft, Seite

ISSN: 0044-3816

Druck: H. HEENEMANN, Berlin



Standards · Regeln · Berufsstand

Die Mindestanforderungen an
die Geschäftsorganisation von
Versicherungsunternehmen (MaGo) 176

Prof. Dr. Niels O. Angermüller/Sven Wolff

Beeinflussung Interner Revisoren
durch Führungskräfte und andere Parteien 188

*Dr. Christoph Schmidt/
Univ.-Prof. Dr. Martin R. W. Hiebl*

Management · Best Practice · Arbeitshilfen

Erfolgreiche Durchführung von Prüfungen
des Betriebsratsaufwands 196

*AK „Revision Personalmanagement und interne
Dienstleistungen“*

Prüfung von Beteiligungsinvestments
und zugrunde liegender
M&A-Due-Diligence-Dokumentationen 201

*Christoph Wildensee/Jan Krupski/
Anna-Katharina Kloska*

Inhalt

04.17



Wissenschaft · Forschung

Prüfung von disruptiven Geschäftsmodellen 208

Univ.-Prof. Dr. Marc Eulerich

DIIRintern

Aus der Arbeit des DIIR 217

- + Informationen zum Examen Interner Revisor^{DIIR}
- + Informationen zu den IIA-Zertifizierungen
- + Das DIIR bietet das CIA Learning System™ an
- + Neue CBOK-Studie: Ethik-Code als Standard
- + DIIR-Kongress

Literatur

Buchbesprechungen 219

Thomas Gossens

Literatur zur Internen Revision 220

Zusammengestellt von Prof. Dr. Martin Richter

DIIR – Seminare und Veranstaltungen

DIIR – Seminare und Veranstaltungen
vom 1.8. bis 31.12.2017 224

Zusammengestellt von der ZIR-Redaktion



Journal of WORLD TRADE

Volume 51

June 2017

Number 3

- | | | |
|---|---|-----|
| The WTO Dispute Settlement System 1995–2016: <i>A Data Set and Its Descriptive Statistics</i> | <i>Louise Johannesson & Petros C. Mavroidis</i> | 357 |
| MDBs' Accountability Mechanism: A Perspective of AIIB | <i>Gu Bin</i> | 409 |
| Carbon Offsetting as a Trade Related Market Based Measure for Aircraft Engine Emissions | <i>Ruwantissa Abeyratne</i> | 425 |
| The Future of Sanitary and Phytosanitary Governance: SPS-Plus or SPS-Minus? | <i>Markus Wagner</i> | 445 |
| GIs Beyond TTIP: Death or Victory for the 'Living Cultural and Gastronomic Heritage'? | <i>Stefano Inama</i> | 471 |
| China's Nonmarket Economy Treatment and US Trade Remedy Actions | <i>Jieun Lee</i> | 495 |
| The Complexity of Using the Patent Standards Under TRIPS for the Promotion of Domestic Industrial Development in Developing Countries in the Absence of Local Working Requirements: Rethinking the Role of the World Intellectual Property Organization in Intellectual Property Standard-Setting | <i>Thaddeus Manu</i> | 517 |



AW-Prax Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang; redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter) redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Herausgeberbeirat

Dr. Angela Dube, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin

Prof. Dr. Dirk Ehlers, Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V. Carsten Fischer, Präsidiarmitglied der Bundessteuerberaterkammer und Präsident des StBK Niedersachsen

Volker Hahn, Ministerialdirigent a.D.

RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt

Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin

RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn

RA Olaf Kreuzer, Fribourg, Außenwirtschaftsrunde e.V.

RAin Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e.V., Frankfurt
RA Michael Lux, Brüssel

Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien

Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a.D., München

Georg Pietsch, Abteilungspräsident im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn

Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg

Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel,

Peter Scheben, Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz

Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien

Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Mainz/Bad Kreuznach

Karl Wendling, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln

Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel

Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf

Dr. Kai Henning Felderhoff, AWB Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Münster

Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster

Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster

Serge Gumy, Eidg. Oberzolldirektion, Bern

Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster

Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück

Karl-Heinz Palmes, Regierungsoberamtsrat beim Statistischen Bundesamt – Gruppe Außenhandel, Wiesbaden

Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a.D., Freiburg i. Br.

Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, BSc. (Glasgow), LL.M., MA, Hauptzollamt Bremen

Inhalt

Beiträge · Aufsätze · Berichte

Wencke Kuhs

- „America first“ – Auswirkungen der amerikanischen Handelspolitik auf einen ganzen Kontinent 281

Gerhard Basler/Dr. Gabriela Burkert-Basler/Barbara Nawrotzki

- Güterklassifizierung nach Anhang I der EG-Dual-Use-Verordnung und der Ausfuhrliste 284

Oliver Schulz

- Indiens Patentdilemma 291

Dr. Carsten Weerth

- De-Mail für den Zoll 293

Dr. Stefan Kirchner

- ITAR 296

Dr. Constantin Frank-Fahle/Till Morstadt

- International Trading Centers in Thailand 298

RechtsprechungsReport

Michael Lux/Dr. Ulrich Schrömbges

- Neudefinition der umsatzsteuerlichen Einfuhr 301

Kerstin Harden

- Zurechnung von Verhalten bei der Zollschuldentstehung bei juristischen Personen 306

Aus- und Weiterbildung

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff

- Durchsetzung von Forderungen in Europa 309

Fachliteratur

Nachrichten

GesetzgebungsReport

SeminarKalender

StellenMarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft!

Impressum

279, 311

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der AWA und des Bundesanzeiger Verlags bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.



Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang; redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt
redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt
redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter)
redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Herausgeberbeirat

Dr. Angela Dube, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin

Prof. Dr. Dirk Ehlers, Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V.
Carsten Fischer, Präsidialmitglied der Bundessteuerberaterkammer und Präsident des StBK Niedersachsen

Volker Hahn, Ministerialdirigent a.D.

RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt

Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin

RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn

RA Olaf Kreuzer, Fribourg, Außenwirtschaftsrunde e.V.

RAin Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e.V., Frankfurt

RA Michael Lux, Brüssel

Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien
Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a.D., München

Georg Pietsch, Abteilungspräsident im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn

Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg

Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel

Peter Scheben, Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz

Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien

Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Mainz/Bad Kreuznach

Karl Wendling, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln

Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel

Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf

Dr. Kai Henning Felderhoff, AWB Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Münster

Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster

Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster

Serge Gumy, Eidg. Oberzolldirektion, Bern

Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster

Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück

Karl-Heinz Palmes, Regierungsoberamtsrat beim Statistischen Bundesamt – Gruppe Außenhandel, Wiesbaden

Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a.D., Freiburg i. Br.

Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, BSc. (Glasgow), LL.M., MA, Hauptzollamt Bremen

Beiträge · Aufsätze · Berichte

Prof. Dr. Peter Witte

- **Einhaltung der Vorschriften – Auslegung des Art. 39 Buchst. a UZK** 241

Dr. Gabriela Burkert-Basler

- **Reexporte nach Hongkong – neue Erschwernisse ab dem 19. April 2017** 245

Dr. Carsten Weerth

- **Neun Jahre Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO)** 248

Dr. Constantin Frank-Fahle/Till Morstadt

- **Das thailändische Handelsvertreterrecht** 253

Dr. Thomas Kiefer

- **Länderbericht Thailand – Wirtschaftswachstum mit Exportstrategie** 256

Ergin Karakoc

- **Politische Entwicklung in der Türkei** 262

RechtsprechungsReport

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff

- **Löschungsanspruch in Gesellschaftsregister** 264

Klaus Vorpeil

- **OGH: Fremdsprachige AGB bei Verträgen nach UN-Kaufrecht** 265

Dr. Tobias Bender

- **Keine EUSt-Entstehung bei Wiederausfuhr** 267

Aus- und Weiterbildung

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff

- **Durchsetzung von Forderungen in Europa** 269

Fachliteratur

247, 275

Nachrichten

GesetzgebungsReport

SeminarKalender

StellenMarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft!



Impressum

239, 271

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der AWA und des Bundesanzeiger Verlags bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

Aktuelle Nachrichten

- Bundesregierung verschärft Kontrolle von Unternehmenserwerben durch ausländische Investoren 235
- CETA: Datum der vorläufigen Anwendung, aktualisiertes Merkblatt 236
- Änderung der AO-DV Zoll 238
- Verlängerung der Sanktionen gegen Russland 239
- Erhebung der Steuer-ID durch die Zollverwaltung für die Neubewertung von Bewilligungen 239
- Umstellung auf das Release ATLAS 8.8.1 und Release AES 2.4.2 239
- Zollschuldrecht – Anpassung der Dienstvorschrift an den Unionszollkodex 240
- Kurzfristige Hermes-Deckungen für Griechenland 241
- FHA-Verhandlungen: Japan, Mercosur 241
- Zollpräferenzen: Ukraine, APS, Bosnien und Herzegowina 242
- Zuständige US-Behörden für Ursprungsbescheinigungen wegen Lebensmittelzubereitungen 243
- Antidumpingzölle auf Stahlerzeugnisse: Rohrformstücke, korrosionsbeständige Stähle 243
- FG Düsseldorf: Anschlussentscheidung zum EuGH-Urteil „GE Healthcare“ 244
- Anti-Folterverordnung 244
- Online-Plattformen im Binnenmarkt 244
- Neues EU-System für den Einzug von Bagatellforderungen seit 14.7.2017 in Kraft 245
- ATLAS-Ausfuhr: Einführung der Codierung Y934/AG 245
- Ausfuhrkontrolle – Antragsverfahren für Genehmigungen 246
- EU-Rechtsakte – Aktualisierung von Sanktionslisten 246
- Kongo-Embargo – Aktualisierung der Listenkriterien 247

- Merkblatt zur Teilnahme am IT-Verfahren EMCS 247
- Restriktive Maßnahmen gegen Libyen 248
- Neues von der ICC 248

GesetzgebungsReport

- Europäische Union 249
- Österreich 259
- Schweiz 260

SeminarKalender

- SeminarKalender 261

StellenMarkt

- 263

Titelthema der AW-Prax 8/2017:

„America first“ – Auswirkungen der amerikanischen Handelspolitik auf einen ganzen Kontinent



Newsicker AW-Prax

Aktuelle Nachrichten

| | |
|---|-----|
| ■ Rüstungsexportbericht 2016 und Zwischenbericht 2017 | 199 |
| ■ Allgemeine Genehmigung (AGG) Nr. 16 verlängert | 200 |
| ■ Annexion Krim/Sewastopol – Restriktive Maßnahmen verlängert | 200 |
| ■ ATLAS-Fehlerbehebungen durch ITZBund | 200 |
| ■ BMF-Merkblatt zu Genehmigungscodierungen | 200 |
| ■ EU-Beschlüsse und -Verordnungen – Aktualisierung von Sanktionslisten | 201 |
| ■ Iran-Embargo – Genehmigung und Endverwendungserklärung | 202 |
| ■ Autonome Zollaussetzungen laut Verordnung (EU) Nr. 1387/2013 ab 1. Juli 2017 | 202 |
| ■ Antrag auf Entscheidung über eine verbindliche Zolltarifauskunft | 203 |
| ■ Antidumpingwarenliste (Stand 1.6.2017) | 203 |
| ■ Perspektivwechsel in der staatlichen Exportkreditversicherung – Euler Hermes eröffnet Büro in Dubai | 205 |
| ■ Autonome Gemeinschaftszollkontingente laut Verordnung (EG) Nr. 1388/2013 ab 1. Juli 2017 | 205 |
| ■ WCO: Antigua und Barbuda ist der 182. Mitgliedstaat | 206 |
| ■ Neue Europäische Insolvenzverordnung ab dem 26. Juni 2017 | 206 |
| ■ Unionsversandverfahren und gemeinsames Versandverfahren | 207 |
| ■ Rat der EU verlängert Syrien-Embargo | 207 |
| ■ Verbote und Beschränkungen – Lebensmittelrecht | 208 |
| ■ Weltweiter Handel – Treffen mit EU-Handelskommissarin Malmström | 208 |
| ■ Zollbestimmungen bei Auslandsreisen | 208 |
| ■ FG Düsseldorf: Anschlussentscheidung zum Wortmann-Verfahren wegen Erstattungs-zinsen | 209 |

| | |
|--|-----|
| ■ Änderung der UZK-DVO-Regeln beim präferenziellen und nicht-präferenziellen Warenursprung | 210 |
| ■ Zollpräferenzen: APS, SADC, Cabo Verde, Chile, Ägypten, Kanada | 212 |
| ■ Antidumping- und Ausgleichszölle: Photovoltaikmodule, Stahlerzeugnisse | 214 |
| ■ Meldung der Schweizer Zollverwaltung zu „unnötigen Ursprungserklärungen“ | 216 |
| ■ Meldung der österreichischen Zollverwaltung zu Ursprungsnachweisen aus der Ukraine | 216 |
| ■ Neues von der ICC | 216 |

GesetzgebungsReport

| | |
|---------------------|-----|
| ■ Europäische Union | 217 |
| ■ Österreich | 222 |
| ■ Schweiz | 223 |

SeminarKalender

| | |
|--|-----|
| | 224 |
|--|-----|

StellenMarkt

| | |
|--|-----|
| | 226 |
|--|-----|

Titelthema der AW-Prax 7/2017:

Einhaltung der Vorschriften – Auslegung des Art. 39 Buchst. a UZK





| | | |
|---------------------------|------------|--|
| Editorial | 853 | |
| Inhaltsverzeichnis | 855 | |
| Im Fokus | 856 | Gesucht: Wirtschaftsprüfer der Zukunft! |

| | | |
|-------------------|------------|-----------------------------------|
| IDW Intern | 872 | Im Gespräch mit Michael Buttgerit |
| | 873 | Aus den Fachgremien |
| | 874 | Blick nach innen/außen |

| | | |
|----------------------------|------------|------------------------|
| IDW Veranstaltungen | 877 | Veranstaltungskalender |
|----------------------------|------------|------------------------|

| | | |
|--------------------|------------|---|
| IDW Service | 879 | Zahlen aus der Wirtschaft |
| | 880 | Die fachliche Frage |
| | 882 | Rechtsprechung |
| | 884 | Das IDW stellt sich vor / Ansprechpartner |

| | | |
|---|------------|----------------------------|
| Verlautbarungen & Fachliche Hinweise | 885 | IDW Fachnachrichten |
|---|------------|----------------------------|

Impressum IDW Life und IDW Fachnachrichten

Herausgeber und Verlag
Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.

Tersteegenstr. 14, 40474 Düsseldorf
Postfach 32 05 80, 40420 Düsseldorf
Tel.: (0211) 45 61-0, Fax: (0211) 4 54 10 97
www.idw.de, info@idw.de

ISSN 2365-0303

V. i. S. d. P.
WP StB Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
Sprecher des Vorstands

Redaktion
Dipl.-Kfm. Dr. Karl Heinz Armeloh (verantwortl.),
Dipl.-Volksw. Cornelia Schrage (verantwortl.),
RAin Annette Schmid, E-Mail: schrage@idw.de

Abdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Erscheinungstag:
Immer zum 8. des Monats.

Anzeigen- und Beilagenaufträge
IDW Verlag GmbH
Jochen Kolb
Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf
Tel.: (0211) 4516-151, Fax: (0211) 4561-88-151
E-Mail: kolb@idw-verlag.de

Anzeigenpreise
Zurzeit gelten die Preise & Bedingungen der
Mediadaten 2017. Anzeigenschluss: 14 Tage
vor Erscheinen.

Bezugspreise
Der Bezugspreis für ein Exemplar je Nummer ist im Mit-
gliedsbeitrag enthalten. Zusatzexemplare je Nummer 4,- Euro
zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bildrechte
Titel u. S. 856: ©istock.com/kupicoo; U2: ©istock.com/gremlin;
S. 854: ©fotolia.com/kasto; S. 859: ©istockphoto.com/Pongsa-
kornJun; S. 861: ©istock.com/Weekend Images Inc.; S. 862 u.
S. 864: ©gute-botschafter.de; S. 867 u. S. 869: ©istock.com/Paul
Bradbury; S. 871: ©istock.com/filipefrazao; S. 873: ©fotolia.com/
scusi; S. 874, oben: ©istock.com/jamesjames2541; S. 874: ©foto-
lia.com/DOC RABE Media; S. 878: ©istock.com/RonyZmiri;
S. 879, oben: ©istock.com/yuoak; S. 879, Mitte: ©istock.com/
krugli; S. 879, unten: ©istock.com/kraphix; S. 880: ©istock.com/
mustafahacalaki; S. 882: ©istock.com/A-Digit; S. 884, links:
©istock.com/AndreyPopov; S. 884, Mitte: ©istock.com/Emir
Memedovski; S. 1003: ©istock.com/Rawpixel

Druck:
Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Mönchengladbach



Schwerpunkt Führung und Organisation aus Sicht der Betroffenen

208 Bottom-up-Führung

Was den Umsetzungserfolg erhöht

Robert J. Zaugg

Die gemeinsame Aufgabe und die wechselseitige Einflussnahme stehen im Zentrum einer Führung von unten. Die Führungskraft wird zum Mentor und Coach und die Mitarbeitenden sind nicht mehr bloße Befehlsempfänger, sondern werden zu Mitunternehmern. Damit eine Bottom-up-Führung gelingt, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein.

214 Förderung von Frontline-Managern

Empfehlungen für ein Führungskräfteentwicklungsprogramm

Debbie Lovich/Fabrice Roghé/Jens Baier/Adam Kotsis

Frontline-Manager machen den größten Teil der Belegschaft in einem Unternehmen aus. Dennoch werden ihre Führungsqualitäten meist nicht gezielt entwickelt. Drei Schritte machen aus hervorragenden Mitarbeitern ausgezeichnete Führungskräfte.

220 Projektmanager in der Selbstverantwortung

Selbstmanagement führt zu mehr Klarheit und Motivation

Elias Jehle/Andrea Müller

Ein Projektmanager hat mit komplexen Aufgaben zu tun und steht häufig unter einem enormen Zeit- und Erfolgsdruck. Daher ist es wichtig, dass er Verantwortung für sich selbst übernimmt und sein Selbstmanagement nicht vernachlässigt. Der Beitrag stellt die Themen Achtsamkeit und Klärung der persönlichen Berufung ins Zentrum.

226 Kaleidoskop zur Führung aus Mitarbeitersicht

Sechs Fragen an vier Angestellte

Realisation: Gerd Nanz

Die zfo hat vier Angestellte in Wiener Unternehmen zu ihren Erfahrungen mit Vorgesetzten und zu ihren Erwartungen an eine ideale Führungskraft befragt.

Glosse

229 Arroganztraining

Wie Unternehmen dafür sorgen, dass die Mitarbeiterperspektive im Topmanagement kein Thema wird

Alexander W. Hunziker

Spektrum

243 Impressum

261 Rezension

262 Aktuelles

264 Verbandsmitteilungen

268 Call for Papers/Vorschau



Flexibles Arbeiten in Führung – S. 231

Organisation im 21. Jahrhundert – S. 244

Führung & Leadership

Organisation & Change Management

231 Flexibles Arbeiten in Führung

Wie Führungskräfte die Barrieren und Effekte flexibler Arbeitsmodelle beurteilen
Monika Huesmann/Thea Garten/Marc Gärtner
 Um Führungskräfte im Unternehmen zu halten und sie auch zu entlasten, werden flexible Arbeitsmodelle immer wichtiger. In einer Studie wurden Führungskräfte zu ihren Erfahrungen mit solchen Modellen befragt. Welche Barrieren gibt es? Welche Auswirkungen haben sie? Der Beitrag stellt die Ergebnisse der Befragung vor.

241 zfo-Toolkit Die Teamcharta

Ein Führungsinstrument zur Förderung von Selbstorganisation und Agilität
Daniel Marek



244 Organisation im 21. Jahrhundert

Eine Studie identifiziert sechs Erfolgsfaktoren
Fabrice Roghé/Stefan Scholz/Alexander Schudey
 Mit dem rasanten Wandel der Wirtschaft können traditionell organisierte Unternehmen heute kaum mehr mithalten. Eine internationale Studie mit über 1.000 Teilnehmern ermittelte Aspekte, deren Berücksichtigung langfristig Wettbewerbsvorteile sichern könnte.

250 zfo-Toolkit Die Schnittstellenvereinbarung

Organisatorische Silos überwinden und Vernetzung herstellen
Roman Stöger



Projekt- & Prozessmanagement

253 Prozessharmonisierung in der Post Merger Integration

Qualitätskriterien für den Integrationsprozess
Irene Schönreiter
 Die vielschichtigen Integrationsnotwendigkeiten nach einer Fusion müssen von allen Beteiligten verstanden und mitgetragen werden. Anhand von Interviews mit Experten, die eine solche Prozessharmonisierung bereits durchlaufen haben, definiert der Beitrag 27 Qualitätskriterien, die im Integrationsprozess eine große Rolle spielen.